november

konkret

Monatszeitschrift für Politik und Kultur, Hamburg 30.10.75/Nr.11 3,00 DM C22160E

Italien Lire 850
Holland hfl 3,80
Schweiz sfr 3,80
Österreich S 25,–

Waffen-Export

Leichen made in Germany

Emanzipation:

Frauen gegen Hollywood

Interview mit Jane Fonda

Jetzt in konkret Günter Wallraff

in konkret November 1975

Briefe

Radikalauer von Winfried Thomsen

konkret intern

Made in Germany oder The berufsverbot von Hermann L. Gremliza

konkret extrakt

Leichen Made in Germany von Karl-Heinz Hansen
Die Bundesregierung will mehr Waffen exportieren -entgegen den Beschlüssen der Regierungspartei SPD

Der Dreh von VW von Günter Wallraff
Massenentlassungen und Marktgewinne, Lohndrückerei und Kapitalexport in Länder mit Niedrigstlöhnen und Streikverbot - das sind die Grundpfeiler der Konzernstrategie des Volkswagenwerks. Günter Wallraff zeichnet Ablauf und Folgen auf

Menschlich traurig, politisch dumm von Norbert Gansel
Wieder mal waren die Linken an allem schuld - nicht ein rechter SPD-Polizeipräsident und auch nicht die Arbeitslosigkeit. Der linke SPD-Abgeordnete Norbert Gansel stellt richtig

Wie obszön ist die Vernunft? von Alexander von Hoffmann
Investitionslenkung führt zur Krise, sagen die Manager, die die Krise ohne Lenkung herbeiinvestiert haben

Portugal und das Unmögliche von Peter Hamm
Anderthalb Jahre Revolution und noch immer keine Entscheidung. Peter Hamm hat erlebt, wie sich die Portugiesen am Tag ihrer Befreiung festhalten

Monumentum Germaniae Juridicum II von Helmut Ridder
In KONKRET 10/75 veröffentlichten wir Teil I von Helmut Ridders juristischer Satire auf den Radikalenbeschluß (RB) des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG). Teil II macht Tabula rasa

Quéviva Espana von Margaret Schlubach
Nach dem staatlichen Mord an fünf Antifaschisten ist Francos Spanien eine Herrschaft in Agonie. Margaret Schlubach war für KONKRET vor und nach den Erschießungen vor ORT

Mihm OHG von Till-Matthias Jürgens
Wer schützt die Unternehmer vor Spionage, Sabotage und Aufruhr? Wer beschnüffelt linke Betriebsräte und unbequeme Mitarbeiter? Wo Polizei und Verfassungsschutz den geplagten Fabrikbesitzern nicht mehr helfen können, da hilft der Kasseler Gerd Mihm mit seinen Ballermännern

konkret ex-press von Hermann L. Gremliza

Spiel der Nationen von Winfried Thomsen
An diesem Spiel testet die CIA ihre Agenten-Kandidaten. Winfried Thomsen beobachtete die KONKRET-Redaktion beim Test:

Chile nach dem Putsch 9. Folge

Chiles Faschistenführer Pinochet verweigerte der UN-Menschenrechtskommission zwar die Einreise und verhinderte damit einen offiziellen UN-Bericht über die Rechtlosigkeit der chilenischen Bevölkerung unter seiner Herrschaft. Doch UN-Generalsekretär Kurt Waldheim resignierte nicht: Er beauftragte andere UN-Mitarbeiter, an Ort und Stelle einen Bericht zu erstellen. Das offiziöse Dokument wurde inzwischen einigen UN-Delegationen bekanntgemacht. KONKRET veröffentlicht als erste Zeitschrift Auszüge der Untersuchung:

kultur konkret

„Ich will Filme drehen, die das Volk stark machen" von Jane Fonda
Interview mit Hollywood-Star Jane Fonda

Weibersturm auf Hollywood? von Helma Canter, Linde Berger
Julie Christie, Shirley McLaine, Delphine Seyrig, Jane Fonda wollen sich nicht mehr in Hollywoods Männerfilmen benutzen lassen. Ihre weniger zugkräftigen Kolleginnen, wie Warhols Star Viva (Bild), bekommen nicht mal die Chance, nein zu sagen

Humphrey Bogart von Yaak Karsunke
Wieder mal rollt eine Bogart-Welle durch die Filmkunst-Kinos. Was haben bloß die jungen Linken an dem zerknitterten Hollywood-Face?

Gekürzt, geschnitten und entschärft von Heiko R. Blum
Wie man mit mißliebigen Filmen beliebig umgehen kann

Matthias greift in die Saiten von Walter Jens
Dies ist Freiherr von Sass, der sich infolge einer früheren Tendenzwende Matthias Walden nennt. Der Springer-Autor hat ein Werk unter sich gelassen, Walter Jens hat es aufgehoben

Ein Bambi für Schlöndorff von Burkhard Mauer
Ist „Die verlorene Ehre der Katharina Blum" wirklich ein so guter Film?

Tucholsky von Hermann L. Gremliza
Die Bourgeoisie hat ihr Erbe verspielt. Anmerkungen zur Taschenbuchausgabe von Kurt Tucholskys „Gesammelten Werken" in zehn Bänden (Rowohlt Verlag, 78 Mark)

Ich habe gelesen von Hermann Peter Piwitt
In dieser KONKRET-Buchkolumne schreiben Autoren über ihre Lektüre. Diesmal der in Hamburg lebende Hermann Peter Piwitt („Rothschilds")

Schlaraffenland
Koche mit Liebe und Lenin

Konkret 11/75, S. 2

Briefe

Dreckarbeit

KONKRET-Leser Glomb hatte in Heft 10/75 dem KONKRET-Autor Hermann Peter Piwitt „Leichenschändung" an dem Lyriker Rolf Dieter Brinkmann vorgeworfen.

Eigentlich wollte ich nicht darüber reden, aber der Vorwurf der „Leichenschändung" an Rolf Dieter Brinkmann, den Leser Glomb wider besseres Wissen in 10/75 gegen mich erhebt, ist denn doch zu stark. Vielleicht ist es da doch von Interesse, daß zum Beispiel der „vulgäre Linke" Piwitt es war, der, gegen die Bedenken einer Jury von „Liberalen", 1973 für Brinkmann ein Jahr Rom losgemacht hat. Und daß (bei dem „Fracksausen", das unsere Verlage vor dem notorischen Putzmacher Brinkmann hatten) ohne den Einsatz des „vulgären Linken" Piwitt Brinkmanns „Westwärts 1 & 2" wohl kaum jetzt erschienen wäre, darf man vielleicht bei der Gelegenheit auch mal leise erwähnen? Von den 15 bis 20 Seiten langen Briefen Brinkmanns, die der „vulgäre Linke" Piwitt zwischen 1972 und 1974 immer wieder beantworten wußte, weil Brinkmann Vertrauen zu gar so vielen andern offenbar nicht mehr hatte, mal ganz zu schweigen. Ich bin auch heute noch dagegen, daß das Geld des „Petrarca-Preises" so vergeben wurde, wie das geschehen ist. Geteilt hätte die Summe zwei lebenden Lyrikern rund ein Jahr lang das materielle Schicksal ersparen können, dem Brinkmann selbst in den letzten Jahren immer wieder ausgesetzt war. Fazit: Vor den Kameras von „Titel, Thesen, Temperamente" oder „Aspekte" auf dem Mont Ventoux aus Türkenkoffern eigens gefertigte Lorbeerkränze zaubern und als „vergegenständlichte Kommunikation" anpreisen ist eins und entspricht dem offiziellen, dem „liberalen" Kulturbetrieb. Die Dreckarbeit mit Genies haben andere, im Zweifelsfall „blöde Kommunisten" -aber die sind die „Arbeit im Untergrund" ja gewohnt. . .

Hermann Peter Piwitt

Hamburg

Nun mal klar

In KONKRET 9/75 wurde Alice Schwarzers neues Buch vorgestellt. Aber wie . . .

Was Eure Berichterstattung über die Emanzipation der Frau angeht - sie war immer etwas arrogant. Und nun bringt Ihr es fertig, mit zwei Sätzen Alice Schwarzer auf den Kopf zu stellen: „Das Glied muß ab", „Fort mit dem kleinen Unterschied". Sie hat immer gesagt, fort mit den Folgen des Unterschieds, fort mit den Rollen. Ihr bezeichnet Schwarzers Buch als „Kampfansage", Ihr scheint es als grundsätzlichen Angriff gegen die Männer zu sehen. Aber es kann nicht um die Befreiung der Arbeiterklasse oder die Befreiung der Frau gehen, es muß um die Befreiung des Menschen gehen. Das muß nun wirklich mal klarwerden.

Bernd Scheffler

Hamburg

Linke Kritik muß die Aussage Alice Schwarzers hervorrufen, daß „nichts, weder Rasse noch Klasse, so sehr ein Menschenleben bestimmt wie das Geschlecht". Wenn dies nicht bloß provozieren soll, muß man Alice fragen, ob nach ihrer Ansicht etwa eine Arbeiterfrau mit einer Unternehmerfrau mehr verbindet als mit ihrem eigenen Mann?

Stephan Minge

Hannover

Kunstraub

KONKRET-EXPRESS (10/75) stellte Jiri Pelikan als „Welt"-Autor vor. Pelikans Zeitschrift stellt richtig: Die „Welt" durfte nicht.

Einmal wundern genügt nicht. Dafür ist eine Notiz in der Express-Spalte der Oktoberausgabe Ihres Blattes leider nur allzu deutlicher Beweis. Doch, nicht nur dafür: Es wird zum zigten Male vor Augen geführt, welches die Folgen der einseitigen Information sind. Würde sich nämlich ein erklärtermaßen linkes Blatt der „KONKRET-Prägung" nicht nur bei der erklärtermaßen rechten „Welt" informieren, sondern auch ein bißchen mehr „Quellenforschung" bei den betroffenen

Linken betreiben, so wäre es wohl kaum zu jener eigenartig anmutenden G.-Meany-J.-Pelikan-Verbindung in Ihrer obigen Spalte gekommen. Vielleicht wäre es gelegentlich dieses „Mißgeschicks" sinnvoll, einen Blick in unsere letzte Ausgabe zu werfen, der sich mühelos unsere Verwunderung über den „Kunstraub" der „Welt" entnehmen läßt.

Redaktion LISTY-BLÄTTER

Frankfurt

Pein- & Widerlich

KONKRET-EXPRESS berichtete in der Sommer-Pause über einen vergleichbaren Schmock: Golo Mann.

Das alte KONKRET war peinlich durch seine Vermanschung von Politik und Sex, das neue wird widerlich durch seine gemeine Behandlung von Zeitgenossen. Golo Mann zum Beispiel hat zur Zeit des kalten Krieges für Einsicht in unsere wirkliche Lage, eine neue Ost- und vernünftige Friedenspolitik gewirkt. KONKRET braucht keine Minderwertigkeitsgefühle abzureagieren, denn es ist in der Sache gut und sollte auch menschlich anständig sein.

Paul-Gerhard Schulz

Trendelburg

Rosa Parteibuch

Hermann L. Gremliza kommentierte die Bonner Konjunkturpolitik (10/75): Das Ding heißt Klassenkampf.

Welche Partei wird Gremliza seinen Lesern bei der nächsten Bundestagswahl empfehlen? Glaubt er wirklich, daß die SPD uns in den nächsten zwanzig Jahren dem Sozialismus ein Stück näherbringt? Warum wird die DKP von Eurem Linkspluralismus ausgeklammert? Zugegeben, so ein rosa Parteibuch trägt man sicher nicht zufällig in der Tasche, und Gremliza hat sicher auch seine Gründe - vielleicht äußert er sich mal dazu, ob es auch wirklich gute sind -, von der DKP abzuraten.

Martin Ebbing

Letmathe

Kreml-Hetze

Wieder einmal Straußmao in KONKRET (10/75). Wieder einmal Protest - nicht gegen Strauß und Mao, sondern gegen KONKRET.

Ich finde es äußerst bedauerlich, daß eine ansonsten um Unabhängigkeit bemühte Zeitschrift wie KONKRET die üble antichinesische Hetze der Kreml-Usurpatoren und ihrer deutschen Nachbeter mitmacht. Vor Strauß sind schon Tausende anderer Bücher aus dem Westen in China publiziert worden. Die Demagogie wird wirklich penetrant, wenn man versucht, über Strauß eine Beziehung Chinas zu den südafrikanischen Rassisten herzustellen. China unterstützt die Völker der Dritten Welt ohne Einmischung, was man von den Sozialimperialisten gewiß nicht behaupten kann. Ich bin durchaus der Meinung, daß Strauß ein Reaktionär ist, aber es ist keine Art, sich mit Gegnern auseinanderzusetzen, wenn man sie als „fette Metzgersöhne" („Prawda") bezeichnet, weil sie es wagen, ohne Genehmigung der Entspannungs-Koordinatoren in Moskau nach China zu reisen.

(Unterschrift unleserlich)

Solidarische Kritik zu Gremlizas Kommentar, den ich (wie meistens, so auch diesmal) mit Genuß gelesen habe: Nicht nur „am Ende des Wachstums", wenn es kein „Mehr" mehr zu verteilen gibt, können Unternehmer ihren Anteil am Sozialprodukt nur dadurch steigern, daß sie anderen etwas wegnehmen, zum Beispiel soziale Leistungen und Arbeitsplätze. Gremliza sollte noch mal bei Marx nachschlagen. Da steht nämlich, daß Mehrwert immer, nicht nur in Krisenzeiten des Kapitalismus, Wegnahme von fremdem Eigentum (nämlich dem der Arbeiter) ist.

Gerhard Gust

Düsseldorf

Tradition

Claudia Wolffs Dokumentation ‚Berufsverbot vor 40 Jahren' (10/75) hat Erinnerungen geweckt.

Die Entlassung meines Vaters 1933 vom Westdeutschen Rundfunk, wo er Abteilungsleiter war, wurde vom „Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda" so begründet: „Nach den glaubhaften Erklärungen mehrerer Angestellter des Reichssenders Köln hat Ebert vor der Machtübernahme in Gesprächen wiederholt seine geistige Verbundenheit mit kommunistischem Gedankengut zum Ausdruck gebracht und für den Kommunismus geworben. Seine Entlassung mußte daher nach Nr. 2 Abs. 1 Satz 1 der Zweiten Durchführungsverordnung zum Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums erfolgen."

Wolfgang Ebert

München

Bravissimo

Monumentum Germaniae Juridicum-Professor Helmut Ridders Satire auf den Radikalen-Beschluß des Bundesverfassungsgerichts -fand begeisterte Leser.

Ich bin selbst Jura-Student und weiß, wie schwer es fällt, juristische Fragen lesbar zu behandeln. Daß aber ein ausgewachsener Rechtsprofessor es fertigbringen würde, die Ergüsse unserer Verfassungsrichter so geradezu spannend und witzig auseinanderzunehmen, habe ich nicht für möglich gehalten. In früheren - sonst auch nicht besseren Zeiten - hätten sich die so lächerlich gemachten Herren mit einem Revolver im Zimmer eingeschlossen . . .

Christian Menke

Stuttgart

Erst bin ich erschrocken über die sieben Seiten lange Bleiwüste, der Ridder-Aufsatz schien wirklich zu lang für eure 56 Seiten. Nach der Lektüre kann ich bloß sagen: Bravissimo, Professor Ridder! (Und danke, KONKRET!)

Günther Plechat

Oberhausen

Aus Ridders vernichtender Kritik der Karlsruher Rechtsprechung können junge Juristen mehr lernen als aus fünf Jahrgängen der „Neuen Juristischen Wochenschrift".

Renate Paulssen

Kiel

Eitel/manisch

Reinhard Lettau hatte „eitle Überlegungen" (10/75) angestellt, warum „Leute, die tatsächlich überhaupt nicht schreiben können, daher schreiben müßten (Salvatore, Chotjewitz etc.)". Es wird geantwortet.

Ich erinnere mich, wie Reinhard Lettau Anfang der 60er Jahre nach West-Berlin kam, flink und opportunistisch, im adretten College-Look, damit wir alle merkten, daß er amerikanischer Staatsbürger war, was er überdies nie zu erwähnen vergaß.

Er verübelte es mir, daß ich ihn nach seiner ersten Lesung in einer Galerie in der Kurfürstenstraße einen „T-shirt-Kafka" genannt hatte, und der Galerist war sauer, weil er ihm die Freundin ausspannte. Aber das mußte Lettau tun, weil sie eine von Springers Goldjungfern war. Nur einmal noch empfand er versehentlich Sympathie für mich, als er mit leuchtenden Kinderaugen fragte, ob ich wirklich einen amerikanischen Wagen fahre. Aber es war nur ein Opel Rekord Caravan. Wenn einer komisch war, dann er, wobei ich ihm nicht seine Fledermausohren vorwerfe. Er war der Junge, der ständig fragt, ob er mitspielen darf. Den Großkopfeten der damaligen Literaturszene kroch er so behende in den Arsch, daß er sie bald von außen und von innen kannte.

Lange Zeit saß er immer neben Günter Grass und Hans Werner Richter und bestätigte, daß sie recht hatten.

Zu Beginn der Studentenbewegung kauften Günter und er sich ein Buschhemd im Steg-shop und ließen sich damit in der ersten Reihe fotografieren. Später wandte er sich enttäuscht von Berlin ab, weil die Berliner keine Revolution gemacht

hatten, obwohl er sie verschiedentlich dazu aufgefordert hatte. Der Erfolg seines Büchleins „Schwierigkeiten beim Häuserbauen" beruhte auf einem verzeihlichen Mißverständnis der Bausparer.

Jetzt sehe ich ihn wieder, in KONKRET Nr. 10 aus 1975, und immer noch ist sein Auftritt manisch. Was soll das?

Peter O. Chotjewitz

Kruspis

Der Abschreiber

Walter Boehlich wies (10/75) nach, daß Wolfgang Harich den Marx-Biographen Raddatz mit Recht des Plagiats beschuldigt hat.

Gut, daß wir aus KONKRET erfahren, daß Harich doch recht hatte, nachdem der „Spiegel" sich seit dem Prozeß mit Raddatz' Verleger nicht mehr zu Wort gemeldet hat. Vielleicht könnte KONKRET jetzt noch untersuchen, warum der „Spiegel" Raddatz plötzlich schützt? Oder hat der ehemalige „Spiegel"-Mann Raddatz jetzt bei Augstein ein Schreibverbot gegen den Kommunisten Harich durchgesetzt? Man hält nichts mehr für unmöglich.

Hannspeter Lempke

Göttingen

Die süffisanten Meldungen schadenfroher Feuilleton-Redakteure über den juristischen Rabbatz unter Verlagen hatten uns schon vergessen lassen, worum es eigentlich beim Streit Raddatz-Harich ging und immer noch geht: um die tausendunderste Marxtöterei, die einmal mehr glänzend in die gegenwärtige politische und ideologische Landschaft paßt, und die Bloßstellung eines Luftikus.

Hermann Steenfeld

Marburg

Hilferuf

In KONKRET 7/75 forderte Hermann L. Gremliza zu tätiger Solidarität mit Portugal auf: „Eßt Sardinen'.

Wenn Ihr nicht baldmöglichst einige Rezepte auftreibt und veröffentlicht, wie man Ölsardinen abwechslungsreicher anmachen und verspeisen kann, sehe ich mich außerstande, die portugiesische Revolution weiterhin zu unterstützen. Mein Magen würde kapitulieren, noch bevor es die Revolution selbst getan hat. Ich fürchte, in beiden Fällen erweisen sich die Realitäten mal wieder als stärker (vielleicht könntet Ihr Siebeck was entlocken).

Hannelore Löwen

Wuppertal

Konkret 11/75, S. 2

Winfried Thomsen

Radikalauer

Der Geist ist Willy, aber das Fleisch ist teuer.

Die CDU wirbt auf Plakaten: „Ergreifen Sie Partei". Ob für die Ergreifung der Partei eine Belohnung ausgesetzt ist?

Georg Leber ist zur Ausbildung nach Chile eingeladen worden.

Je abber die Rübe, desto Eviva Espana.

Die Wirtschaft ist ausgesprochen vergesellschaftsfähig.

Um die Entstehung eines Lehrerberges zu verhindern, müssen nur alle Pädagogikstudenten in die DKP eintreten.

Hoffentlich hinterläßt dieser Kohl nicht auch eine Halde.

Wenn die Union ihre nächste Wahl nicht gewinnt, könnte sich für Prof. Biedenkopf tatsächlich eine neue soziale Frage ergeben.

Im Bonner Bundesrat gab es kürzlich Smogalarm. Es war aber nur der Dunstkreis um Ministerpräsident Filbinger.

Mit einem herzergreifenden Plädoyer für den Unternehmer hat Hamburgs Bürgermeister Klose einen weiteren Denkanstoß fahren lassen.

Franz Josef sollte sich jetzt in sein Goppelbett zurückziehen.

Godesberg wurde heimgesucht von einem gewaltigen Erdbebel: August drehte sich im Grabe.

Und dieser Schmidt hat wirklich nur ein Theoriedefizit?

Konkret 11/75, S. 5

konkret intern

Die Wetten standen eins zu eins - für und gegen die Annahme, auf die KONKRET Leserumfrage würden 1 ooo Antworten eingehen. Inzwischen fühlen sich selbst die Gewinner als Verlierer: Bis zum Redaktionsschluß dieser Ausgabe waren 2 247 Antwort-Bogen da. Da die Auswertung erst nach Einsendeschluß (31. Oktober) beginnt, können wir heute nur ein paar Tendenzen aufzählen:

o Rund die Hälfte der Umfrage-Teilnehmer liest KONKRET erst seit 1974/75.

o Rund drei Viertel der KONKRET-Leser wählen SPD, viele darunter mit Vorbehalten ("Oh Gott:" oder "Heulend:").

o Fast alle sind mit dem politischen Spektrum von KONKRET einverstanden.

o Viele möchten, daß KONKRET häufiger erscheint (wöchentlich, vierzehntägig).

Auf die Frage "Von welchen Autoren möchten Sie in KONKRET mehr lesen?" antwortete etwa jeder fünfte: Günter Wallraff. Dieser Wunsch wird erfüllt. Günter Wallraff hat eine anderweitige Verpflichtung aufgegeben und kommt zu KONKRET: Ab sofort wird er als fester Mitarbeiter seine Reportagen für KONKRET schreiben. Start auf Seite 14.

Konkret 11/75, S. 6

Hermann L. Gremliza

Made in Germany oder The berufsverbot

Henri Nannen, Chefredakteur des „Stern", schreibt an seine „lieben Sternleser": „Der Fall des hochdekorierten Jagdfliegers Günther Rall zeigt, daß Tapferkeit vor dem Feind einen Mangel an ziviler Intelligenz nicht ausgleichen kann. Rall, im Kriege für 275 Luftsiege mit Ritterkreuz, Eichenlaub und Schwertern ausgezeichnet, stieg in der Bundeswehr bis zum Drei-Sterne-General und Inspekteur der Luftwaffe auf." Titel des Nannen-Briefes: „Noch was unklar?"

Doch: Vor welchem Feind hat Rall wann Tapferkeit bewiesen? Wessen Feinde waren die 275 englischen, amerikanischen, französischen und sowjetischen Piloten? Waren sie nicht auf dem Weg zur Befreiung Hunderttausender KZ-Häftlinge, als der Luftsieger Rall sie abschoß? Waren Ritterkreuz, Eichenlaub und Schwerter nicht der Dank dafür, die Qualen der vor dem Feind Tapferen in Buchenwald und Dachau verlängert zu haben? Ein Dank, ausgesprochen von dem, in dessen Auftrag Millionen ermordet, friedliche (demokratische) Staaten überfallen, ihre Häuser und Fabriken verwüstet wurden?

Fragen, die 1945, als der B. Mai noch Tag der Befreiung vom Faschismus genannt werden durfte, endlich beantwortet schienen, die aber doch nur verdrängt wurden. Bis heute, da der Chefredakteur einer eher links vom Zentrum der öffentlichen Meinungsbildung dieser Republik angesiedelten Zeitschrift von Hitler für treue Dienste verliehene Orden auf der Haben-Seite eines Lebenslaufs notiert.

Und Nannen ist nicht mal Ausnahme, sondern Regel. Daß Springers „Bild"-Zeitung Rall als den „erfolgreichsten deutschen Jagdflieger des 2. Weltkriegs" feiert, also offenbar das Ausbleiben des vollen Erfolgs, „Endsieg" genannt, noch heute bedauert, paßt in die profaschistische Linie des Verlags. Aber selbst der generell anti-nazistische „Spiegel" fand - fünf Tage nach Nannens Brief -nichts dabei, die Auszeichnung eines Paul Conrad durch Hitlers General Rommel lobend zu erwähnen.

Auch hier wieder: Vor welchem Feind hat Conrad Tapferkeit bewiesen? Hat er politische Gefangene befreit oder mit Montgomery konspiriert? Wohl kaum. Er wird schon, mit Rommel, für die NS-Aggressoren und gegen die Demokratie Großbritannien gekämpft haben. Wie Rall zum Drei-Sterne-General stieg Conrad nach dem Krieg zum Präsidenten des Wirtschaftspolitischen Clubs in Bonn auf. Seine Vergangenheit war, wie die Ralls, weniger Hindernis als Hilfe, fast Voraussetzung.

Was lehrt das? Lehrt es nicht, daß es in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik als ehrenvoll gilt, einen faschistischen Angriffskrieg gegen westliche Demokratien unterstützt und dabei möglichst viele Bürger dieser Staaten getötet zu haben? Wer darauf mit „Nein" antwortet, hat dann aber namentlich zumindest einen Bürger der Bundesrepublik zu benennen, der öffentlich gegen das Tragen von Ritterkreuzen oder die militärische Wiederverwendung von Ritterkreuzträgern aufgetreten und dessen Name dennoch nicht in den Karteien der Verfassungsschutzämter festgehalten ist.

Nun ist die Bundesrepublik, ausweislich ihrer Verfassung, der zweite deutsche Versuch, eine westliche Demokratie zu schaffen, eine staatliche Ordnung zu etablieren, die zwar nicht die soziale, wohl aber die politische Freiheit ihrer Bürger schützt und sich in ihren Hoheitsakten dem Mehrheitswillen unterwirft. Meinung, Presse, Kunst und politische Organisation sollen in diesem System frei von staatlicher Zensur sein.

Wird dieser Versuch überhaupt noch gemacht? Ist die Bundesrepublik nicht längst dabei, das Modell der westlichen Demokratie in ein autoritäres System eigener Art zu verwandeln? Sind wir nicht Zeugen, wie sich hier, zwischen westlichen Demokratien und östlichen Sozialisten eine Herrschaftsform etabliert, die deutsche Grundordnung heißt? Zu der es eben gehört, Leute für Taten zu ehren, derentwegen sie in den angrenzenden Demokratien geschoren oder geköpft worden wären?

Was ist das denn für ein Staat, dessen regierende Linkspartei von einem konservativen französischen Professor wie Alfred Grosser zu mehr Demokratie aufgefordert werden muß? Dessen meinungsbildende Presse die Orden lobend vermerkt, die bei der Legion Condor erworben wurden, während der Ministerpräsident eines verbündeten Nachbarlandes (der

Niederlande) eine Massenkundgebung gegen Francos Terror-Regime veranstaltet und der Premier eines anderen (Schwedens) mit der Sammelbüchse für spanische Demokraten auf die Straße geht? Was ist das für eine besondere, echte, deutsche Demokratie, die immer allen voran marschieren muß: beim Formulieren politischer Bedingungen für eine europäische Portugal-Hilfe wie beim Investieren in Francos Reich?

Weiter: Welche westliche Demokratie verlangt von den Bewerbern für den öffentlichen Dienst ein Gelöbnis, sich allzeit - nicht für die Verfassung, sondern: - für eine von der jeweiligen Regierung auszulegende Grundordnung einzusetzen, und beschäftigt gleichzeitig ein Beamtenkorps, das sich überwiegend (und zwar erweislich) mit der terroristischen Verfolgung von Demokraten beschäftigt hat? Wo, in welcher westlichen Demokratie, dürfen ausgediente Hilfsbremser des Faschismus (wie Filbinger und Hahn) Demokratie-Prüfungen veranstalten? In welchem Staat kann nur der Zufall verhindern, daß ein zum Krüppel gequältes KZ-Opfer seinem Richter von einst erneut vorgeführt wird? Was ist das für eine Staatsordnung, die da eine Verordnung erläßt, die nur noch in Spanien, nicht aber in irgendeiner westlichen Demokratie möglich wäre? Nicht einmal ein Wort hat man in diesen Demokratien dafür, man nennt es „Le Berufsverbot", „The Berufsverbot", „Hot Berufsverbot".

Ja wir, wir mit unserer vom Landwehrkanal bis Bergen-Belsen reichenden demokratischen Tradition, wir zeigen den zurückgebliebenen Demokratien des Westens mal wieder, wie man am deutschen Wesen genest. Originalton „Welt": „Auch der Blick auf die vielen kommunistischen Lehrer in Frankreich und Italien kann die Deutschen nicht von ihrem Vorhaben abbringen, im Gegenteil. Zur kämpferischen Demokratie gehört nun einmal . . ." - daß sie nicht einfach Demokratie sein will, sondern Demokratie made in Germany, erster Klasse (mit Bürgern zweiter und dritter Klasse).

Diese Demokratie läßt nicht zu, daß Andersdenkende Mehrheiten suchen oder im öffentlichen Dienst arbeiten. Sie ehrt die Künstler nicht nach ihrem Werk, sie zensiert sie nach ihrem politischen Bekenntnis. Sie macht, deutsch und deftig, aus der grundgesetzlichen Freiheit der Kunst eine freiheitlich-demokratische Kunstordnung, und wenn dem kommunistischen Hamburger Schriftsteller Gerd Fuchs von einer unabhängigen Jury peinlicherweise der Lessing-Förderpreis zugesprochen wird, steckt sie ihm verstohlen den Scheck zu (Hier, ham Se ihre 5000 Ein, aber kein Aufsehen, wenn ich bitten darf) und denunziert ihn anschließend als Propagandisten der Tyrannei. Daß Stücke von Bett Brecht auf den Bühnen dieses Staates zu sehen sind, hat nur *einen* Grund: Brecht ist tot.

Wirtschaftlich ein Riese, politisch ein Zwerg? Ein Rumpelstilzchen! Und es kommt darauf an, es beim Namen zu nennen. Zum Beispiel auf dem bevorstehenden Parteitag der SPD, mal ohne Rücksicht auf die taktische Konstellation beim Antrag 715 f des Ortsvereins Pinneberg-Süd zur Kommunalisierung der Vorgarten-Pflege. Auch wenn es dafür kein Ritterkreuz mit Eichenlaub gibt.

Konkret 11/75, S. 7

konkret extrakt

Freier wohnen

Darmstadt. Paragraph 12 des Mietvertrages der sogenannten „Bürgerinitiative Darmstadt e. V.": „Der Vermieter hat das Recht, das Mietverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu lösen, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß der Mieter/die Mieterin den Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland -insbesondere die freiheitlich-demokratische Ordnung - durch Wort, Schrift oder Tat verläßt und damit das Ansehen der Vermieterin schädigt."

Frankfurt. Der IG-Metall-Vertrauensmann Gerald Lauermilch sucht eine Wohnung. Der Makler Hans Dieter Schulz bietet ihm eine an. Vorher will er aber wissen, warum Lauermilch ausgerechnet Kunde der Bank für Gemeinwirtschaft sei. Für einen Gewerkschafter sei das selbstverständlich, ist die Antwort. Als Schulz dann noch nach der Art seines gewerkschaftlichen Engagements und seiner Parteizugehörigkeit fragt, mag Lauermilch nichts mehr sagen. Darauf Schulz: „Unter diesen Umständen kann ich Ihnen die Wohnung nicht vermieten."

München. Hier ist das private Maklermonopol gebrochen, hier gibt es eine kommunale Wohnungsvermittlung. Die verschickt an Wohnungsuchende Computerausdrucke, die neben den Angaben über Größe, Lage und Preis eines Angebots auch schon den Vermerk getragen haben: „Keine Arbeiter".

Der wahre Korb

Von wegen sechs Prozent! Dem „Warenkorb" des Statistischen Bundesamtes, mit dem die jeweiligen Inflationsraten ermittelt werden, stellt KONKRET hier ein Sortiment von Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs gegenüber: Zwischen Juni 1974 und August 1975 war die Preissteigerung für

Brot 11,0 %

Miete 22,5 %

Margarine u. Käse 23,8 %

Milch 9,4 %

Zucker 23,5 %

Frischobst 30,4 %

Strom 20,8 %

Kartoffeln 26,8 %

Gas 33,0%

Fleischwaren 7,4 %

Kohle 22,7%

Postgebühren 28,3 %

Verkehrs- u. Frachttarife 14,5 %

Papierwaren 34,3 %

Kinder-Strafe

Nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums erhält jeder dritte der über eine Million registrierten Erwerbslosen in der BRD weder Arbeitslosengeld noch staatliche Arbeitslosenhilfe. Die rund 370 000 Betroffenen sind auf die Unterstützung der Sozialämter angewiesen (was für Ausländer die Abschiebung zur Folge haben kann). Hierbei steigt der Prozentsatz derer, die kein Arbeitslosengeld erhalten, *obwohl* sie versicherungpflichtige Tätigkeiten ausgeübt haben. Und das kommt so: Immer mehr arbeitslose Frauen, naiv und ehrlich wie sie nun mal sind, antworten auf Fragen der Arbeitsämter, ob sie Kinder zu versorgen hätten, mit „ja". Schon ist ihr Antrag abgelehnt. Denn wer Kinder zu versorgen hat, muß sich um sie kümmern, kann also nicht arbeiten gehen, steht dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung, hat folglich auch keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Kopf-Rechnen

Jede Familie in der Bundesrepublik zahlt jährlich im Schnitt 3352 Mark Lohnsteuer. Das Kölner Institut der Deutschen Wirtschaft hat nun ausgerechnet, daß jeder Studienplatz das Sechsfache kostet. Man kann aber auch anders rechnen: Die Einsparung eines einzigen Schusses aus einer 115mm-Feldhaubitze könnte pro Semester einen neuen Studienplatz schaffen (er kostet 9000 Mark). Allein für den Treibstoff, der von den 16 000 Räder- und 3000 Kettenfahrzeugen bei der viertägigen „Großen Rochade" verbraucht wurde, hätte man 640 Studenten ein Jahr lang studieren lassen können (12,8 Millionen Mark). Hätte man die 500 Millionen Mark, die den Steuerzahler die Verlegung einer US-Kampfbrigade nach Norddeutschland kosten soll, den Hochschulen zur Verfügung, gestellt, hätte in diesem Semester jeder der 52 000 abgewiesenen Bewerber einen Studienplatz bekommen können.

Aus amerikanischen Quellen hat KONKRET einiges über den gegenwärtigen US-Botschafter in Lissabon, Frank Charles Carlucci (45), erfahren:

1952

Studium an der Princetown-Universität.

1954-1956

Fortsetzung des Studiums an der Harvard-Universität. Außerdem als Leutnant bei der Marine. Nach einer kurzen Tätigkeit als Geschäftsmann beginnt Carlucci im Juli 1956 mit seiner Tätigkeit beim CIA.

1957

Vizekonsul in Johannesburg (Südafrika).

1960

Im März Vizekonsul in Leopoldville (Kongo), später Konsul und im Juni z. Sekretär der USA-Botschaft. Als CIA-Angehöriger wird er mit dem Mord an Lumumba, dem Ministerpräsidenten des Kongo, in Verbindung gebracht.

1962

Zwei Jahrein der Abteilung für internationale Verbindungen beim State Department tätig.

1964

Im Februar wird Carlucci als Konsulatssekretär nach Sansibar berufen, wo er bereits im Dezember zum Generalkonsul befördert wird. Carlucci unternimmt große Anstrengungen, um die politischen Hauptkräfte Sansibars zu spalten und eine für die USA günstige politische Konstellation im Lande zu schaffen.

1965

Wegen seiner bekanntgewordenen CIA-Tätigkeit erklärt die Regierung Sansibars Carlucci zur Persona non grata und verweist ihn des Landes.

1965-1968

Als Diplomat getarnt ist Carlucci drei Jahre in Rio de Janeiro (Brasilien) tätig. In den folgenden Jahren setzt er seine CIA-Tätigkeit in den verschiedensten Ländern fort.

1974

Im Auftrag des stellvertretenden CIA-Direktors Walters wird Carlucci als bewährter Experte der Geheimkriegführung nach Lissabon entsandt. Zur Tarnung seiner CIA-Tätigkeit wird er auch in Portugal zum Botschafter ernannt. Er unterhält enge Beziehungen zu dem Ex-Präsidenten und Putsch-General Spinola. Außerdem unterstehen ihm alle CIA-Verbindungen zu den aus Portugal nach Spanien emigrierten reaktionären Politikern und Militärs. Zu seinen engsten Mitarbeitern zählt der CIA-Agent Morgan.

Wegen „überdurchschnittlich hoher Fehlzeiten" wurden 38 Arbeiter (meist Griechen) der Dynamit Nobel AG in Troisdorf entlassen. Sie stellten PVC her. Sie haben die Vinylchlorid-(VC-)Krankheit. Ihre Abfindung beträgt im Höchstfall vier

Monatsgehälter. Einer sagt: „13 Jahre lang durfte ich meine Gesundheit ruinieren. Jetzt bin ich kaputt und werde entlassen." Die Bundesregierung hat die weitere Produktion von PVC unter den bisherigen Bedingungen ausdrücklich gestattet. „Endgültige Ergebnisse eingeleiteter wissenschaftlicher Oberprüfungen" seien erst in zwei bis drei Jahren zu erwarten. Nach Angaben der Berufsgenossenschaft sind bereits mehrere Arbeiter an Vinylchlorid-Vergiftungen gestorben.

Kai-Uwe von Hassel, CDU-MdB und ehemaliger Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, fühlt sich immer noch als Landesvater - auch im Ausland. Unglücklich darüber, daß einige seiner Landeskinder die Ausschüttung seiner Güte während eines Schottland-Aufenthaltes verpaßt haben, ließ er in die „Norddeutsche Rundschau" einrücken: „Besondere Grüße den Fahrern der Wagen IZ-UU 14 und IZ-RZ 59, die uns (pluralis majestatis?) leider nicht erkannten, als wir ihnen in unserem Urlaubsort Beauly zuwinkten."

Und morgen die ganze Welt

Der chilenische Junta-Offizier Kraushaar wird immer noch von der Bundeswehr ausgebildet. Er wechselte lediglich aus seiner Hildesheimer Kaserne nach Hamburg über - in die Führungsakademie der Bundeswehr. In Hildesheim wurden unterdessen Soldaten, die an Veranstaltungen der Bürgerinitiative „Freiheit für Chile" teilnahmen, von ihrem Standortkommando verhört. Kraushaar ist kein Einzelfall. Dem noch amtierenden sozialdemokratischen Verteidigungsminister Leber selbst ging dieses Eingeständnis fließend über die Lippen. Amnesty international hat zum Beispiel wiederholt auf die Ausbildung von Armee- und Polizei-Angehörigen aus Paraguay aufmerksam gemacht. Folterungen und Ermordungen politischer Gegner gehören in diesem Land zum täglichen Geschäft von Armee und Polizei. Die Bundesregierung hat amnesty gegenüber bestätigt, daß sich „gelegentlich einige Angehörige der paraguayischen Polizei zu Informations- und Fortbildungszwecken in der BRD" aufhalten und daß „seit einigen Jahren jährlich zwei Offiziere der paraguayischen Streitkräfte in Einrichtungen der Bundeswehr ausgebildet werden".

Chemische Keule

Wie gut, daß sich in der Treibjagd gegen die wehrlose Großindustrie, und besonders gegen die armseligen Chemie-Multis, noch ab und zu eine starke, unabhängige Stimme erhebt, die die Dinge wieder ins rechte Licht rückt. Die Deutsche Presseagentur zum Beispiel: „Die deutsche Chemie und die von ihr geprägten Technologien sind in einer kritischen Situation: Als bevorzugte Prügelknaben neurotischer Menschen, die fanatisiert den Umweltschutz auf ihr Panier schreiben, sorgen sie für ständige Aufregung, andererseits bilden sie die wesentlichen Pfeiler heutiger Lebensqualität und Garanten des Fortschritts." Bravo.

Kuckuck, Kuckuck

Je größer die Arbeitslosigkeit, desto größer auch der Arbeitsanfall für die Gerichtsvollzieher. Allein in München müssen monatlich 18 000 Vollstreckungsaufträge bewältigt werden, der Berg der unerledigten Aufträge ist auf fast 14 000 angewachsen. Hochkonjunktur auch bei den Konkursverwaltern: Von Januar bis Juni gab es in der Bundesrepublik bereits 4481 Insolvenzen, der höchste Stand seit 1945. Im ganzen Jahr 1974 waren es 7722. Allein der Einzelhandel rechnet für dieses Jahr mit 8000 bis 10 000 Pleiten.

Fleure du mal

Wie man Blumengebinde zu „Führers Geburtstag" anfertigt oder eine „Bahnsteigdekoration für den Empfang des Duce", wie sich „spalierbildende Ehrenjungfrauen im Deutschen Museum zur feierlichen Eröffnung des ‚Tags der Deutschen Kunst` " aufgestellt haben oder wie Festsäle für NS-Feiern zu schmücken waren - all dies konnten rund 50 000 Besucher einer Sonderausstellung „Floristik 1933-1945" im Rahmen der Bundesgartenschau in Mannheim lernen.

Wo man wirklich sparen kann

Kein „Ressort` werde bei der Sparerei ausgenommen, heißt es, als ob es da um das Wohl und Wehe eines „Ressorts" und seines ihm vorstehenden Spitzenverdieners ginge, dem sicherlich nicht eine müde Mark vom Gehalt abgezwackt wird. Nehmen wir uns doch mal ein „Ressort" vor, das der Verteidigung. Auch da wird gespart. Aber wo? An den Einkünften mancher Soldaten. Nun mag der Rotstift in der Tat gegenüber privilegierten Gruppen durchaus angebracht sein. Und dies schon vor der Kassenebbe. Warum aber geht man nicht an den Kern dieses „Ressorts Verteidigung" heran? Ein Tabu. Nur Kommunisten reden drüber, oder Leute, die drüber reden, werden zu Kommunisten gemacht, um jeder Diskussion aus dem Wege zu gehen. Nein: man sollte sich das Maul nicht verbieten lassen, sondern diskutieren, und zwar im Detail. Denn es geht nicht um die Abschaffung der Bundeswehr, um die

Wehrlosmachung der Nation", sondern um die unerhörte Raffgier der Rüstungskonzerne und ihre bezahlten und unbezahlten Lobbyisten in den Ministerien und Parlamenten.

1. DER FALL MRCA. Obwohl die Widerstände gegen das Projekt dieses Mehrkampfflugzeuges in allen beteiligten Ländern erheblich sind, obwohl noch niemand schlüssig nachweisen konnte, warum man überhaupt die Bundeswehr mit einem neuen Flugzeug ausrüsten muß und warum gerade mit diesem überteuerten Ding, ist die Einführung praktisch schon beschlossen, ohne dem Parlament noch die Möglichkeit zu geben, darüber mehr als zu diskutieren. Der Preis pro Maschine war einmal mit 53,6 Millionen DM festgelegt. Inzwischen kostet jede Maschine mindestens 85 Millionen. Bei einer Anschaffung von 322 MRCAs muß die Summe von 26 Milliarden DM auf den Tisch geblättert werden. Allein die Streichung dieses Projekts würde den Bund aus fast allen Finanznöten hieven.

2. DER SILVESTERSCHERZ. Die Bundeswehr war zum Jahresultimo 1974 nicht in der Lage gewesen, alles ihr bewilligte Geld auch auszugeben. Damit das Geld nur ja verpulvert werden konnte, wurde im Dezember eine Reihe von Ausgaben einfach „umgetitelt"; weil man z. B. 135 Millionen nicht mehr für Marinegeräte ausgeben konnte, kaufte man dafür einfach Benzin und Diesel.

3. DER GEPARD-SKANDAL. Im März 1973 hatte der Bundestag der Lieferung von 432 Flakpanzern Marke Gepard unter der Bedingung zugestimmt, daß die Gesamtkosten 2,1 Milliarden nicht übersteigen dürfen. Plötzlich will Krauss-Maffei mehr Geld. Obwohl Krauss-Maffei zu der. Spitzenprofitmachern gehört, wird der Konzern weit weniger Panzer ausliefern und die Bundeswehr „zwingen", neue zu bestellen und weiteres Geld lockerzumachen.

4. DER NOBEL-DYNAMIT-SKANDAL. 1973 schloß sich Nobel Dynamit mit Bayer-Chemie zu einer Entwicklungsgemeinschaft für einen Feststoff-Treibstoff zusammen. Man kassierte für „Forschungsaufträge" 24 Millionen DM. Es wurde nie auch nur ein Ergebnis abgeliefert, die Arbeitsgemeinschaft wurde nach Abkassierung des Steuergeldes liquidiert.

5. DIE 15 FÜR DIE WATERKANT. Die Bundesmarine, die ja gewiß nun kein Riesen-Areal in Nord- und Ostsee zu bewachen hat und die beim heutigen Stand der Luftaufklärung von den ständigen Flügen der amerikanischen U2-Aufklärer profitieren müßte, entdeckte plötzlich das Fehlen von 15 Super-Aufklärern Typ S-3 A Viking. Die 15 Flieger kosten eine Milliarde DM. Die vorhandenen Fregatten und Schnellboote sollen ebenfalls gegen neue ausgewechselt werden (die alten werden dann an die Türkei und Griechenland verschenkt), was wiederum eine gute Milliarde kosten wird.

6. DER ALPHA-JET-SCHWINDEL. Nicht genug damit, daß das Projekt des MRCA-Flugzeuges 26 Milliarden kostet, die Bundeswehr will außerdem noch eint „neue Generation" Erdkampfjagdflugzeuge (wobei doch angeblich MRCA ein Allzweckflugzeug ist). 200 Stück „Alpha Jet" sollen angeschafft werden, dafür war ein Preis von 2,4 Milliarden ausgehandelt worden. Inzwischen haben die Konzerne angekündigt, daß sie statt der vereinbarten 200 Flugzeuge nur 175 liefern wollen und das für 2,529 Milliarden DM.

7. DER 10-JAHRES-VORRAT. Für 216 Feldhaubitzen, die sich die Artillerie angeschafft hat, wurden für die kommenden 10 Jahre Granaten im Wert von über einer halben Milliarde eingekauft (genau: 540 Millionen DM). Eine der Granaten kostet 1350 DM. Für die grade 200 Geschütze werden also 40 000 Granaten gelagert. Auf welche Kriegsdauer richtet sich denn die Hardthöhe ein?

Carl L. Guggomos

Wer zuletzt lacht

„Die Welt" hat täglich, auf der sechsten Seite, rechts oben, eine kleine Spalte, in der sie bemerkenswerte Zitate zusammenstellt. Meist sollen sie ihren Autor desavouieren, manchmal auch nur kurios sein. Besonders lustig fand der Redakteur einen Zwischentext in den 19-Uhr-Nachrichten des Senders „Stimme der DDR": „Und nun Krisennachrichten aus der kapitalistischen Welt."

Ungelogen

Nein, sie nehmen kein Blatt mehr vor den Mund: „Dem Nationalökonomen muß, wenn er unseren Markt sieht, das Herz im Leibe lachen", meinte Veba-Chemie-Chef Reinert, als er sich im „Handelsblatt" unter der Überschrift „Benzinpreise werden bald 1-DM-Grenze erreichen" verbreiten durfte. Ebenso frohgestimmt äußerte sich Andre Kostolany, einer der „renommiertesten Börsenexperten der Bundesrepublik" in der „Welt am Sonntag" zum Bonner Sparprogramm: „Der Steuer- und Sparplan der Bundesregierung ist unsozial für die Bürger, aber positiv für die Börse. Ich muß zugeben, daß der ganze Plan gegen die Arbeitnehmer, aber für die Unternehmer ist. An erster Stelle muß man die Kaufkraft der Massen abschöpfen, das Geld aus den Taschen der Millionen Verbraucher herauspumpen und nicht aus den Kassen der Unternehmer."

Solchzynismus

Alexander Solschenizyn hat dementiert, der neofaschistischen „Nationalzeitung" ein Interview gegeben zu haben. Er hat aber weder einen Widerruf verlangt, noch hat er sich von den dort zitierten Aussagen („Tod dem Kommunismus") distanziert. Inzwischen hat er den italienischen Faschisten von der MSI ein Interview „gewährt". Ohne Dementi. „Antifaschismus", meint er in ihrer Zeitschrift „Cultura di destra", sei ein „bequemes Schlagwort", das verbergen solle, daß „der Kommunismus ärger ist als der Faschismus". Der weiteren Verdeutlichung dient die Nachricht, daß die faschistische „Ausländerorganisation Chiles" den ehemaligen Sowjetbürger zu den „Feierlichkeiten zum zweiten Jahrestag der Machtübernahme" nach Santiago eingeladen hat. Nach einer Meldung des Deutschen Depeschendienstes hat Solschenizyn geantwortet, er könne leider (!) zum vorgesehenen Termin nicht kommen, da ihn die Einladung zu spät erreicht habe. Er wolle die Reise nach Chile aber zu einem späteren Zeitpunkt nachholen.

Die Gruschel-Bande

Wer Walter Boehlichs Befürchtung, nach Verabschiedung des Gesetzes gegen Befürwortung von Gewalt in der Literatur könnten auch historische Stolte zum Thema Gewalt verboten werden (KONKRET 6/75), für satirisch überspitzt hielt, konnte sich inzwischen belehren lassen. Etwa durch den Theaterkritiker der „Welt", der zur Uraufführung von Werner Simon Voglers „Die Gruschel von Mayntz" (ein Stück um die Mainzer Republik von 1792) im Hamburger Thalia-Theater schrieb: „Gipfel der Ungeheuerlichkeiten: Auf der gleichen Bühne, die in dem Fanatiker Mortimer einen Anarchisten entdeckt haben will und sich für diesen Unfug auch noch Lob erwartet, wird Baader-Meinhof-Terror gepriesen: ‚Mer müßt e Bömbche nehme und des ganze Dreckbagage in de Himmel sprenge.`“

Roller-„Bild"

Der Film „Rollerball", dessen Werbekampagne übrigens von einer Sportschuh-Firma gesponsored wird (Plakataufdruck: „Mit adidas ins Jahr 2000"), zeigt, wie sich eine Zukunftsgesellschaft nach Konzernherrn-Art an einem - im Wortsinn - mörderischen Kampfsport delektiert. Die Bild-Zeitung hat „Rollerball" zu ihrem „Filmtip der Woche" erhoben und im Düsseldorfer Premieren-Kino eine Vorführung für ihre Leser reserviert. Wenige Tage später erschien das Blatt mit der Aufmachung: „Ahnungsloses Porno-Mädchen vor der Kamera zerstückelt". Ausführlich wurde der vom FBI entdeckte Untergrundfilm geschildert, der in einem tatsächlichen Sexualmord gipfelt. In der Oberschlagzeile der Bild-Zeitung „Eintritt: 520 Mark!" schien leichtes Bedauern mitzuschwingen.

Klick - die Freiheit

Der Bundesgerichtshof zum grundgesetzlich garantierten Schutz der Persönlichkeit: Wenn Polizeibeamte die Teilnehmer eines Demonstrationszuges abfotografieren, so sind die Demonstranten dadurch „keinem rechtswidrigen Angriff ausgesetzt und deshalb auch nicht berechtigt, dem Beamten die Fotos wegzunehmen" (Aktenzeichen 1 ATR 42/75). Was für Demonstrationen gilt, muß auch für Versammlungen von Atomkraftwerks-Gegnern gelten, mag sich die hessische Polizei

gedacht haben und ließ acht zivile Beamte bei einem „öffentlichen Bürgergespräch" in Biblis (Kreis Bergstraße) drauflos knipsen. Eingeladen hatte, und zwar „herzlich", die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG, die in Biblis den größten Atommeiler der Welt betreibt, den sie noch weiter ausbauen will. Fast 1000 Anwohner unterstützten die Expertenmeinung, daß dies zu katastrophalen Umweltbelastungen führen kann. Auch ihre Argumente hat die Polizei festgehalten: Tonbänder liefen mit.

Vietnam-Lehren der Bundeswehr

Die Wunden des Mädchens auf dem Foto rechts stammen von einer Splitterbombe, abgeworfen über Vietnam. Die gleiche grausame Waffe wurde jetzt auch von der Bundesluftwaffe bei einer Übung in Rheinland-Pfalz erprobt. Damit kam erstmals seit sechs Jahren bei einem Luftwaffenmanöver scharfe Munition zum Einsatz. Makabrer Name der Übung: „Stählerner Schatten".

Dr. Giselher Wirsing und „die Ernte seines Lebens"

Dr. Giselher Wirsing war bis 1941 Herausgeber der rechtsgerichteten Zeitschrift „Die Tat", politischer Redakteur der „Münchener Neueste Nachrichten" und „Hauptschriftleiter" der Propaganda-Illustrierten „Signal"; weiter war er Mitglied des von Rosenberg gegründeten „Instituts zur Erforschung der Judenfrage" und hielt anläßlich dessen Eröffnungsveranstaltung ein Grundsatzreferat zum Thema: „Die Judenfrage im Vorderen Orient".

Nach 1945 „fand Wirsing erst nach einer, den Umständen entsprechenden Pause in den publizistischen Beruf zurück" („Die Welt", 24. 9. 75), wurde Mitarbeiter des Springer-Verlages und Chefredakteur der Wochenzeitung „Christ und Welt".

Zum Tode Wirsings bemüht sich die CDU-nahe „Deutsche Zeitung- Christ und Welt" (26. 9.75) in einem Nachruf, den ehemaligen NS-Propagandisten zu rehabilitieren und ihn als Widerstandskämpfer darzustellen: „. . . eine Berührung zum Kreis der Verschwörer vom 20. Juli brachte ihm Nachstellungen der Gestapo ein, denen er nur glückhaft entging..."

Giselher Wirsing:

.. Man wird sich daran gewöhnen müssen, nicht allein für Deutschland zu denken, wenn man wirklich neu denken will. Man wird in Deutschland die Verantwortung für den Raum und die Völker des Ostens, denen wir ebenso Schicksal sind, wie sie uns, nicht leugnen dürfen..."

(„Die Tat", Jena, November 1930)

„Deutsche Zeitung":

. . Dabei war die Ernte seines Lebens überaus reich ausgefallen. In einer Fülle von Büchern hat er auf seine Zeit eingewirkt, auf ihr Verständnis für die Probleme Europas und der Welt. . ."

Giselher Wirsing:

. . Die Einbeziehung Böhmens und Mährens in das Großdeutsche Reich, die die Aufnahme eines fremdvölkischen Bestandteils erforderte, ruht indes auf den festen Säulen der Großdeutschen Reichsüberlieferung, in der Prag seine feste Einordnung besitzt. Dort hingegen, wo jetzt militärische Notwendigkeit rein strategische Besetzungen erforderlich macht, erfolgt nicht eine Ausdehnung des Reiches, sondern nur des deutschen kriegsmäßigen Machtbereichs . . .

Wir können es schwerlich in Worte kleiden, welche Gefühle und Wünsche uns an diesem 20. April bewegen, mit denen wir dem Führer Segen und Glück für sein nächstes Lebensjahr wünschen." („Münchener Neueste Nachrichten", 20. April 1940)

„Deutsche Zeitung":

. . Wirsing wurde dann Chefredakteur der hochangesehenen ‚Münchener Neueste Nachrichten` , damals gerade 26 Jahre alt. In dieser Funktion hatte er, bei zunehmender Bedrängnis durch die damaligen Machthaber, einen Weg zu suchen, der das Weitererscheinen der Zeitung ermöglichte, ohne in wesentlichen Fragen Konzessionen zu machen. Das erforderte manchen Kotau im Äußerlichen, brachte ihn aber nicht dazu, Entscheidendes aufzugeben . . ."

PDI

Konkret 11/75, S. 11

Karl-Heinz Hansen

Leichen Made in Germany

Die Bundesregierung will mehr Waffen exportieren -entgegen den Beschlüssen der Regierungspartei SPD

Im Jahre 1936 gab der spanische Bürgerkrieg Gelegenheit, die Qualität deutscher Waffen unter „realistischen" Gegebenheiten zu erproben, um sie für den großen Krieg technologisch zu verbessern: Deutsche Kampfflugzeuge griffen offene Ortschaften an und töteten mit deutscher Präzision Männer, Frauen und Kinder. Der Generalissimo Franco, Relikt der alten faschistischen Waffenbrüderschaft, hat erst vor Wochen der Welt gezeigt, daß er mit staatlichem Zurückmorden Politik macht und bereit ist, einen zweiten blutigen Bürgerkrieg in Spanien zu riskieren.

Wenn es nach den bei der Bundesregierung hausierenden Vertretern der Rüstungsindustrie ginge, wäre dann erneut Gelegenheit, die Wirkung deutscher Waffen zu erproben.

Schon vor einer ganztägigen nichtöffentlichen Anhörung von Herstellern und Verbänden der Luftfahrtindustrie Ende September durch drei Fachausschüsse des Bundestages wurde sehr öffentlich die Forderung nach einer Lockerung bestehender Exportbeschränkung für Kriegswaffen erhoben. Während der Anhörung ließen die Rüstungslobbyisten dann jede Vorsicht beiseite: Die möglichen Käuferstaaten, besonders der Dritten Welt, wollten nun erst einmal Waffen gewissermaßen als Werbegabe, ehe man ihnen Fernmeldesatelliten verkaufen könne, aber die Bundesregierung ließe das ja nicht zu - so argumentierte der Vertreter eines weltbekannten bundesrepublikanischen Elektrokonzerns. Neidvoll blickt man in Waffenhändlerkreisen auf die nachbarliche Konkurrenz, die mit solchen Präsenten dienen darf: Rüstungsanteil am Export in den USA 19 Prozent, Großbritannien 12 Prozent und Frankreich 9 Prozent. Waffenhändler und Waffenproduzenten möchten nun der Bundesregierung und ihren Arbeitnehmern weismachen, *der* Ausweg aus dem Wirtschaftstal sei das große Waffengeschäft mit jedermann. Auf seiten der Bundesregierung gibt es deutliche Zeichen von bereitwilliger Nachgiebigkeit.

Kein noch so großer Druck kann und darf eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung jedoch veranlassen, ihre vernünftige Selbstbeschränkung bei der Genehmigung von Waffenexporten ins Ausland aufzugeben.

Das Grundgesetz bestimmt in Artikel 26 Absatz zwei: „Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, gefördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz." Das Nähere wurde im „Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen" vom 20. April 1961 und durch eine laufend geänderte Kriegswaffenliste geregelt.

Die Bundesregierung hat außerdem 1971 in einem Kabinettsbeschluß festgelegt, daß der Export von Kriegswaffen aus der Bundesrepublik grundsätzlich nur in NATO-Staaten und ausschließlich mit dem Ziel der Erhaltung der Verteidigungsbereitschaft des Bündnisses geschehen darf.

Im „Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr 1971/73" heißt es:

„Die Bundesregierung hat Richtlinien für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern beschlossen. Sie will den Kriegswaffenhandel einschränken. Der Export von Kriegswaffen in Länder außerhalb der NATO - bislang schon für Spannungsgebiete gesperrt - soll grundsätzlich unterbleiben . . . ausgesonderte Waffen der Bundeswehr werden nur noch von Regierung zu Regierung abgegeben, ohne daß privater Waffenhandel beteiligt ist."

Im Weißbuch 1973/74 wird diese Linie beibehalten: „Rüstungsexporte bleiben in erster Linie auf NATO-Staaten beschränkt . . ." „Unsere Rüstungsproduktion ist nicht exportorientiert. Die Ausfuhr von Kriegswaffen bedarf der Genehmigung durch die Bundesregierung."

Auf dem SPD-Parteitag 1970 in Saarbrücken erklärte der damalige Verteidigungsminister Helmut Schmidt: „Die Bundesregierung ist an privaten Rüstungsgeschäften und privaten Rüstungsexporten, soweit ich das überblicken kann, nicht interessiert."

Im Januar 1971 formulierte er allerdings schon weniger entschieden: „Es mag Fälle geben, in denen Interessen, die in der auswärtigen Politik unseres Staates verfolgt werden müssen, es wünschenswert erscheinen lassen, auch außerhalb des Bündnisses Waffen zu liefern."

Auf dem SPD-Parteitag 1973 in Hannover wurde der Antrag, die Bundesrepublik Deutschland solle „als Beitrag für den Frieden in der Welt sich verpflichten, keine Waffen an andere Staaten zu liefern", durch den Zusatz „außerhalb der NATO" entsprechend eingeschränkt.

Seither hat man vielfältige Möglichkeiten gefunden, die Exportbeschränkungen zu durchbrechen und zu umgehen, z. B. dadurch, daß ganze Waffenfabriken von bundesdeutschen Firmen in anderen Ländern gebaut, daß Lizenzen ins Ausland vergeben oder über deutsche Banken Waffengeschäfte außerhalb der Bundesrepublik finanziert wurden.

Das ist besonders verhängnisvoll bei Waffenexporten in Entwicklungsländer, die 1974 etwa 40 Prozent mehr Waffen kauften als im Vorjahr, und in denen es seit dem Zweiten Weltkrieg die meisten bewaffneten Konflikte gegeben hat. In dem jüngst erschienenen Buch von Benedikt/Bahr „Eingriff in die Rüstungsindustrie" heißt es dazu knapp und treffend: „Die Waffenausfuhr in die Dritte Welt stärkt die Abhängigkeit der Entwicklungsländer, unterstützt die Machteliten der Dritten Welt, ist überwiegend entwicklungsfeindlich und der Einsatz der Waffen hat einen hohen Wahrscheinlichkeitswert."

Daß Waffenlieferungen selbst innerhalb der NATO, die der Präambel des NATO-Vertrags zufolge gegründet wurde, um die freiheitlich-demokratischen Gesellschaften des Westens gegen mögliche Angriffe zu verteidigen, nicht unproblematisch sind, zeigten die Beispiele Portugal und Griechenland. In Griechenland wurden die gelieferten Waffen von einer verbrecherischen Militärdiktatur dazu benutzt, sieben Jahre lang das griechische Volk mit Folter und Mord zu unterdrücken, um schließlich in einem Krieg gegen ein anderes NATO-Land Verwendung zu finden. In Portugal dienten NATO-Waffen dazu, den nach Vietnam längsten und schmutzigsten Kolonialkrieg zu führen.

Gerade im Jahre 1975 gibt es für die Bundesrepublik Deutschland keinen zureichenden Grund, von den ohnehin durchlöcherten Exportbeschränkungen für Kriegswaffen abzugehen:

- Die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist Verpflichtung, die Friedens- und Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition durch konkrete, über die Ergebnisse laufender MBFR-Konferenzen hinausgehende Schritte fortzusetzen, auf dem Weg zu dem längerfristigen Ziel einer atomwaffen- und truppenfreien Entspannungszone innerhalb eines kollektiven Sicherheitssystems für Europa. Die Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Außenpolitik steht dabei auf dem Spiel.
- Die Ausweitung von Produktionskapazitäten der bundesrepublikanischen Rüstungsindustrie würde Exportzwänge erzeugen, die den außen- und sicherheitspolitischen Handlungsspielraum der Regierung empfindlich einengen und Abrüstungspolitik praktisch verhindern. Frankreich, das aus solchen Zwängen zu einem der skrupellosesten Waffenlieferanten der Welt geworden ist, ist dafür ein warnendes Beispiel.
- Die Ausweitung der Rüstungsproduktion würde weitere unkontrollierte Investitionen nach sich ziehen und die strukturellen Schwächen unserer Industrielandschaft sowie die konjunkturellen Risiken nochbeträchtlich vermehren. Gesteigerte Rüstungsexporte sind deshalb das Gegenteil von wirtschaftlichen Stabilisierungsmaßnahmen.
- Die Ausweitung des Rüstungsexports würde keine Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie bedeuten. Sie würde dafür weitere unsichere exportabhängige Arbeitsplätze schaffen.

Statt dem Drängen gewinnsüchtiger Waffenproduzenten und -händler nach Lockerung der Exportbeschränkungen für Kriegswaffen nachzugeben, müssen endlich die Weichen für eine neue, entspannungskonforme (Ab-)Rüstungspolitik gestellt werden:

- Erster Schritt zur Rüstungsbeschränkung könnte ein supranationales Ausgleichsabkommen sein, wonach die europäischen NATO-Länder statt teurer Eigenproduktion (wie das MRCA) ihren Waffenbedarf billiger in den USA decken, dafür aber mit Handelspräferenzen für zivile Industriegüter kompensiert würden. Das würde die nationalen Wehretats, für die immer weniger Bürgerbereit sind, mehr Geld aufzuwenden, entlasten und die Voraussetzungen schaffen für die notwendige industrielle Strukturbereinigung, ohne daß die Verringerung der Rüstungskapazitäten auf Kosten der Arbeitsplatzsicherheit für Arbeitnehmer und des Handlungsspielraums der auswärtigen Politik ginge.
- Als nächster Schritt wären die entspannungspolitisch zwangsläufig unsicheren Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie unter Einsatz aller vorhandenen und mit neu zu schaffenden wirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten konsequent zugunsten zukunftsgerichteter Produktionen und Branchen umzuwandeln. Dies war bereits Inhalt eines auf dem Parteitag in Hannover der SPD-Bundestagsfraktion überwiesenen Antrags, der von der Bundesregierung verlangte, „rechtzeitig Planungen zu entwickeln, die eine zukünftige Nutzung freiwerdender ökonomischer Kapazitäten für andere Zwecke möglich machen . . . (und) den Arbeitnehmern durch rechtzeitige Vorsorge ihre Beschäftigung zu sichern". Dieser Antrag ist bei der Fraktion als „Material" liegengeblieben. Es ist zu begrüßen, daß ein Antrag des Bezirks Südbayern an den Parteitag in Mannheim zur „Umstellung von Rüstungsindustrien auf Friedenswirtschaft" diese Forderung wiederholt und präzisiert:

„Es sind konkrete, langfristige, vorbeugende Umstellungsplanungen von Rüstungs- und Zivilgüterproduktion schon heute zu entwickeln. Die Art der Zivilgüter soll sich richten nach einer demokratisch ermittelten Prioritätenskala von sozialen und privaten Bedürfnissen. Die Umstellung darf sich nicht auf die Produktionsanlagen beschränken, sondern muß auch Umschulungsmaßnahmen für die betroffenen Arbeitnehmer und das Management umfassen."

Sozialdemokraten müssen den gegenwärtigen Trend der Rüstungspolitik in Europa stoppen, wenn unsere Friedens- und Entspannungsbemühungen glaubwürdig sein sollen, wenn wir nicht an blutigen Auseinandersetzungen in der Welt mitschuldig werden wollen wenn wir nicht riskieren wollen, den Nord-Süd-Konflikt zu verlieren, weil wir die West-Ost-Spannung nicht rechtzeitig bewältigen.

Konkret 11/75, S. 14

Günter Wallraff

Der Dreh von VW

Massenentlassungen und Marktgewinne, Lohndrückerei und Kapitalexport in Länder mit Niedrigstlöhnen und Streikverbot - das sind die Grundpfeiler der Konzernstrategie des Volkswagenwerks. Günter Wallraff zeichnet Ablauf und Folgen auf

Als am Himmelfahrtstag 1938 der Sonderzug aus München eintraf, war bereits alles, was im Deutschen Reich Rang und Namen hatte, zur Grundsteinlegung des Volkswagenwerkes und der „Stadt des KdF-Wagens" versammelt, um den Führer mit einem Massenaufgebot faschistischer .lugend- und Arbeitsorganisationen zu dieser Feierstunde zu umjubeln. Walter Henry Nelson, Autor einer „Volkswagen-Story" und Intimus von Heinrich Nordhoff (von 1948-1968 VW-Chef): „Es war ein herrlicher Tag." Der „Kraft-durch-Freude-Wagen" sollte in die Serienfertigung gehen.

Da die Produktionsverfahren in der deutschen Automobilindustrie durchweg veraltet waren, wurden arbeitsteilige Fertigungsverfahren aus Detroit importiert. Henry Ford wurde dafür von Adolf Hitler 1938 mit dem Großkreuz des deutschen Adlerordens ausgezeichnet.

Als 17 Jahre später der 1 000 000. VW vom Band lief, erhielt Professor Nordhoff vom deutschen Bundespräsidenten das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Wolfsburg, damals auf einigen Mülleimern der Stadtreinigung immer noch offiziell „KdF-Stadt" genannt, verlieh ihm die Ehrenbürgerrechte.

Der Volkswagen steht über den politischen Systemen.

Die Umbenennung der „Stadt des KdF-Wagens" in Wolfsburg im Mai 1945 läutet die Nachkriegsgeschichte des Unternehmens ein. Als die britische Militärverwaltung 1948 Heinrich Nordhoff als Geschäftsführer einsetzt und 1949 die Volkswagenwerk GmbH an die Bundesrepublik übergibt, ist das kommende „Volkswagenwunder", weltweites Aushängeschild des westdeutschen „Wirtschaftswunders", schon fest programmiert. Der V W soll den Triumph des neuen, des friedlichen Deutschlands demonstrieren. Die Zauberformel von Fortschritt („In Brasilien sind die Leute von den Bäumen unmittelbar in den Volkswagen gestiegen", sagte Nordhoff) und sozialer Sicherheit (‚Wir produzieren nicht nur Autos, sondern auch Sicherheit für die Familien", wiederum Nordhoff) verstellte den Blick auf die skrupellose Machtpolitik des staatseigenen Konzerns. Unbändiger Expansionsdrang führte den Konzern, wie von wunderbarer Hand gelenkt, an Standorte, die immer ein bißchen mehr boten als nur brachliegendes Industrieansiedlungsgebiet: Die Auslandsproduktion begann z. B. mit einem Montagewerk in Südafrika (1956). Ein Jahr später ging (die 1953 gegründete Tochter) VW do Brasil in die Serienfertigung; heute ist die VW-Tochter der größte Steuerzahler der brasilianischen Militärdiktatur, und zur Zeit entsteht ein VW-Montagewerk in Chile, unter der Schirmherrschaft von Pinochet, Niedrigstlöhne und Streikverbot garantiert.

Das Jahr 1960 markierte den Abschluß einer gewissen Konsolidierungsphase des Unternehmens: Eine Gewinnspanne von mehreren 100 Millionen Mark jährlich, ein blühendes Exportgeschäft. Das hatte die Gier nach privater Verfügung über die weiter zu erwartenden Traumgewinne erregt: Die Volkswagen GmbH wurde in eine Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 600 Millionen DM (inzwischen auf 900 Millionen aufgestockt) umgewandelt. Der Bund und das Land Niedersachsen behielten je 20 Prozent des Aktienkapitals; die übrigen 60 Prozent wurden 1961 als „Volksaktien" verkauft und erreichten als hochfavorisierter Börsenrenner einen Kurswert von etwa 1100 Punkten.

Die Krise in der Automobilindustrie kam weder überraschend noch plötzlich. Obwohl 1971 das absolute Spitzenjahr für Pkw-Erstzulassungen in der Geschichte der Bundesrepublik war, zeigten sich seit Anfang der 70er Jahre Wachstumsrückgänge und Stagnationstendenzen, und mit dem bröckelnden Dollarkurs geriet auch das Exportgeschäft zusehends in Gefahr. Im Inland und auf den Auslandsmärkten verschärfte sich überdies die internationale Konkurrenz. Die Erdölmanipulationen, besonders seit dem Winter 1973/74, erzwangen bei den Pkw-Benutzern und -Käufern ein wachsendes Sparbewußtsein. Der nahtlose Übergang in die allgemeine Wirtschaftskrise der kapitalistisch beherrschten Welt drückte den Automobilabsatz erneut. 1974 sackten die Erstzulassungen in der BRD unter die Zulassungsziffer von 1969, gegenüber dem Vorjahr gingen sie um 16,6 Prozent zurück; die Exporte fielen sogar um 21,5 Prozent. Dieser scharfe Rückgang enthüllte eine äußerst kostenbelastende Überakkumulation; „überhängende" Produktionskapazitäten in der Autoindustrie lagen brach - „totes" Kapital.

Was war zu tun? Zunächst sollte die profitable Auslandsproduktion allem Widerstand zum Trotz forciert werden. Der seit 1971 amtierende VW-Chef Rudolf Leiding: „Wenn wir einen Teil der Produktionen ins Ausland verlegen, so bedeutet dies natürlich, daß wir Arbeitsplätze exportieren . . . Dennoch: Lohn- und andere Kosten zwingen uns dazu, über Auslandsproduktionen intensiver nachzudenken als bisher. Wir tun es." Was Leiding vorbereitet hatte, nahm bei seinem Nachfolger Toni Schmücker konkretere und gesellschaftsfähige Formen an: „So dürfte es interessieren, daß für den in Deutschland gefertigten Passat ein Teil der Motoren und Getriebe aus Brasilien oder Hinterachsen aus Mexiko kommen. Aus Jugoslawien stammt der Abgasschalldämpfer für den Käfer, aus Mexiko werden Kundendienst-Teile, wie

Zylinderköpfe für den Käfer, importiert. In Deutschland gefertigte Teilesätze werden im Ausland zu fertigen kompletten Fahrzeugen zusammengebaut. Die Lieferungen in beiden Richtungen stehen in wechselseitiger Abhängigkeit . . ."

Die Kollegen in den deutschen VW-Werken erfahren diese Abhängigkeit freilich durchaus anders: „Die behaupten sogar, daß durch die Investitionen im Ausland hier die Arbeitsplätze gesichert werden sollen. Ich versteh' diesen komischen Dreh nicht, aber die behaupten das einfach. Die argumentieren ja so, daß sie im Ausland nur Montagewerke bauen, die dann in den Verbund miteingeschlossen werden, und wir Deutsche, ‚Kernige`, wir machen dann die Teile, die dort zusammengekleistert werden, und ‚uns gebührt ja die Ehre`, wenn wir die Teile bauen, nicht? - Umgekehrt ist es: In Hannover machen die Kurzarbeit im Motorenbau, also bei den luftgekühlten Motoren, und dann importieren sie von Brasilien jeden Tag 400 Motoren, die dann hier in die Fahrzeuge eingebaut werden. Und dann behaupten die gleichzeitig, daß die Arbeitsplätze hier gesichert sind."

Die Kollegen erkennen, daß die Internationalisierung der Produktion lediglich ihre Abhängigkeit vom Kapital verschärft. Die wachsenden Produktionskapazitäten im Ausland ermöglichen es dem Konzern, alle Vorteile der Krisenerscheinungen im Inland von der Lohndrückerei und Arbeitshetze über Kurzarbeit und Massenentlassungen bis hin zu Steuereinsparungen sowie direkten und indirekten staatlichen Hilfen uneingeschränkt auszunutzen und bei gleichzeitig voller Kapazitätsauslastung im Ausland die gesamten Produktionsziffern nur geringfügig zu drosseln. So eröffnete VW z. B. auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Massenentlassungen im Frühjahr 1975 die Käfer-Produktion in einem neuen VW-Werk in der Militärdiktatur Nigeria. Ein weiteres Zweigwerk ist geplant.

Außerdem ergänzte der Konzern - ganz im Einklang mit der übrigen Automobilindustrie - diese Strategie der begrenzten Produktionsdrosselung mit einer Preispolitik, deren Grenzen viel weniger zu erkennen sind. Nach der letzten Preiserhöhung im April 1975 hatte VW seine Inlandspreise innerhalb von zwei Jahren umrund 2 Prozent erhöht. Während die Preiserhöhungen aber Stückchen um Stückchen erfolgen und überdies fast unauffällig in den inflationären Zug der Zeit eingebettet sind, läßt sich mit den erschreckenden betriebswirtschaftlichen Zahlen Katastrophenstimmung erzeugen und Politik machen: Kapazitätsauslastung: 60 Prozent; Verlust im Jahr 1974: 807 Millionen Mark. Das sind beeindruckende Zahlen, die den „Personalabbau" im Jahre 1974 um 14 000 auf 111500 und in der ersten Jahreshälfte 1975 um weitere 14 900 auf 96 600 sowie die weiteren geplanten Massenentlassungen bis Ende 1976 (einschließlich Audi NSU) selbst dem stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden und IG-Metall-Chef Eugen Loderer schmackhaft machen sollen.

Die konzernoffizielle Schwarzmalerei läßt sich indes nicht mehr halten, wenn wir berücksichtigen, daß der Konzern im Krisenjahr 1974 seine Investitionen um 21 Prozent auf fast 1,9 Milliarden Mark gesteigert hat und daß die volle Ausnutzung der lateinamerikanischen Anlagen so profitabel war, daß sich V W do Mexico in einem acht Tage dauernden Streik - der in unseren „Informations"-medien völlig unterschlagen wurde - für mehr als 10 000 Arbeiter eine 45prozentige Lohnerhöhung abringen ließ.

Die Behauptung, daß es sich bei der Krise um eine gigantische Manipulation handle, wäre gewiß zu einfach und bliebe in der Begriffslosigkeit von Verschwörungstheorien hängen, mit der sich die bürgerliche Gesellschaft ihre „unangenehmen" Seiten schon immer zu erklären versuchte. Sicher liefert die Krise der Geschäftsleitung aber den willkommenen Hintergrund für die „Neuordnung" (‚Handelsblatt"): „Die neuen Herren, Schmücker und der Aufsichtsratschef Birnbaum, haben endlich, da VW auf die totale Katastrophe zuzusteuern drohte, den Rücken frei für die von beiden propagierte ‚unternehmerische Lösung'."

Fünf Wochen später schreibt dasselbe Blatt angesichts des gegenwärtigen Aufschwungs bei VW, daß „der schnelle Erfolg auch problematisch" sei. „Wie will Schmücker nun dem Betriebsrat klarmachen - 'und dieser ‚Basis` -, daß die Strukturschwächen des Konzerns noch längst nicht behoben sind?" Schließlich sind noch nicht alle Aufgaben gelöst, z. B. konnte VW die Löhne und Gehälter noch nicht im gewünschten Ausmaß drücken, und gerade jetzt wären „die Chancen, auch in der Tarifpolitik die Zügel bei VW straffer anzuziehen als anderswo . . . günstig. Denn es gibt praktisch kaum Abwanderungsmöglichkeiten für die Belegschaft."

Selbst der Plan, Tausende von Arbeitsplätzen in die USA zu verlagern, hat unter dem Katastrophendruck seine Anrüchigkeit verloren. Aufsichtsrat oder Vorstand brauchen den Beschäftigten diese bittere Pille nicht einmal selbst zu verabreichen: „Wir kommen daran nicht vorbei", erklärt von sich aus der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Hermann Ehlers, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Metall, in einer Betriebsversammlung.

Allerdings fangen manche Kollegen auch an, das „Spiel" mit der Krise zu durchschauen: „Da erzählen die uns, daß der USA-Markt angeblich zusammengebrochen sei, obwohl das auch nicht stimmt. Es ist ganz klar bewiesen, daß z. B. der USA-Markt von Mexiko aus beliefert wird. Und deswegen können wir für den Export nicht mehr soviel produzieren. Als wir das vom Betriebsrat der Werksleitung um die Ohren gehauen haben, da kamen die mit so fadenscheinigen Begründungen, daß das überhaupt nicht ginge, weil Puebla, wo sich das Werk befindet, zu hoch läge, 2000 und noch was Meter; man könne die Motoren von der Abgasentwicklung her gar nicht so einstellen, weil da die Luft irgendwie anders

wäre als in der Höhe von Kalifornien, das ginge nicht. Das wäre völlig aussichtslos, von Mexiko aus ein Auto in die USA zu liefern. Gleichzeitig erzählte er uns freudestrahlend, daß hier eine Halle gebaut wird, in der man das Kalifornien-Klima auf den Regentropfen genau simulieren könnte. Das kann man in Mexiko nicht!? Ja, das wird gemacht. Für die Werkshallen geschieht nichts, aber für die Autos bauen die Klimaanlagen. Die Verlagerung ins Ausland ist überhaupt der springende Punkt, glaube ich, bei der ganzen Krisengeschichte. Die haben ja im Ausland enorme Investitionen getätigt, und deswegen geht es denen auch so dreckig."

„Die Auslandsverlagerung wird natürlich bis zuletzt abgestritten. Z. B. mit dem Passat, der auch in Brasilien gemacht wird. Das wurde auf jeder Betriebsratssitzung angesprochen, wurde immer, leider auch von unserem Aufsichtsratsmitglied, bestritten. Bis VW selbst in seinen internen Mitteilungen das schrieb. Dann schreiben sie immer so im Werbejargon Dinger: ‚Wir -weltweit - Brasilien baut jetzt auch den Passat.` Jetzt haben sie Mumm, da haben sie uns klammheimlich erzählt, daß sie hier 15 Arbeitsplätze wegrationalisiert haben; Kabel für den Golf sind nach Jugoslawien gegangen. Das war angeblich seit dem Sommer bekannt, nur ist die interne Mitteilung leider nicht an den Betriebsrat gegangen. So wird das gemacht."

„So werden wir wohl demnächst ordentlich Federn lassen müssen, nicht nur hier in Emden, sondern auch in den anderen Werken. Die haben einfach vor, in die sogenannten Billig- oder Niedrig-Lohnländer zu gehen, weil man den Leuten da das Fell besser über die Ohren ziehen kann, da ist der soziale Klüngel nicht so groß, und da kann man eben dicker absahnen."

Diese Kollegen erkennen aber nicht nur die Vorteile, die sich aus der Krise für die geplante Globalstrategie von Vorstand und Aufsichtsrat ergeben, sie spüren die Zusammenhänge viel unmittelbarer.

„Das mag ja eine echte Rezession sein, aber uns ist sie einigermaßen unheimlich. Ihr Beginn lag schon so günstig: in den letzten Lohnverhandlungen. Dann waren ihre Auswirkungen so günstig für Leiding: Der hat ja einen Millionen-Umbau gemacht, nicht nur hier, auch in den anderen Werken, die Umstellung auf Golf und so. Da mußte er Stillstand haben wegen der Umrüsterei. Sie kam zufällig gerade in die Kurzarbeit. Ja, und jetzt kriegen wir wieder Kurzarbeit, beim Golf, wo alle Leute schreiben, daß wir mit dem Golf alle Märkte schlagen, und zufällig haben wir wieder Lohnverhandlungen."

Die Krise ist also auch ein wichtiger Verbündeter des Unternehmens bei der „Bereinigung" der Personalkosten.

Bei der Durchführung dieser „unternehmerisch sehr reizvollen Aufgabe" (VW-Aufsichtsratsvorsitzender Birnbaum) achtete der Konzern strikt darauf, daß jede erdenkliche Konkurrenz zwischen den Beschäftigten angestachelt wurde, um mögliches Widerstandspotential zu neutralisieren.

Die spontanen Arbeitsniederlegungen von 1973, als das Unternehmen versuchte, die Jahreserfolgsprämien zu kürzen, dienten dem Management als Warnung. Leiding begann gezielt damit, Angestellte und Arbeiter, produktive und „nicht in der eigentlichen Produktion eingesetzte Lohnempfänger" auseinanderzudividieren: qualifizierte und angelernte Arbeiter, Männer und Frauen, Deutsche und Ausländer, höher Eingestufte gegen schlechter Entlohnte, einzeln jeder gegen jeden sowie ganze Werksbelegschaften auf nationaler und internationaler Ebene.

„Die spielen die Angst richtig aus. Als wir im Rohbau z. B. aus Materialgründen mit dem Programm von 290 auf 200 Wagen zurückgegangen sind, da hat der Ingenieur einfach an 8 Arbeitsplätzen, ohne mit dem Betriebsrat das abzusprechen, Leute aus der Produktion rausgezogen. Die wurden mit einer anderen Aufgabe beschäftigt. Diese 8 Mann sind noch nicht weg, wenn sie heute 290 fahren, müssen die da wieder arbeiten. Solang machen die was anderes, die fegen oder sonst irgendwas; die kosten VW im Moment noch genausoviel Geld. Aber wenn jetzt der eine davon kündigt, dann wird er nicht mehr ersetzt, weil er sowieso nur noch so nebenher beschäftigt wurde. So bauen die das vorsichtig ab. Die sind meist nicht ganz weg, in eine andere Halle, eine andere Meisterschaft, die gerade angerufen hat: Hab' heute zu hohe Abwesenheit, ich brauche Leute. Die gehen durch die ganze Halle, und dann siehst du sie ein paar Tage nicht, und die anderen Kumpels gewöhnen sich schon langsam daran, daß sie weg sind."

Massiver wurde die Bedrohung der Belegschaft, als die Geschäftsleitung regelmäßige Kurzarbeitsperioden durchsetzte. Mit der Kurzarbeit verbreitete sich die Angst im gesamten Unternehmen und mit der Angst die zahllosen und illusionären Versuche, individuell „davonzukommen". Notfalls mobilisiert jeder seine letzten Reserven, um sich auf seinem Arbeitsplatz zu halten; die Produktivität nimmt erheblich zu. „Darum gehen die Vorstellungen über die Notwendigkeit der Kurzarbeit auch auseinander", sagen die Emdener Betriebsräte. „Unsere Vorstellung wäre ja, wenn das Unternehmen feststellt, ich kann die Autos nicht loswerden, dann beschäftige ich die Leute weiter und zieh die Bänder langsamer. Aber das tut VW nicht. Die prügeln die volle Leistung, die volle Kapazität . . . 60 Prozent Auslastung? Wir fahren volle Pulle.

Bis zum letzten Tag, bis die Kurzarbeit anfängt. Die haben überhaupt keinen Abstellplatz, aber 290 müssen durch. Warum? Das ist kaufmännisch rentabler, weil sie in Wirklichkeit die Autos ja schon verkauft haben. Das ist der Trick, der insgesamt in der ‚Krise` zu beobachten ist: Mit weniger Leuten produzieren die das gleiche und manchmal noch mehr, auf Vorrat oder Halde, wie wir sagen, und erhöhen nachher obendrein noch die Preise und haben so doppelt daran verdient und eingesackt. In der 66/67er Rezession war das anders; das war eine ehrliche Rezession. Da sind sie auch wirklich langsamer gefahren. Da hat die ganze Bandbesatzung nur 100 Wagen am Tag gemacht, obwohl sie von der Belegschaftszahl her 290 hätten machen können."

Die Angst um den Arbeitsplatz treibt die Kollegen ins Werk. Auf die Frage nach dem Krankenstand lachen sie: „Das muß am milden Wetter liegen . . . Die kalkulieren hier eine Personalabwesenheit bei voller Produktion von 13,5 Prozent. Und wir hatten zum Wochenbeginn eine tatsächliche Abwesenheit, mit Urlaubern und Kranken, von 0,7 Prozent. Das machte dann 450 Mann Überhang aus. Da schneiden sich die Kumpels in das so und so schon geschwächte Fleisch und schleppen sich zur Arbeit, obwohl der Arzt sie krankschreibt, damit sie sich zu Hause auskurieren können."

„1976 kann sich der Abbau der Beschäftigtenzahl dann voll auswirken: Den Konzernkassen werden in einem Jahr 800 bis 900 Millionen weniger abgefordert - eine Ersparnis so groß wie der Konzernverlust von 1974." („Die Zeit"). Um diese Chance nicht zu verwirken, soll die „Gesund"-Schrumpfung mit einer Roßkur zu Ende gebracht werden. Nach Leidings Rezept, „über Bord zu werfen, was nicht lebensnotwendig ist", hat der Konzern für die Volkswagen AG, die Audi NSU AG und das Brüsseler VW-Werk Massenentlassungen vorgesehen, die in die Zehntausende gehen; ganze Werke sollen stillgelegt werden.

Widerstandsaktionen vor allem in den württembergischen Werken Neckarsulm, Heilbronn und Neuenstein, die dem Vernehmen nach dichtgemacht werden sollen, sowie in Salzgitter zwingen die Unternehmensleitung auch bei ihrer vorläufig umfassendsten Gewaltmaßnahme zu einer gewissen Vorsicht. Vor allem wird Wert auf eine gründliche Abstimmung der Massenentlassungen mit der IG Metall, der Bundesregierung und der niedersächsischen Landesregierung gelegt. Die Maßnahmen werden am 8. April 1975 vom Aufsichtsratspräsidium - in Abstimmung mit dem Vorstandabschließend vorbereitet: von den Herren Hans Birnbaum, Vorsitzender des Aufsichtsrates, Chef der bundeseigenen Salzgitter AG und Vorstandsmitglied im Wirtschaftsrat der CDU, Erich Küpker, Wirtschaftsminister der sozialliberalen Landesregierung von Niedersachsen, Eugen Loderer, Vorsitzender der IG Metall, Karl Otto Pöhl, Staatssekretär im Finanzministerium der sozialliberalen Bundesregierung.

Dem „mitbestimmungsgeprüften" Birnbaum, einem routinierten Sanierer, war vor dieser Sitzung nicht bange. Schon zu Beginn des Jahres hatte er zuversichtlich geäußert: „Bei offener und eingehender Beratung mit den Gewerkschaften wird ein Vorstand nach meiner Erfahrung immer das tun können, was er für geboten hält." Auch Bundeskanzler Schmidt will dem unternehmerisch Gebotenen zum ungestörten Durchbruch verhelfen: „Schmücker, Birnbaum, Loderer brauchen das volle Vertrauen des ganzen Kabinetts."

Nur wenige Tage später, am 17. April, erklärt er im Bundestag, daß sich die Bundesregierung von niemandem in der Sorge für den Arbeitnehmer und seinen Arbeitsplatz übertreffen lasse.

Die ungekürzte Fassung von Günter Wallraffs „Volkswagen -Eine Konzernstrategie und ihre Folgen" erscheint Ende November in dem Band „Krise und Gegenwehr", herausgegeben von Rainer Duhm und Harald Wieser, Rotbuch 141, 160 Seiten, ca. 8 DM.

Konkret 11/75, S. 17

Norbert Gansel

Menschlich traurig, politisch dumm

Wieder mal □ aren die Linken an allem schuld - nicht ein rechter SPD-Poli□ eipr□ sident und auch nicht die Arbeitslosigkeit. De linke SPD-Abgeordnete Norbert Gansel stellt richtig

Die CDU ist der Verlierer der Bremer Bürgerschaftswahl und die SPD macht ihr die Niederlage streitig. Die FDP siegt und das sozialliberale Bündnis siecht.

Die CDU hat trotz optimaler Ausgangslage nur um 2,2 Prozent zugenommen. Trotz ihres letzten schlechten und verbesserungsfähigen Wahlergebnisses, trotz der Schwächeerscheinungen in Regierung und Regierungsparteien Bremens, trotz der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der Bundesrepublik, trotz der Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung, trotz der Anti-Investitionslenkung-Meinungslenkung, trotz, trotz, trotz . . .

Vielleicht sogar aus Trotz -aber die Bremer wollten keine CDU-Regierung. Bei 1,7 Prozent Verlusten der NPD erhöhte sich das CDU-Potential um kümmerliche 0,5 Prozent. Das könnte für die Bundestagswahl optimistisch stimmen. Denn das politische Niveau der Bremer Union lag zwar deutlich unter Biedenkopf, aber immerhin über Carstens - und wir wissen noch nicht, ob die U-Parteien das 1976 erreichen können.

Die FDP verdoppelte fast ihren Stimmenanteil. Weil die Wähler keine CDU-Regierung wollten, hätten sie eine CDU/FDP-Regierung rechnerisch fast möglich gemacht. Eine FDP, die sich auf eine Koalition mit der SPD festlegt und gegen dieselbe SPD einen Wahlkampf führt, hat mit dem Abschmecken ein Erfolgsrezept- als Abkocherpartei. Bei der Bremer FDP mußte sich alles sammeln, was von der CDU in Frieden gelassen werden wollte und mit der SPD unzufrieden war - unzufrieden über Helmut Schmidt und Willy Brandt, über Hans Koschnick und Henning Scherf, über Verfilzungen und Kunkeleien, über zuviel öffentlichen Dienst und über Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst, über innere Sicherheit und über die politische Korruption eines Polizeipräsidenten, über zu viele oder zuwenig Arbeitslose, vielleicht sogar über zuviel und über zuwenig Investitionslenkung.

Solche Motive lassen sich nicht in ein Rechts/Links-Schema einordnen. Mit dem Bremer FDP-Ergebnis wurde Generalsekretär Bangemann zum Sturz freigegeben. Bangemann hatte das einzig Vernünftige getan, das die FDP zur Respektierung des Wählerpotentials der SPD in Bremen und im Bund hätte machen können. Mit der Verkündigung der allseitigen Koalitionsbereitschaft seiner Partei hätte er die Wahl der FDP wieder zu einem Risiko für den Wähler machen können, der keine CDU-Regierung will. Mußte Bangemann gehen, weil die FDP in Bonn genau wie in Bremen oder anders als in Bremen verfahren will? Gibt es in Bonn vielleicht noch schlimmere Wankelmänner als die Bangemänner?

Bei der Bundestagswahl 1976 kann die FDP - wie in Bremen - gegen ihren Koalitionspartner kämpfen und ihm Stimmen abjagen. Vielleicht bleiben dann noch genug Mandate nach, um ein zerrüttetes Zweckbündnis ein bißchen fortzusetzen. Die FDP kann auch gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner gegen die Unionsparteien zu Felde ziehen und das sozialliberale Bündnis dabei erneuern und stärken. Diese Entscheidung der FDP wird nicht schon mit der Koalitionsaussage, sondern erst durch den Verlauf des Wahlkampfes fallen. Ein schlechter Zeitraum für eine vielleicht historische Entscheidung.

Die SPD muß aber auch bei sich nach Ursachen für ihre Verluste suchen. Daß die widerliche Telefonaffäre nicht nur die CDU, sondern auch die SPD Stimmen gekostet hat, ist offenbar und geht sicherlich nicht auf Rechnung linker Sozialdemokraten. Dennoch war die Hauptversion konservativer Kommentatoren, der Wähler habe „den Linken in der Bremer SPD" eine Quittung erteilt.

Gerade linke Kandidaten müssen sich dem manchmal fragwürdigen Popularitätstest der Personalwahl unterwerfen. Linke Politik muß volksnahe Politik sein und nicht „nur" Politik im Interesse des Volkes. Das ist in der Praxis nicht nur politische Knochenarbeit, sondern oft auch mit mehr Gewissenskonflikten beladen als das Armhochheben im Hohen Hause. Bei Wahlanalysen darf man sich nicht schonen, sie können schmerzhaft und lehrreich sein.

Aber: In Bremen wird mit einer Stimme gewählt, die Partei und ihre Kandidatenliste, und eine Bewertung der politischen und persönlichen Haltung der Kandidaten ist nicht möglich. Leider! Henning Scherf zum Beispiel, der Landesvorsitzende der Bremer SPD, ein Linker, hätte sich bei einer Persönlichkeitswahl nicht zu verstecken brauchen.

Daß die Gegner der SPD eine Wahl nicht so kommentieren, wie sie war, sondern wie sie sie gerne gehabt hätten, ist verständlich. Einmal mehr erklärte die herrschende Kommentatoren-Meinung „Linkstendenzen" zum Wählerschreck - ohne Rücksicht auf die Tatsachen. Ihre Methode besteht darin, die Vokabel „links", wo immer sie gebraucht werden kann, mit dem Geruch des Mißerfolgs zu versehen. Daß auch manche sozialdemokratischen Mandats- und Funktionsträger dabei mitmachen, ist menschlich traurig und politisch dumm.

Aber es scheint, daß diese Methode zunehmend Erfolg hat. Die Semantik tritt in der politischen Meinungsbildung zunehmend an die Stelle der Fakten und Argumente.

Nur so ist es zu verstehen, daß selbst SPD-Politiker (subjektiv ehrlich) die nach Bremer Meinungsumfrage Ende August plötzlich abfallende Sympathiekurve ihrer Partei nicht mit den Spar-, Streich- und Steuerbeschlüssen der Bundesregierung in Verbindung brachten, sondern auf die Vokabel , Investitionslenkung" zurückführten, nicht etwa auf die Informationspolitik der Massenmedien, sondern auf „das Gerede über Investitionslenkung".

Die CDU/CSU und ihre Medien benutzen seit einiger Zeit die Semantik als politisches Kampfmittel, die Verdrehung, Verfälschung und Umwertung von programmatischen Begriffen des politischen Gegners mit dem Ziele der Diffamierung. Dagegen schützt manchmal eine neue Sprachregelung. Sie hilft dann nicht, wenn ein Begriff wie „Investitionskontrolle" im Godesberger Programm steht. Da muß schon bei „Investitionslenkung" gekämpft werden. Willy Brandt wies unter dem Murren der Kanalarbeiter vor der SPD-Bundestagsfraktion rechtzeitig darauf hin, daß die Forderung nach Investitionskontrolle im Godesberger Programm enthalten ist.

Wenn alle Sozialdemokraten, die das Privileg des Zugangs zu Massenmedien besitzen, die Diffamierungskampagne als Quatsch bezeichnet hätten, statt selber „Quatsch" zu reden, hätten sie nicht nur solidarisch gehandelt, sondern auch das wahlwichtige Bild einer zwar diskutierenden, aber geschlossenen Partei vermitteln können. Sie kennen nämlich die demoskopischen Untersuchungen des SPD-Parteivorstandes, nach denen nicht „ein bißchen mehr links" oder „ein bißchen mehr rechts" die Wähler verunsichert, sondern der darüber öffentlich ausgetragene Streit.

Aber die meinungsbildende Kraft der Semantik darf auch nicht überschätzt werden. Sie wirkt auf die Stammwähler der SPD sicher weniger als auf Wechselwähler. Wer Leitartikel liest (und schreibt), ist als sozialer Typus für die Semantik wahrscheinlich anfälliger als der typische Zeitungsleser, der sie bekanntlich verschmäht. Wer daran gewöhnt worden ist, eine Regierung nach dem Inhalt seiner Lohntüte oder nach dem letzten Rentenanpassungsgesetz zu beurteilen, wird sicherlich durch den Streit um Investitionslenkung weniger berührt als der leitende Angestellte, der die Börse als Stimmungsbarometer für den sozialen Rechtsstaat betrachtet.

Gerade der SPD-Stammwähler mußte sich deshalb durch die Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung getroffen fühlen. Solange die FDP den Bundeskanzler und den Finanzminister die öffentliche Verantwortung für die notwendigen finanziellen Operationen tragen läßt, wird sie davon profitieren. Schon deshalb muß die SPD die Binsenwahrheit verdeutlichen, daß die finanziellen Schwierigkeiten aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten resultieren, daß das zwar noch nicht viel mit dem Wirtschaftsminister, wohl aber mit den Möglichkeiten unserer Wirtschaftspolitik zu tun hat. Wer diese Möglichkeiten verbessern will, wird auch über Investitionslenkung diskutieren wollen, wenn's nötig wird mit dem Godesberger Programm unterm Arm.

Konkret 11/75, S. 18

Alexander von Hoffmann

Wie obszön ist die Vernunft?

Investitionslenkung führt zur Krise, sagen die Manager, die die Krise ohne Lenkung herbeiinvestiert haben

Das hysterische Geschrei über Investitionslenkung liefert einen weiteren Beweis für die gänzliche Unfähigkeit dieser Gesellschaft, Konstruktionsfehler des herrschenden Wirtschaftssystems auch nur zu erkennen, geschweige denn über ihre Beseitigung rational zu diskutieren.

Das gilt auch für die SPD, in deren Reihen nur eine Minderheit für Investitionslenkung ficht, während die Meinungsführer der Partei Überstunden leisten, um solche Initiativen zu entschärfen oder abzublocken und der Öffentlichkeit zu versichern, daß keinerlei wirkliche Änderungen beabsichtigt seien.

Es gilt aber vor allem für die Medien. So gut wie einstimmig hämmern Presse, Funk und Fernsehen den Bürgern ein, Investitionslenkung sei vom (roten) Teufel, sie werde die Volkswirtschaft ruinieren, an die schrankenlose Investitionsfreiheit der Unternehmer dürfe absolut nicht gerührt werden.

Die stets wiederholte Warnung an die SPD, mit solchen Plänen werde sie die Wähler vertreiben, ist der klassische Versuch einer sich selbst erfüllenden Prophetie: Indem man die Wähler das Grauen vor der Investitionslenkung lehrt, hofft man sie der Partei abspenstig zu machen, die über Investitionslenkung zu reden wagt.

Irrationales Entsetzen

Hier wirkt sich bei den Schreibern die seit Jahrzehnten zu ideologischer Einseitigkeit verkümmerte Wirtschaftslehre an den westdeutschen Hochschulen ebenso verheerend aus wie die ständige Auslese in den Wirtschaftsredaktionen der Medien: Systemkritiker werden dort nie alt. In ihrem ganz und gar irrationalen Entsetzen schon vor dem Wort Investitionslenkung gelingt den Medien nicht einmal die korrekte Information darüber, was in der SPD eigentlich zur Diskussion steht.

Die Anträge, die dem Mannheimer Bundesparteitag zugeleitet werden, fordern überhaupt keine konsequente und möglicherweise systemverändernde Lenkung; sie begnügen sich mit sehr indirekten, auf staatlichen Zwang von vornherein verzichtenden Methoden, die allenfalls der völlig systemkonformen Seelenmassage á la Konzertierte Aktion entsprechen. Außerdem -auch das wird fast immer verschwiegen -sehen die Antragsautoren Investitionslenkung nicht etwa als Mittel zur Beseitigung der akuten Wirtschaftskrise an, sondern als langfristig zu entwickelndes Instrument für die Verhinderung künftiger Krisen.

Beklagenswerte Ignoranz

Über solche kleineren Informationsmängel hinaus erleben wir die totale Weigerung, Investitionskontrolle, gleich welcher Art, im Kontext der Krisenerfahrung zu sehen. Die Krise, immerhin die schwerste seit 1932, ist durch massive Fehlinvestitionen der privaten Unternehmen mit verursacht und durch sie verschärft worden. Große Baupleiten zum Beispiel lieferten im Sommer 1973 die Ouvertüre, schon damals fanden 300 000 zu teure Eigentumswohnungen keine Käufer, standen allenthalben überflüssige Bürohochhäuser als Investitionsruinen herum. Überkapazitäten waren auch in einer zweiten Schlüsselindustrie, beim Automobilbau, entstanden.

Wenn aber als Tatsache feststeht, daß die private Investitionsfreiheit zu schweren sozio-ökonomischen Krisen (derzeit über eine Million Arbeitslose) entscheidend beitragen kann, so sollte eine Diskussion darüber, ob die privaten Investitionen nicht gelenkt und kontrolliert werden müssen, doch nicht nur möglich, sondern notwendig sein.

Die Krise hat noch andere, sehr viel tiefer liegende und langfristig gefährlichere Mängel des Non-Systems privater Investitionsfreiheit bloßgelegt, über die und deren Beseitigung geredet werden müßte, aber nicht geredet wird. Zum Beispiel: Rationalisierungsinvestitionen.

Bis vor kurzem galt es unter den systemkonformen Experten als Zeichen beklagenswerter Ignoranz, arbeitsparende Investitionen als Verursacher von struktureller Arbeitslosigkeit zu verdächtigen. Wer es dennoch tat, wurde als Maschinenstürmer belächelt, zu dumm oder zu „dogmatisch" für die Einsicht, daß technologisch bedingte Arbeitslosigkeit für die Marktwirtschaft kein Problem sei. Mittlerweile aber ist Bestandteil jeder besseren Konjunkturbetrachtung die Prognose, selbst im erhofften Aufschwung werde die Arbeitslosigkeit nur langsam und nicht im erwünschten Maße sinken, da dann ein großer Teil der Investitionen in arbeitsparende Ausrüstungen fließen werde.

In der Tat werden künftig zwei gleichlaufende Entwicklungen bewirken, daß Rationalisierungsinvestitionen strukturelle, also dauerhafte Arbeitslosigkeit auslösen. Erstens ist die Zeit der stetig hohen Wachstumsraten offensichtlich vorüber, die es bis vor zwei Jahren erlaubten, ein großes Volumen auch weniger moderner, mithin arbeitsintensiverer Anlagen noch rentabel in der Produktion einzusetzen; diese Auffangposition für Leute, deren Arbeitsplatz anderswo wegrationalisiert worden war, wird also verschwinden.

Zweitens dringt die menschensparende Computertechnik rasch in immer weitere Bereiche ein, vor allem in jene Sparten Verwaltung und Dienstleistungen, die bislang als unbegrenzt aufnahmebereit für Arbeitskräfte angesehen worden waren. Und auch dort reduziert jede neue Computer-Generation die Zahl der für einen bestimmten Produktionsvorgang noch benötigten Arbeitskräfte immer drastischer. Beispiel: Vor zehn Jahren verringerte ein neuer Bürocomputer die Zahl der Schreibkräfte vielleicht um 20 oder 30 Prozent, die übrigen wurden noch gebraucht, um schriftliche Daten computergerecht auf Lochkarten zu übertragen; inzwischen gibt es Computer, die Schrift lesen können, und wo sie eingeführt werden, machen sie mit einem Schlag sämtliche Locherinnen arbeitslos; am Belegleser selbst entstehen keine neuen Arbeitsplätze, den bedient das vorhandene Computerteam.

Groteske Abhängigkeit

Somit steht fest, daß jede neue Welle von Rationalisierungsinvestitionen immer höhere Arbeitslosenwellen verursachen wird, die sich nur langsam oder gar nicht mehr verlaufen. Damit steht ebenso fest, daß die Gesellschaft Einfluß auf diese Investitionswellen nehmen muß -nicht mit dem Ziel, sie gänzlich zu verhindern (das wäre tatsächlich Maschinenstürmerei), sondern mit dem Ziel, sie soweit abzuflachen, daß die Arbeitslosigkeit nicht zur Dauerkatastrophe wird.

Beispielsweise wäre dafür zu sorgen, daß Arbeitsplätze wirklich nur in dem Umfang wegrationalisiert werden, den die Rentabilität zwingend vorschreibt, nicht aber zu dem Zweck, fette Profite noch fetter zu machen (und nebenbei durch die Abschaffung menschlicher Arbeitskraft den Ärger mit Betriebsräten und Gewerkschaften loszuwerden). Bei Banken, Versicherungen und Großunternehmen des Handels, aber keineswegs nur da, ist diese Art von Rationalisierung im Schwange.

Ein anderer fundamentaler Mangel des Non-Systems privater Investitionsfreiheit, den die Krise aktenkundig gemacht hat, ist die geradezu groteske Abhängigkeit der Gesellschaft von der Investitionsbereitschaft der zahlenmäßig kleinen Gruppe der Kapitaleigner sowie die Tatsache, daß diese Gruppe ihre Bereitschaft zum Investieren an Interessen orientiert, die denen der Gesellschaft durchaus zuwiderlaufen können.

Das gesellschaftliche Interesse verlangt schon seit geraumer Zeit, daß mehr investiert werde, aber die Unternehmer erklären in aller Offenheit, daß sie solange nicht im notwendigen Umfang zu investieren gedenken, wie sich die Gesellschaft nicht ihren Gruppeninteressen beugt. Solange von Mitbestimmung, staatlicher Berufsbildung, überhaupt von Reformen die Rede ist, solange nicht die Gewerkschaften durch Lohnverzicht, der Staat durch Steuerverzicht den Unternehmern die Profite erhöhen, solange wird sich das private Kapital „verunsichert" fühlen und sich die Freiheit nehmen, Investitions-Enthaltsamkeit zu üben.

Jeden Tag kann man es von den Unternehmern und ihren Verbänden und publizistischen Hilfstruppen hören. Es setzt schon sehr viel Gutgläubigkeit voraus, angesichts solcher Bekenntnisse immer noch für unmöglich zu halten, daß auch generelles politisches Mißvergnügen an einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung Unternehmer zur Investitionsverweigerung motivieren kann. Es stimmt eben nicht, daß die Summe privater Investitionsentscheidungen dem gesamtgesellschaftlichen Interesse letztlich am besten diene, wie die Neo-Smithianer - aller gegensätzlichen Evidenz zum Trotz - immer weiter behaupten.

Wohlgemerkt, keines der in der SPD diskutierten Modelle von Investitionslenkung sieht derart einschneidende Instrumente vor, wie sie nötig wären, um etwa die hier beschriebenen Fehlentwicklungen künftig mildern oder gar verhindern zu können. Gedacht ist nur an Verfahren, mit deren Hilfe die Gesamtbewegungen des Investitionskapitals besser sichtbar gemacht, krasse Fehlverteilungen früher erkannt und, so Gott und die Investoren wollen, verhindert werden können. Es

geht also im wesentlichen um die Quantität, nicht die Qualität von Investitionen, und es geht nicht einmal um Lenkung, sondern um gutes Zureden.

Daß auch qualitative Lenkung nötig ist, also Einfluß nicht nur darauf, wieviel investiert werden soll, sondern auch wo und wofür, legen die Erfahrungen aus der gegenwärtigen Krise zwingend nahe. Daß beides, qualitative wie quantitative Lenkung, ohne staatliche Eingriffsbefugnisse nicht zu erreichen sein wird, dafür sind 25 Jahre Erfahrung mit den Ergebnissen staatlicher Seelenmassage Beweis genug.

Aber so einschüchternd wirkt die geballte Marktwirtschafts-Demagogie, daß selbst linke Sozialdemokraten über so etwas nicht zu reden wagen, als sei es obszön und nicht vielmehr eminent vernünftig. Eines leider nicht allzu fernen Krisentages werden SPD und Gesellschaft für das Versäumnis zahlen müssen.

Auch diese Tragödie hat natürlich ihre Satyrspiele. Zum Exempel Originalton „Spiegel" (zum Frankfurter Oberbürgermeister Arndt): „Entschuldigen Sie, wenn wir annehmen, daß Politiker vom Bedarf des Konsumenten weniger verstehen als Leute, die ihr Geld einsetzen und es ja nicht vorsätzlich wegschmeißen." Oh heilige Einfalt.

Konkret 11/75, S. 21

Peter Hamm

Portugal und das Unmögliche

Anderthalb Jahre Revolution und noch immer keine Entscheidung. Peter Hamm hat erlebt, wie sich die Portugiesen am Tag ihrer Befreiung festhalten

Das Schlimmste an Portugal ist das Gefühl kalter Wut, das es in dem hinterläßt, der von dort wieder in die Bundesrepublik zurückkehrt.

Der erste Bundesdeutsche, dem ich nach der Landung unserer Charter-Maschine von meiner Reise erzählte, meinte treuherzig: „Ja, hat man Sie dort denn nicht eingelocht?" Der Mann war ein kluger Kopf, d. h. „FAZ"-Leser, und kam gerade aus Spanien zurück, wo soeben ein deutscher Tourist erschossen worden war, der zweite in diesem Jahr, und wo fünf Antifaschisten wenige Tage zuvor liquidiert worden waren. Viel klügere Köpfe als er, die neben der „FAZ" noch eine, ganze Reihe anderer Blätter täglich zu lesen gewohnt sind, quatschten dann, als ich wieder in München war, eher noch schlimmer daher, auch und gerade wenn sie stets Worte wie Demokratie oder Pluralismus im Munde führten. Nie hatte man von denen vor dem 15. April 1974 Klagen über fehlenden Pluralismus in Portugal vernommen. Und auf Spanien angesprochen, fiel denen auch jetzt nichts Zynischeres ein, als von der „Strenge des spanischen Gesetzes" zu faseln, vom „archaischen Lebensgefühl Spaniens" und von den hiesigen „antispanischen Affekten", deren „erneutes Hochkommen" mit allen Mitteln verhindert werden müsse.

In eben diesen Tagen eröffnete unsere CSU, die doch sonst Mitleid mit jedem Sowjetschriftsteller heuchelt. der ein Manuskript nicht gleich unterbringt oder für ein untergebrachtes gemaßregelt wird, im feudalistischen Stil eine Hanns-Seidel-Stiftung, wo ganz ungeniert ein spanischer Minister auftreten konnte. Unausdenkbar, was dieselben Leute aufgeführt hätten, wäre in Portugal ein einziges Todesurteil gefällt worden, etwa gegen einen der PIDE-Folterknechte oder der jetzt ins Land geschleusten Spinola-Agitatoren.

Die fürchterlichste Erfahrung des Nachhausegekommenen ist also die Urimöglichkeit, ernsthaft mit denen über Portugal zureden, die unsere Presse und Kulturindustrie so total beherrschen und denen selbst normale liberale Leute wie Walter Jens oder der Ernst-Jünger-Fan Alfred Andersch, die den Aufruf gegen die permanente Portugalhetze unserer Medien mitverfaßt haben, inzwischen als „Sympathisanten" gelten, also als etwas, was eigentlich mit Stumpf und Stiel ausgerottet gehört.

Portugal gesehen hat fast keiner von ihnen - und wenn doch, handelt es sich zumeist um Verehrer jener Ruhe und Ordnung, Kirchhofsruhe und Faschistenordnung, die bis zum 25, April in Portugal geherrscht haben. Portugal bietet sich für ihre antikommunistischen Feindprojektionen ideal an: Der „arme Bruder Europas", wie die Portugiesen oft ihr Land nennen, kann sich ja kaum wehren gegen die unaufhörliche Flut der Verleumdung, die über ihn ausgegossen wird, er hat mit sich selbst schon genug zu tun; mit Frankreich oder Italien, wo Volksfrontregierungen nicht länger unmöglich scheinen und auf alle Fälle ein Leben ohne die Linke undenkbar geworden ist, getraute sich unsere Reaktion nicht so umzuspringen - die beiden Länder liegen näher, sind reicher, man versteht dort Deutsch, von dort her wären sogar womöglich einmal Repressalien zu befürchten in einem doch denkbaren sozialistischen Europa.

Ich weiß, vorerst sieht es nach allem eher aus als nach einem sozialistischen Europa. Aber daß man so einen Begriff überhaupt einmal hinzuschreiben, auszusprechen wagt, das hat auch etwas mit der Erfahrung Portugals zu tun, mit einem Land, in dem man endlich einmal etwas von jenem sozia*listischen Lebensgefühl* verspürte, von dem man sonst immer nur träumen durfte, und das einen immer wieder dazu verführt, den armen Bruder Europas schon fürs ganze Europa zu nehmen. Ich kann es leider nur mit einer Phrase sagen: Man atmet tatsächlich freier dort, weil man nämlich in jedem Augenblick praktisch und physisch-sinnlich erfährt, daß man es mit Menschen zu tun hat, die eben befreit wurden und dieses Hochgefühl der Befreiung festhalten und nicht gleich gegen eine neue Ordnung - und sei es auch die bestmöglichste - eintauschen wollen.

Der 25. April soll endlos verlängert werden, das ist die Formel, auf die das ganze heutige portugiesische Leben gebracht werden könnte. Und wenn dies freilich auch unmöglich ist, so steht eines doch ebenso fest, daß sich dieses Datum nicht mehr zurücknehmen läßt, die Söldner des internationalen Kapitals werden ihre portugiesischen Märkte - Portugal muß bisher 80 Prozent seiner Gebrauchsgüter und Nahrungsmittel importieren - nicht mehr mit faschistischer Gewalt schützen können. Die Gewißheit darüber, daß es nur eine sozialistische Zukunft Portugals geben kann oder keine, erhält man jeden Tag neu im Gespräch, in der Beobachtung.

Es müßte zudem den Dümmsten hierzulande zu denken geben, daß selbst ein Soares, obwohl ihm die Noske-Rolle von der westlichen Welt geradezu diktiert wird, zu Hause in Portugal unentwegt versichern muß, ihm und seiner Partei ginge es darum, den Kapitalismus zu vernichten und nicht ihn zu reformieren. Würde er letzteres nach deutschem Sozialdemokratenwillen und -vorbild verkünden, wäre er nämlich die längste Zeit PS-Vorsitzender gewesen. Die portugiesischen Massen sind, entgegen allen Darstellungen in der hiesigen bürgerlichen Presse, immer noch von Volksfrontbegeisterung erfüllt, und es bedürfte schon gewaltiger Ungeschicklichkeiten Cunhals, daran grundlegend etwas zu ändern (nicht zu vergessen, daß neben dem Moskau-Mann Cunhal längst führende PCP-Funktionäre auf Berlinguer-Kurs steuern). Spinola hatte hier einmal wirklich recht, wenn er sagte, Soares betreibe nur das Geschäft der Kommunisten; es bleibt Soares, wie gesagt, nichts anderes übrig auf die Dauer, auch wenn unsere Klassenkämpfer von oben alles in Bewegung setzen, um die portugiesischen Massen zu spalten. Garant des Kurses nach links bleibt das Militär, ohne das nichts mehr geht in Portugal: die Militärs haben die Lehre Chiles wahrhaftig begriffen.

Daß die Bourgeoisie in Portugal größer ist als erwartet, ist allerdings für den Fremden eine überraschende Tatsache, es gibt nicht nur die berüchtigten zehn Familien, die unter Salazar noch das Land unter sich aufgeteilt hatten; unter Caetano kamen offenbar größere Kreise des Kleinbürgertums zu gewissen für Portugal gewaltigen Privilegien (Autos, Fernseher, Eigentumswohnungen) und ihnen kann heute die Rechte ziemlich mühelos einreden, diese Privilegien seien in Gefahr. Auch das Lumpenproletariat, das den optischen Eindruck vieler Stadtteile Lissabons bestimmt (und das bezeichnenderweise in der großen PCP-Kundgebung, auf der Cunhal die Beteiligung an der neuen Regierung und zugleich die Distanzierung von dieser kundtun mußte, nicht vertreten war, wohingegen sonst eigentlich, die Aristokratie ausgenommen, alle Schichten der Bevölkerung anwesend und durchaus in Volksfeststimmung waren - wieder entgegen dem, was ein Kempski in der „Süddeutschen Zeitung" berichtete), das Lumpenproletariat und vor allem die Angola-Flüchtlinge, die Nacht für Nacht auf Lissabons Flugplatz aus den Chartermaschinen steigen und nur für vier Tage freie Unterkunft erhalten, stellen ein willkommeneres und willfähriges Potential für die Reaktion dar. Es ist geradezu tollkühn, wie die portugiesische Regierung denen, die ihr den Garaus machen wollen, hier trojanische Pferde zur Verfügung stellt - tollkühn und bewunderungswürdig zugleich, denn jede bequeme Distanz gegenüber den Angola-Flüchtlingen wäre ja doch wohl inhuman, schließlich wurden sie einmal mit großen Versprechungen in die Kolonien gelockt, von denen sie nun mit leeren Händen zurückkommen (daß nicht alle zu fliehen gezwungen wären, steht auf einem anderen Blatt).

Ich war Zeuge, wie Angola-Flüchtlinge die Bank von Angola in Lissabon stürmten, weil diese ihnen angolanische nicht in portugiesische Währung umzuwechseln bereit war. Das geschah buchstäblich unter den Augen der Polizei, welche die Straße vor der Bank absperrte und sowohl mit den Besatzern als auch mit den oft wütenden Straßenpassanten geduldig diskutierte, eine ganze Woche lang, bis schließlich die Bank freiwillig wieder geräumt wurde. Es fiel kein Schuß, niemandem wurde ein Haar gekrümmt. Man stelle sich einmal bitte vor, was in der friedlich-freiheitlichen BRD los wäre, wagte jemand, aus welchen Motiven auch immer, eine Bank zu stürmen!

Die etwas kitschige Nelke im Gewehr wurde offenbar doch legitim zum Symbol der portugiesischen Revolution; jeden Tag neu kann man nachprüfen, daß portugiesische Soldaten - und nicht nur sie - nicht so rasch aufeinander schießen wie viele Leute das gerne hätten. Bedenkt man die ungeheueren Spannungen, die dieses Portugal beherrschen und die in es hineingetragen werden, ist es eigentlich ganz unvorstellbar, warum dort nicht unaufhörlich geschossen wird, Blut fließt.

Was ich in allen politischen Analysen der portugiesischen Situation -kommen sie nun von rechts oder links - stets vermisse, ist die Berücksichtigung einer einzigartigen portugiesischen Mentalität, die mir weniger in dem immer wieder zitierten Begriff der *saudade* charakterisiert scheint - das soll eine Mischung aus Fatalismus und unbestimmbarem Fernweh sein, sagen Portugalkenner -, als in Verzicht auf jeden falschen Stolz. Es war bei einem der mehr artistischen als metaphysischen portugiesischen Stierkämpfe (bei denen ja bezeichnenderweise - im Gegensatz zum spanischen - auch kein Blut fließt, sondern der Stier von Bauernburschen mit bloßen Händen in die Knie gezwungen wird), wo eine etwas angetrunkene Frau einem fremden Mann neben sich plötzlich grundlos ins Gesicht schlug. Was tat der? Er rieb sich lange die Backe und rückte etwas weiter weg von der gefährlichen Person. Niemand belächelte ihn, niemand beschimpfte die Frau, praktiziert wurde selbstverständliche Humanität (ähnliche Alltagsbeobachtungen könnte ich viele aufzählen).

Auch fürs Antiautoritäre scheinen die Portugiesen eine besondere Begabung zu haben, die sich allerdings erst seit dem 25. April ganz entfalten darf. Polizisten z. B. haben im heutigen Portugal keine größere Autorität als sonst jemand. Wo immer etwas angeordnet, befohlen wird, fragen die Portugiesen zurück: Warum und wieso -und was hast du, Befehlender, denn vor dem 25. April gemacht? (Daß sich im Straßenverkehr die portugiesische Neigung zur Anarchie manchmal recht unangenehm bemerkbar macht, nimmt man gerne in Kauf, wenn man aus einem Land kommt, in dem mit Ruhe-und-Ordnung-Parolen noch jede Scheußlichkeit, bis hin zur Deportation in die Gaskammern, legitimiert werden konnte.)

Unter den Hunderttausenden von Wandbemalungen und Inschriften, die die umwerfende optische und intellektuelle Phantasie des Volkes manifestieren, schien mir eine am typischsten für das gegenwärtige portugiesische Lebensgefühl, die lautete: „Sei realistisch - fordere das Unmögliche!" Sicher stammte sie von einem einzelnen, einem Künstler

wahrscheinlich, aber auch das ist so bezeichnend für die gegenwärtige Situation, daß die Künstler eben alle mit der Artikulation dessen beschäftigt sind, was alle betrifft. Es ist nicht ein einziges Buch, nicht ein einziger Film seit dem 25. April in Portugal herausgekommen, denen unsere kunstsüchtige Kritik das Prädikat „bedeutend" gönnen würde; und auch Komponisten, die bis zum 25. April eher als Esoteriker galten, etwa der „portugiesische Bartók" Ferando Lopes-Graça, haben seither alle Kraft darauf verwandt, die Lieder des Widerstands und der Revolution zu sammeln, zu arrangieren, zu verbreiten. Für Spielfilme wäre genügend Geld von der Regierung bereitgestellt, aber die Regisseure drehen immer noch lieber Aktuelles fürs Fernsehen, Aufklärungsfilme fürs Land, Agitationsfilme.

Es gibt kaum Erfreulicheres in diesem so erfreulichen Land als etwa die allabendliche Nachrichtensendung im Fernsehen: da ist nichts vom devoten Hofberichterstatterton, der unsere Tagesschau so unerträglich macht, da wird kein Gespräch , gewährt", sondern wirklich gesprochen, diskutiert; meist ist nicht zu unterscheiden, wer Interviewter und wer Interviewer ist. Zeit spielt offenbar keine Rolle. Einmal habe ich mitgezählt, wie sich drei Soldaten 17 Minuten lang mit dem Ministerpräsidenten Azevedo unterhielten . . .

Daß es auch gelegentlich recht groteske Vorfälle gibt, versteht sich, so wenn einmal Soldaten gezeigt wurden, die frohgemut und voll revolutionärem Elan aus einem Hubschrauber sprangen der in einer der entferntesten, ärmsten Gegenden Portugals gelandet war, und dort einem einsamen Hirten der wie die Verkörperung des biblischen Hirten wirkte, erklärten, er sei nun frei, er könne jetzt tun, was er wolle (der Hirte, der nur ein- oder zweimal im Jahr andere Menschen zu Gesicht bekommt, blieb stumm und unansprechbar); aber solche Grotesken haben nichts Beleidigendes, sind irgendwie noch mit der großen Utopie verbunden, der alles verpflichtet ist: dem Unmöglichen.

Eine andere, fürs heutige Portugal typische Groteske, erlebte Uwe Brandner, als er über einem Restaurant, das heute noch seines Einrichtungsprunks und seiner berühmten Küche wegen an zweiter Stelle im Portugal-Michelin steht, einen schäbigen Raum entdeckte, der offenbar zum Restaurant gehörte und in dem es seit dem 25. April die gleichen Gerichte wie im Nobelraum unten gibt, aber um ein Vielfaches billiger. Auch dieses bizarre Nebeneinander enthält noch eine Wahrheit übers heutige Portugal, die politisch formuliert sich etwa so anhört wie das, was mir eines Nachmittags vor einem der Straßencafés am Rossio ein Mann erzählte: für Soares könne er, sagte er, nicht sein. Seiner recht eleganten Klamotten wegen taxierte ich ihn auf einen potentiellen PPD-Wähler. Dies spürte er anscheinend und stellte klar, daß ihm Soares zu rechts sei. Und Cunhal, war meine Frage? Für den wolle er auch nicht votieren. Was aber dann? Ja, meinte er, Sozialismus sei das Selbstverständliche schlechthin für Portugal, aber es müsse „ein Sozialismus so zwischen Rumänien und Schweden" sein (Länder, die er natürlich nie gesehen hatte). Was er denn beruflich mache, wollte ich jetzt noch von ihm wissen. Er entpuppte sich als Holliday-Inn-Hotel-Manager (so einer würde sich hierzulande garantiert nach oben, sprich: rechts, orientieren, hätte längst Unternehmer-Ideologie verinnerlicht).

Zum Unmöglichen, das heute in Portugal propagiert wird, gehört auch diese rumänisch-schwedische Mixtur, gehören die Gesellschaften für portugiesisch-albanische und portugiesisch-chinesische Freundschaft. Vom institutionalisierten Sozialismus (wenn er denn überhaupt noch das Wort Sozialismus verdient) hat Portugal nichts, aber auch gar nichts Gutes zu erwarten, vom Kapitalismus sowieso nur Schreckliches, Tödliches. Und doch werden Lösungen für Portugal ohne oder gegen den Willen der beiden Supermächte nicht zu finden sein. Deshalb insistieren die Massen in Portugal auf den 25. April, verlängern diesen Tag der Lösung und Erlösung von 48 Jahren Faschismus, mit dem sich die Supermächte ja auch längst abgefunden und arrangiert hatten, solange es überhaupt ging. Hat man Portugal erlebt, glaubt man, er dauere endlos.

Konkret 11/75, S. 23

Helmut Ridder

Monumentum Germaniae Juridicum II

In KONKRET 10/75 veröffentlichten wir Teil I von Helmut Ridders juristischer Satire auf den Radikalenbeschluß (RB) des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG). Teil II macht Tabula rasa

Ist es auch alles Wahnsinn und hat es auch nicht einmal Methode, so besitzt es doch die eindeutige Orientierung und Funktion des Aufstandes gegen die Vernunft, die in der Lage wäre, aus der Geschichte abzuleiten, was Zivilisation, humanitäres Ethos und Demokratie hier und jetzt konkret gebieten. Im RB manifestiert sich *die* Lebenslüge, an der die Demokratie der mit ihrem ungeheueren wirtschaftlichen Gewicht mehr als je einer ihrer staatlichen Vorläufer in ein dichtes Netz internationaler Korrespondenzen verflochtenen BRD vor sich hin verrottet. Die nach außen und nach innen augenfälligste Demonstration dieser Lebenslüge war die feige Tat der Rehabilitation der Naziorden des Zweiten Weltkriegs. Mit der Löschung des Hakenkreuzes fälschte sie höchstamtlich, repräsentativ und symbolhaft den Anschlag auf die zivilisierte Menschheit weg, huldigte sie dem „Staat", den es neben und über der Apparatur der Nazis und der von ihnen bedienten Interessen nichtgegeben hat. Diese Beatifikation ist das profilierteste Exempel unter den Vorgängen der Aufrollung nachfaschistischer demokratischer Erneuerungsversuche, weil die Unterlassung hier sogar förmliches Handeln geworden ist.

Der RB löscht im Namen der „Solidarität aller Demokraten" die Periode der nazistischen Okkupation aller staatlichen Instanzen und der Hutlösung aller Normativität schlicht und einfach durch Verschweigen, als ob sie wie Wasser aus einem nur benetzten Pelz geschüttelt werden könnten. Dadurch wird der Stellenwert aller Daten seines kümmerlichen Berichts zur Geschichte des deutschen Beamtenrechts verfälscht. Aus der Reichsrepublik werden das demokratie- und schon damals grundrechtswidrige Sonderrecht gegen die politische Betätigung von Beamten und die -freilich noch zu einer gewissen Unterscheidung von rechtmäßigem und rechtswidrigem Handeln fähige - „herrschende Meinung" der Judikatur referiert, also gerade das, was sich an konstitutionellem Überhang *gegen* die Reichsverfassung faktisch gehalten oder wieder regeneriert hatte. Daß schon der noch eine Koalition darstellende „nationale Staat" von Anfang 1933 diesen antidemokratischen Tendenzen nur einen freieren Lauf gegeben hatte, wird dem Blick entzogen, der auch möglichst nicht wahrnehmen soll, welche Kräfte auf dem linken Flügel der demokratischen Abwehrfront gestanden und geblutet haben. So werden die Demokratieversehrungen und -defizite von Weimar und wird der wesentlich brutalere „Adenauer-Erlaß" von 1950 zur Essenz von Demokratie umgestempelt.

Wie weit das BVerfG selbst sich von der vorrangig in der Bindung der staatlichen Gewalt an die demokratische Verfassung bestehenden Rechtsstaatlichkeit gelöst hat, läßt sich ermessen, wenn man bedenkt, daß der Erste Senat desselben Gerichts, dessen Zweiter Senat sich heute im RB als Staatsgärtner und Verfassungsbock betätigt, noch 1957 den Mut, die Einsicht und die Kraft besessen hat, die apologetisch-unbußfertige Schar der seine Entscheidungen zum sog. 131er-Komplex, worin alle früheren Beamtenverhältnisse als mit dem B. Mai 1945 erloschen erklärt worden waren, bekämpfenden vor-, un- und antidemokratischen Staatsrechtler sowie auch den Bundesgerichtshof öffentlich zu züchtigen. Man lese nach im 6. Band der Amtlichen Entscheidungssammlung, S. 132 bis 246. Dort findet man ein BVerfG, das, weil es vor dem braunen Jahrzwölft und seinen nachgelassenen Dienern aus der juristischen Zunft nicht den Kopf in den Sand steckt, auch gegen die Hirngespinste von einem Staat „unabhängig von seiner Staatsform" etc. immerhin weitgehend immun ist. Diesen Beschluß hat der Zweite Senat ebenfalls nicht zitiert und durch diese Unterlassung den mit dem Inhalt des RB begangenen Rechtsverletzungen eine weitere gravierende hinzugefügt.

Verständlich genug ist diese Meidbewegung. Denn in jenem heute übergangenen Beschluß steht ziemlich viel, was sich vor der heutigen Meinungsmache schon als „verfassungsfeindlich" ausnehmen könnte. Aber diese Meidbewegung war rechtlich verboten, weil der RB bei seinem Gipfelsturm auf die Widersprüchlichkeit das Kunststück fertigbringt, trotz nahezu völliger Auflösung der juristischen Substanz in einer grundlegenden Rechtsfrage eindeutig und radikal von der Entscheidung des Ersten Senats abzuweichen. Der Zweite Senat von heute glaubt inbrünstig an das Beamtentum mit der charakteristischen „besonderen Bindung des Beamten, die auf einer mit dem Eintritt in das Beamtenverhältnis verbundenen und übernommenen Treuepflicht beruht", als eine überzeitliche Rechtsinstitution: „unbeschadet von Veränderungen im Verständnis dieses Spezifikums je nach den wechselnden Verfassungsordnungen", die der eiserne Körper also wie die Hemden wechselt (was hinsichtlich der demokratischen Verfassungen faktisch nur zu wahr ist). Dagegen der Erste Senat im Jahre 1957: „Es ist ein begriffsjuristischer Irrweg, von einem gewissermaßen über- und vorstaatlichen Begriff des Berufsbeamtentums auszugehen und von dieser Grundlage aus . . . die Unmöglichkeit grundsätzlich verschiedenartiger rechtlicher Gehalte von Beamtenverhältnissen eines konkreten Staates zu folgern." Und es sei falsch zu sagen, daß „die Tätigkeit der Staatsdiener" inhaltlich „notwendig nur dem Staat als solchem, nicht aber dem Staat in einer bestimmten Verfassung zugute kommt". Wenn das nicht ausreicht, um eine Abweichung in den Rechtsauffassungen der beiden

Entscheidungen festzustellen, dann gibt es überhaupt keine unterschiedlichen Rechtsauffassungen. Liegt aber eine solche Abweichung vor, dann durfte nach § 16 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes der Zweite Senat den RB überhaupt nicht erlassen, sondern war das Plenum des BVerfG zuständig. Das Plenum seinerseits hat übrigens 1954 entschieden, daß die seine Zuständigkeit begründende Divergenz der Rechtsauffassungen schon dann besteht, „wenn die Rechtsauffassung, die der Entscheidung eines Senats unausgesprochen zugrunde liegt, nach ihrem Sinn und Inhalt, zu Ende gedacht, mit einer von dem anderen Senat vertretenen Auffassung nicht vereinbar ist".

Von der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" (fdGO), der größten bundesrepublikanischen Opferstätte des Intellekts, ist im RB verhältnismäßig wenig die Rede, wenn man die sonstige Judikatur, Doktrin und behördliche Begründungspraxis in „Berufsverbots"-Sachen zum Vergleich heranzieht. Vor allem wird nichts zur Begriffsdefinition ausgeführt. Das ist auch kein Wunder: Der „Staat" in Verbindung mit der „Treuepflicht" ist als Leerformel zur pseudorechtlichen Wehrhaftmachung rechtlich nicht geschützter Bestände bereits deswegen besser geeignet als die fdGO, weil dieser letzteren ehemals, im SRP-Urteil des Ersten Senats von 1952, von der 5ten Kolonne des „kommunistisch-demokratischen Bürgerkriegs nach 1945" (so die Charakterisierung der bescheidenen demokratischen Erneuerungsversuche durch eine Staatsrechtskoryphäe) im BVerfG nur ein begrenzter Auslauf bewilligt wurde. 1m Zeitraffer stellt sich die Tragikomödie so dar: Das GG will Demokratie restaurieren und gebietet sie. Gleichzeitig nehmen die GG-Väter, die das Opfer der Geschichtsklitterung von der „legalen" Machtusurpation durch die Nazis sind (als ob die Legalität der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler die unzähligen Rechtsbrüche, mit denen er und seine Verbündeten die Macht erst real ergreifen und befestigen konnten, hätte legalisieren können), eine Reihe von antidemokratischen Instituten, von denen hier vor allem die Partei-Illegalisierung nach Art. 21 Abs. 2 GG zu nennen ist, in die Verfassung auf. Das platte Demokratieverständnis zahlreicher „Politiker der ersten Stunde" und der von den Nazis entpolitisierten Massen und ihrer Presse entsetzt sich, wie die Kaninchen im Anblick der Schlange, vor den Verwundungen der von ihnen im Stich gelassenen Deutschen durch die mit dem westdeutschen Besteigen des atlantischen Wagens geförderte Sturzgeburt einer sozialistischen Verfassungsordnung, mit der Demokratisierung und Gesetzlichkeit vorerst nicht Schritt halten können, und enthusiasmiert sich an den eigenen, als Schutzwall gedachten antidemokratischen Verfassungsinstituten, die denn auch der „Freiheitlichkeit" gelten sollen. „Freiheitliche" Demokratie wird ihr Firmenzeichen. Die kann aber kein Begriff sein. Denn eine freiheitlichere Verfassung als die Demokratie gibt es nicht. In Verkennung des vor- und antidemokratischen Charakters dieser Institute wird aus ihnen ein die ganze Verfassung durchdringendes „Prinzip" gemacht (oder auch ein „Aspekt" - im Wortladen der antidemokratischen Konfusion ist man mit dem Vokabular nicht pingelig), das die demokratischen Rechte ad libitum verdrängt. Scharen von meist jugendlichen ‚Linken" schließlich, nach langem Schlaf von ahnungsvollem Dämmern umfangen, laden zunächst ihren morgendlichen Auswurf über der Trümmerlandschaft liberaler Traditionen aus und machen sich dann daran, entweder - die einen-, mit ihren etablierten Gegnern objektiv zusammenwirkend weitere Säulen der verfassungsrechtlichen Ordnung zum Einsturz zu bringen, weil sie diese mit dem verwechseln, was behördliche und gerichtliche „Rechtsanwendung" als Rechtsordnung ausgeben, oder - die andern - die fdGO noch stürmischer zu umarmen. Auch sie müssen scheitern; David kann nicht mit der Keule, er muß mit der Schleuder kämpfen.

Irgendwie erahnend, daß die fdGO als überverfassungsmäßige Superdemokratie Schaden anrichten könnte, hat der Erste Senat eine Handvoll heterogener Verfassungsgrundsätze der westeuropäischen bürgerlich-demokratischen Verfassungstradition zusammengestellt 'und im SRP-Urteil als Inhalt der fdGO bezeichnet. Danach dürfe jedenfalls, selbst wenn alle Bedenken wegen des Spruchmonopols des BVerfG für die konkrete und benachteiligende Rechtsfolgen auslösende Feststellung der „Verfassungswidrigkeit" einer Partei oder des „Mißbrauchs" von Grundrechten entfielen, z. B. nach der vom Senat „geprüften" Bestimmung des Schleswig-Holsteinischen Landesbeamtengesetzgebers nur denjenigen die Übernahme ins Beamtenverhältnis verwehrt werden, die exakt *diese* Grundsätze oder allenfalls, weil der Erste Senat seine Kollektion als den „Mindest"-Bestand der fdGO bezeichnet hat, weitere präzis zu umschreibende Verfassungsgrundsätze „bekämpfen". Keinesfalls aber ist - immer nach dem Ersten Senat - die fdGO mit der Gesamtheit der „verfassungsmäßigen (Rechts-)Ordnung" identisch. Genau diese Identität jedoch schwebt, verbalisiert als „Verfassungstreue" (die im salto mortale als gleichzeitige „Staatstreue" wieder richtig bei den etablierten Fakten liegt) durch das Kolossalgemälde des RB, der also auch wegen der definitiven Preisgabe der Rechtsauffassung des Ersten Senats von der fdGO dem Plenum vorbehalten gewesen wäre.

Die fdGO, vom grundgesetzlichen Verfassungsrecht selbst entlassen wie der Geist aus der Flasche, treibt nun die verfassungsmäßige Ordnung um und hält sie mit eisernem Griff umklammert. Leider hinkt der Vergleich: Der Geist aus der Flasche konnte überlistet, betrunken gemacht und abgeschüttelt werden. Die jetzt auch von der großzügigen Fesselung durch den Ersten Senat befreite fdGO aber kann im Zustand der Volltrunkenheit immer gewalttätiger werden.

VI.

Demokratie lebt vom demokratischen Bewußtsein der Gesellschaft und der staatlichen Amtsträger, für das keine Grenze und Richtschnur des Handelns einsichtiger und richtiger sein kann als die Normativität der verfassungsmäßigen

Rechtsordnung. Defiziten des demokratischen Bewußtseins sollte nach den unklaren Vorstellungen der GG-Väter durch justizielles - anstelle des präsidentiellen von Weimar-„Hüten" der Verfassung abgeholfen werden. Das hat sich nicht nur als eine untaugliche, sondern alsbald als eine dem Krebsgang dienende Prothese erwiesen. Ersteres war kaum vermeidbar. Letzteres war schon in der Reichsrepublik durch die antiparlamentarische Kastration des Gesetzgebers in der Staatsrechtslehre mit Hilfe einer den Inhalt auf den Kopf stellenden Grundrechtsinterpretation vorbereitet worden, die nun in der Verfassungsgerichtsbarkeit ihre Verwirklichung findet, indem mangels Kenntnis der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts und der demokratischen Sozialtheorien den aus dem irrationalen Trennungsdenken des epigonalen deutschen Idealismus geborenen Phantomen nachgejagt wird.

Noch kein nur die Preisgabe von Recht zugunsten bestimmter sozialer Realitäten verhüllendes Phantom, sondern selbst Realität war der „Staat", als das „nationalliberale" Bürgertum des 19. Jahrhunderts sich mit dem monarchischen Regime zu einem ertragreichen deal arrangierte; dieses Regime - der Monarch, sein militärischer und ziviler Exekutivapparat und der großagrarische Adel- war ja der „Staat". Dieser Staat, dem völlig faktgerecht die Verfügungsgewalt über die politische Gesinnung seiner Beamten überlassen blieb, überschritt in der Praxis der von ihm eingeforderten „Staats"-Treue auch seine Grenzen nicht; im Einzelfall holte er sich die Befugnis zur Grenzüberschreitung von seinem Partner, der aus Gründen der Erhaltung des Gleichgewichts sehr knauserig sein konnte, durch das Instrumentarium der Gesetzgebung. lm und durch den Ersten Weltkrieg endgültig verschlissen, hat diese schwarzweißrote Repräsentation von „Staat" es unter der Weimarer Verfassung verstanden, für die Nachfahren jener bürgerlichen Gesellschaft den deal mit den Nazis zu organisieren, dessen weitgehende Strukturähnlichkeit mit dem deal der Bismarck-Ära vor lauter uferlosen und zu nichts mehr führendem Gequatsche über das „Wesen" des Faschismus nicht mehr erkannt wird. Das war freilich für die maßgebliche Fraktion der kapitalistischen „Industriegesellschaft" schon mit größeren Risiken und noch weniger Beteiligung an den wichtigsten politischen Einscheidungen verbunden - das Gleichgewicht war um vieles heikler. Immerhin: Die Kasse stimmte immer, der auf die organisierte Arbeiterbewegung gestützte transitorische demokratische Partner, der 1918/19 die Karre aus dem Dreck gezogen, aber trotz verzweifelter Anpassungsbemühungen die „substanzhafte“, d. h. rechtlose, antidemokratische „Staatlichkeit' nicht glaub- und dauerhaft und zur vollen Zufriedenheit hatte präsentieren können, wurde kurzerhand erledigt, und die Nazis, die das besorgt und den „Staat" vor der Demokratie gerettet und doch nach zwölf Jahren vor dem Widerstand der zivilisierten Welt - nicht der deutschen -abgewirtschaftet hatten, konnten 1945 als toter Sündenbock mit allen Verantwortungen beladen werden.

Doch schon nach der Weimarer Reichsverfassung hätte das Gefüge der Ämter, Organe und Institutionen, die von Rechts wegen wirksame und gewaltsam durchsetzbare Entscheidungen hervorbringen und als „Staat" bezeichnet werden dürfen, bei der juristischen Konstruktion der grundrechtlichen Freiheiten nicht mehr gegenüber der „Gesellschaft" substantiell verselbständigt werden dürfen. Das ist für jede parlamentarisch-demokratische Westeuropäische Verfassung, die die demokratisch gewählte Volksvertretung zuhöchst setzt, eine bare Selbstverständlichkeit. Heute braucht die zur Alleinherrschaft erstarkte Wirtschaftsfraktion, die hinter dem juristischen Schutzwall der „Staatlichkeit" operiert, um Grenzeinhaltungen nicht besorgt zu sein, da sie ihre Macht mit keinem Partner teilen muß, der auf sein Gleichgewicht pochen könnte. Verletzungen der politischen Grundrechte können ihr nach deren exekutivstaatlicher Uminterpretation nur zum Vorteil gereichen. Es ist deswegen auch nur konsequent, wenn die Beseitigung der grundrechtlichen Freiheiten sich nicht auf den öffentlichen Dienst beschränkt und die „Staatsfeinde" zunehmend auf allen Feldern des öffentlichen, ja sogar des privaten Lebens rechtlos gelegt, grundrechtliche Freiheiten also generell nur noch als Lohn für Wohlverhalten vergönnungsweise relevant werden. Schon laufen die ersten ehrengerichtlichen Verfahren gegen „staatsfeindliche" Rechtsanwälte, in der „freien Wirtschaft" werden Arbeitnehmer schon längst aus politischen Gründen auf die Straße gesetzt, und neuestens ist von der Frontberichterstattung über die überall siegreich vordringende fdGO das säkulare Ereignis von Mietverträgen zu vermelden, nach denen „verfassungsfeindliche" Betätigung einen wichtigen Kündigungsgrund darstellt . . . Daß in der Gewerkschaft eines Herrn Frister, und nicht nur dort, die Messer jedenfalls gegen die kommunistische pars pro toto der „Verfassungsfeinde" gewetzt und „radikaldemokratische Heißsporne" nachdrücklich zur Ordnung gerufen werden, zeugt ergreifend von der unter solchen Umständen verständlichen Angst vor Verspätungen bei der eigenen Beerdigung.

Die als Apotheose des „Rechtsstaats" aufgezogene Bannung des Rechts kann auch die permanente Verschiebung des Zentrums des politischen Theaters nach rechts nicht aufhalten, da sie selbst ein Moment dieser Rechtsverschiebung ist. Wie sollte sie auch können, was sie weder darf noch soll! Schon ein Carl Schmitt hat seinerzeit den Nazis rückhaltlos attestiert, daß sie trotz manchmal „formal" rechtswidrigem Verhalten eine „große edle Bewegung" seien, deren hohe Zielsetzungen die Mittel heiligten. Das kommunistische Gesindel und seine Kumpane, oder was Hinz und Kunz in den Amtsstuben und Gerichten dafür halten, aber verfolgt mit „formal“ rechtsmäßigen Mitteln schlimme Ziele, was so notorisch ist, daß man es nicht nachzuweisen braucht. Wie kann man also bei ihrer notwendigen Bekämpfung über die Zwirnsfäden der Verfassung stolpern? Wir erkennen hier immer deutlicher den erstaunlicherweise von den Staatsrechtlern noch gar nicht zum letzten Offenbarungsschrei gemachten Einzug des Finalismus in die Grundrechtspraxis. Die aufsteigende „nationale Revolution" und der „Geist" des NS-Regimes hatten dem deutschen Strafrecht eine „finale Handlungslehre" beschert, die darauf

hinausläuft, nicht mehr Taten, sondern Gesinnungen zu bestrafen. Hat man erst einen Täter, wird man die Tat schon finden. Mit einigen Mauserungen, Differenzierungen und Verkürzungen, aber auch Erweiterungen, hat diese Lehre bezeichnenderweise bis heute ihr Feld in der strafrechtlichen Literatur nicht nur behaupten, sondern auch erweitern können. Das BVerfG hat nun aus den geil ins Kraut schießenden entsprechenden verfassungsrechtlichen Verirrungen in Lehre und Rechtsprechung mit dem RB eine schon ziemlich perfekte *finale Grundrechtslehre* präsentiert, die nur noch der „wissenschaftlichen" Darstellung in einer umfangreichen Monographie harrt.

„Radikaldemokratische Heißsporne" sind seltener, als der Vorsitzende der sich für „Erziehung und Wissenschaft" zuständig haltenden Gewerkschaft meint, der nach dem RB mit vermehrtem Eifer auf die Präzisierung der „Verfassungsfeindlichkeit" aus ist, eine Suche, die schwieriger ist als die nach dem Stein der Weisen, als die Berechnung der Quadratur des Kreises und als die Konstruktion des Perpetuum mobile. Kaltblütige Demokraten werden diesen Suchern nicht helfen können, von denen es im Jahre 3000 heißen wird: Und wenn sie nicht gestorben sind, dann suchen sie heute noch. Denn kaltblütige Demokraten können zur Klärung der Streitfrage nichts beitragen, ob eine demokratische Verfassung mit ihrem Gegenteil oder nur mit einem Teil ihres Gegenteilsidentisch ist; sie lassen dem Popanz die Luft ab und lehnen es nicht ab zu lernen, wie man das macht.

Konkret 11/75, S. 27

Margaret Schlubach

Quéviva Espana

Nach dem staatlichen Mord an fünf Antifaschisten ist Francos Spanien eine Herrschaft in Agonie. Margaret Schlubach war für KONKRET vor und nach den Erschießungen vor ORT

Man neigt dazu, sich die Sache einfach zu machen: In Spanien herrscht Faschismus. Der muß von einer Volksfront bekämpft und besiegt werden.

Aber so einfach ist es nicht. Weder das eine noch das andere.

Richtig ist, daß Franco mit Hilfe der faschistischen Falange und deutscher Faschisten an die Macht kam. Richtig ist, daß Antifaschisten aller Länder, von dem deutschen Emigranten Willy Brandt über den englischen Schriftsteller George Orwell bis zum chilenischen Poeten Pablo Neruda gegen Francos Truppen und Hitlers Legion Condor kämpften.

Richtig ist aber auch, daß heute nicht die ehemalige Massenpartei Falange Spanien beherrscht, sondern der „Bunker", eine Hofkamarilla, die sich vor allem auf eine Polizeitruppe, die Guardia Civil, stützen kann.

Richtig ist, daß Francos Diktatur Mord und Terror gegen Demokraten sowenig scheut wie Hitlers oder Mussolinis Faschismus. Zuletzt bewiesen an der Ermordung der fünf, denen das Militärgericht außer der Schreibweise ihres Namens nichts nachweisen konnte.

Richtig ist aber auch, daß es einen lückenlosen Terrorapparat vom Typ SS und SA, der auch in die kleinsten Ritzen öffentlichen und privaten Lebens dringt, in Spanien nicht gibt. So läuft in Barcelona seit fünf Wochen vor ausverkauftem Haus eine Lesung von Dichtern, die im Bürgerkrieg auf republikanischer Seite gekämpft haben. Stellen, an denen zum Widerstand aufgerufen wird, werden frenetisch beklatscht.

Noch im Juli dieses Jahres konnte man sich in Madrid aus Tageszeitungen informieren, in welchen Cafés upd zu welchen Zeiten sich die Führer sozialistischer Parteien und Gruppen trafen. Seit Francos Anti-Terroristen-Erlaß fällt alles wieder unter Zensur, Zeitungen werden verboten, Journalisten verhaftet. Trotzdem finden sich in großen Blättern kleingedruckt, im Lokalteil, Berichte über die jüngsten Streiks und Verhaftungen.

Agonie einer Herrschaft: In Barcelona werden rebellierende Dozenten bei vollem Gehalt weiterbeschäftigt. Dafür wurden 1580 mit Streik drohende Medizinalassistenten an einem Tag entlassen, obwohl man so den Betrieb in einer ganzen Reihe von Krankenhäusern lahmlegte.

Im Büro des Sozialisten-Führers Tierno Galvan steht ein Vervielfältigungsgerät, auf dem Rundschreiben an Parteimitglieder abgezogen werden. Die Mitglieder der Untergrund-Volksfront „Demokratische Junta" treffen sich unbehelligt wöchentlich in Galvans Kanzlei.

Auf dem Hauptbahnhof von Barcelona wird ein einfahrender Zug geräumt. Kontrolleure hasten mit Benzinfläschchen und Putzlappen herbei, um Filzstift-Parolen der militanten Untergrund-Organisation FRAP von den Zugwänden zu wischen.

Qua Definition ist Faschismus die Form diktatorischer Herrschaft, die im Namen, im Auftrag und auf Rechnung der Bourgeoisie ausgeübt wird. Doch die spanische Bourgeoisie zweifelt mehr denn je daran, daß dieses Regime noch zu ihren Gunsten herrscht; Garrigues Walker, einer der mächtigsten spanischen Finanziers und Neffe des Franco-Botschafters in Bonn, erklärte unlängst, Franco hindere Spanien am Eintritt in die Europäische Gemeinschaft (EG), die Labilität seines Systems schrecke in- und ausländische Investoren ab, der Staat selbst sei zu notwendigen Infrastruktur-Reformen nicht mehr fähig.

Selbst die Mittelschichten, die bei wirtschaftlicher Prosperität jede Herrschaftsform stützen, sind verunsichert: Arbeitslosigkeit (3,5 Prozent), Inflation (18 Prozent) und ein stagnierendes Bruttosozialprodukt lassen viele an politische Neuorientierung denken.

Wohin? Nach der Erschießung der fünf ist klar, daß Franco der selbst von seinem Premier Arias erkannten „Notwendigkeit einer politischen Modernisierung", sprich Annäherung an eine konstitutionelle Monarchie, nicht mehr entsprechen kann. Der Bunker wird jede Liberalisierung verhindern- aus Angst vor Dammbrüchen á la Portugal.

Bleiben - sieht man von Terroristen, Anarchisten und Splittergruppen - zwei große oppositionelle Bündnisse:

· Die Convergencia Democratica, eine lose Vereinigung von Christdemokraten, Sozialistischer Arbeiterpartei (PSOE) und Maoisten, und

· die Junta Democratica, ein Bündnis von Kommunisten (PCE) und den von der PSOE abgespaltenen Volkssozialisten (PSP).

Führer der Convergencia sind die PSOE und ihr 33jähriger Vorsitzender Felipe Gonzales, der die Verbindungen zur westdeutschen Sozialdemokratie preist: „Wir haben hervorragende, sehr enge, von großem gegenseitigen Respekt getragene Beziehungen."

Doch dieser Meinung sind nicht alle seine Genossen. Die Madrider Gruppe der Partei formulierte beispielsweise in einer Analyse des bundesdeutschen Rechtsrucks: „Die Sozialdemokraten sind nur das andere Gesicht ein und derselben Münze, und zwischen einer rechten Rechten und einer Rechten, die sich als Linke verkleidet, wählen die Deutschen das, was ihnen am klarsten erscheint."

Trotz ihres Bündnisses mit den Christdemokraten scheint also noch nicht endgültig entschieden, ob die PSOE eher in Richtung Brandt oder in Richtung Mitterrand tendiert. In jedem Fall sind diese Sozialisten aufgrund ihrer Mitgliederstruktur (Intellektuelle, oppositionelle Bürgerliche, altgediente Antifaschisten) und des virulenten Antikommunismus vieler Spanier unumgänglich, im Falle eines Machtwechsels große Teile der Mittelschicht in ein neues System zu integrieren.

Führer der Junta Democratica sind die Kommunisten, mit über zwanzigtausend Aktivisten die bestorganisierte und durch die illegalen Gewerkschaftsgruppen (Comisiones Obreras) fest in der Arbeiterschaft verankerte Partei, die sich am Kurs der italienischen Kommunisten orientiert und sich mehrfach von der Politik des portugiesischen KP-Chefs Cunhal distanziert hat.

Anders als in Portugal, wo Kommunisten und Sozialisten wenigstens bis zur Revolution zusammengearbeitet haben, sind die beiden Parteien in Spanien schon heute auf Distanz. Während KP-Chef Santiago Carrillo - mitunter zum Mißfallen seiner Genossen - die Differenzen herunterspielt, fürchtet die PSOE ständig, von den Kommunisten vereinnahmt zu werden. So rief die PSOE bei den Gewerkschaftswahlen zum Boykott auf („Gewerkschaftswahlen - die Farce beginnt"), während die von den Kommunisten unterstützten Comisiones Obreras in Großunternehmen bis zu vierzig Prozent der Stimmen gewinnen konnten.

Tierno Galvan zu KONKRET über die Taktik seiner ehemaligen Parteifreunde: „Die überlassen das Feld den Kommunisten." Dagegen Miguel Boyer, prominentes PSOE-Mitglied: „Die Kommunisten versuchen doch nur, Einfluß auf die regimetreue Gewerkschaft zu gewinnen, um später - wie in Portugal - den nötigen Apparat für eine Einheitsgewerkschaft unter kommunistischer Kontrolle zu haben."

Die Kommunisten wiederum werfen den PSOE-Sozialisten Radikalität in Worten und Anpassung im Handeln vor. Ein PCE-Funktionär zu KONKRET: „Die Sozialisten reden immer nur über den Sozialismus und streiten sich mit ihren leider sehr zahlreichen Sozialdemokraten, während wir tagtäglich handeln und manche von uns dafür erschossen werden. So radikal die PSOE in ihren Aussagen ist, sowenig gefährdet sie das Regime im täglichen Kampf."

Argwöhnisch verfolgen die Kommunisten deshalb die Kontakte der Sozialisten zur Bonner Koalition. Und der Zufall, daß Felipe Gonzales gerade zu der Zeit bei Willy Brandt vorsprach, als sich Francos Kanzleramtsminister bei Bundesinnenminister Werner Maihofer über die Struktur des Bundesverfassungsschutzes informierte, verschärfte das Klima noch. Zumal Außenminister Hans-Dietrich Genscher schon zuvor in Madrid nicht mit Rat an Francos Premier gespart hatte: „Nichts ist schlimmer", so zitierte die linksliberale Wochenzeitschrift „Cambio 16" den Bonner, „als unvorbereitet auf eine Revolution zu stoßen - das zeigt das Beispiel Portugal."

Vorbereitet - das hieße wohl: ein Anstrich von Parlamentarismus, starke Rechtsparteien (von wegen Pluralismus), freie Marktwirtschaft und ein anständiger Radikalenerlaß.

Portugals Revolutionäre haben aus der Niederlage der chilenischen Volksfront gelernt, daß gegen die organisierten Machtapparate (sprich Armee) nichts geht. Spaniens Linke müssen aus den portugiesischen Erfahrungen lernen: Vom Streit zwischen Sozialisten und Kommunisten profitieren nur die Genschers, die im Falle Spanien andere Namen tragen. Ein katalanischer Ökonomie-Professor zählte sie auf: „In Spanien werden das ausländische Kapital und die Amerikaner viel eher und härter durchgreifen als in Portugal. Schauen Sie sich doch nur mal die Liste der größten spanischen Unternehmen an: Massey Fergusson, AEG, Westinghouse, Ericsson, American Standard . . . Und warum sollten die Amerikaner so bequeme und strategisch wichtige Stützpunkte wie La Rota für ihre Atom-U-Boote aufgeben?"

Konkret 11/75, S. 29

Till-Matthias Jürgens

Mihm OHG

Wer schützt die Unternehmer vor Spionage, Sabotage und Aufruhr? Wer beschnüffelt linke Betriebsräte und unbequeme Mitarbeiter? Wo Polizei und Verfassungsschutz den geplagten Fabrikbesitzern nicht mehr helfen können, da hilft der Kasseler Gerd Mihm mit seinen Ballermännern

„Sag einmal, daß du mich liebst - ich hab es noch nie gehört - daß du den Stolz besiegst - sag mir, du bist betört - in heißen Nächten ist es so leicht und Träume werden wahr . . ."

Ein Schlagertext. Geschrieben von Gerd Mihm. Dieser Gerd Mihm ist Chef einer der größten privaten „Abwehrorganisationen" Europas. Er kommandiert eine schlagkräftige Truppe von 100 Angestellten und über 1000 freien Mitarbeitern und macht einen Jahresumsatz von drei bis vier Millionen Mark.

Mihms Stern ging auf, als 1973 der „Stern" unfreiwillig für ihn warb: „Der erste Schuß muß tödlich sein. Dieser Satz wird den Agenten einer Privatarmee in Kassel Tag und Nacht eingehämmert. Die 40 Mitglieder verdienen ihr Geld mit Schnüffeleien und Spezialaufträgen. Treffsicher und karatekundig wollen sie die westdeutsche Industrie gegen Spionage, Sabotage und Aufruhr schützen."

Mihm stellte Strafantrag und bat den Innenminister des Landes Hessen um eine Überprüfung seiner Firma. Der Minister für Wirtschaft und Technik teilte der Abwehrfirma schließlich mit: „Das Ergebnis der Überprüfung gibt mir keine Veranlassung zum Einschreiten. Mit vorzüglicher Hochachtung . . .

Die „vorzügliche Hochachtung" des Ministers verhalf der „Mihm OHG" endgültig zur Seriosität. Die „Mihm OHG" sitzt im Zentrum von Kassel, in der Wilhelmstraße 11, auf drei Stockwerke verteilt. Ganz oben der Chef. Streng gesichert durch Alarmanlage, Stahltür und Eisengitter. Unliebsame Besucher werden fotografiert. Eine Fotofalle.

Gerd Mihm macht seine Millionengeschäfte zusammen mit seinem 29jährigen Sohn Frank. Noch vor einem Jahr waren die beiden Abwehrchefs stolz auf die ergänzenden Firmenbuchstaben CIA (Civil-Intelligence-Agency), so gewählt nach dem kriminellen amerikanischen Geheimdienst CIA (Central-Intelligence-Agency). Die Sympathie der beiden Mihms für die CIA ist verständlich. Gerd Mihm: „Unser bester Abwehrmann war über 16 Jahre beim CIA in Asien."

Vierzig Spitzel und Schnüffler arbeiten für Mihm in der Abteilung Industrie-Abwehr, davon sind sieben ständig bewaffnet. Eine Anzeige der Mihm OHG gibt Auskunft: „Abwehragenten bearbeiten Fälle von Diebstahl, Betrug, Unterschlagung, Sabotage, Industriespionage, unlauteren Wettbewerb, Vergehen gegen die Betriebsgeheimnisse. Sie erstellen Dossier- und Background-Recherchen bei Verdachtsmomenten und Neueinstellungen in wichtigen Positionen. Sie schützen durch Vorbeugemaßnahmen die Sicherheit der Betriebe und der Betriebsgeheimnisse."

Gerd Mihm: „Meine Abwehragenten sind alle über 50 Jahre und kommen aus bürgerlichen Berufen. Unter ihnen sind Ingenieure, Kaufleute, Geschäftsführer und Wissenschaftler. Sie haben alle ein hohes Lebensniveau und jahrzehntelange Erfahrung auf dem Gebiet der Abwehr. Das muß ich alles bezahlen. Ein Abwehragent verdient bei mir deshalb zwischen 3000 und 5000 Mark. Natürlich ersetze ich auch alle Spesen und außerdem dürfen alle Agenten auf meine Kosten einen Mercedes fahren." Mihm lehnt es strikt ab, einen seiner Spitzen-Agenten vorzustellen: „Ein erkannter Abwehrmann ist ein toter, zumindest aber unbrauchbarer Agent für meine Firma. Meine Leute sitzen nämlich sogar auf den Posten von Direktionsassistenten. Aber sie müssen auch einfache Arbeiter und Angestellte spielen können. Das ist überhaupt die Grundvoraussetzung für einen guten Abwehrmann: Er muß ein hervorragender Schauspieler sein." Mihm verlangt von seinen Leuten außerdem Fachwissen im kaufmännisch-organisatorischen Bereich und vor allen Dingen korrekte Umgangsformen: „Jeder Agent muß wissen, wann er Frack und wann er Smoking tragen sollte."

Die Abwehragenten sind mit Minikameras, Tonbandgeräten, Nachtsichtfernrohren und oft mit Pistolen ausgerüstet. Mihm: „Meine Männer finden schnell heraus, ob jemand über seine Verhältnisse lebt oder mit zwielichtigen Personen verkehrt."

Eine weitere Abteilung der „Mihm OHG" ist der Industrieschutz. Ein Anzeigentext der Firma: „Der Industrieschutz übernimmt in Dienstkleidung mit allen technischen Möglichkeiten Objektschutz. Bei Bedarf Funkwagen und Spezialfahrzeuge. Werkschutzausbildung für Firmenpersonal."

Mihm: „Die Dienstkleidung dieser Truppe muß sauber und adrett sein. Wer sich daran nicht hält, der wird bei uns nicht alt." Und so gibt es auch eine strenge Dienstkleidungsvorschrift: „Der Torposten trägt im Winter Mütze, Fliegerjacke,

darunter ein hellblaues langärmeliges Hemd mit dunkelblauem Binder, Tuchhosen über den Stiefeln, Waffe am Koppel auf der rechten Seite. Hat die Streifenbesatzung die Feldjacke an, so wird die Waffe bei Bedarf auf der Jacke am Koppel auf der rechten Seite getragen."

Die Männer in bundeswehrähnlicher Uniform haben auf dem Ärmel oft einen grimmigen Tigerkopf, das Zeichen für den Karatekämpfer. Bis vor kurzem wurden sie alle von zwei Südkoreanern in Karate getrimmt. An der Tagesordnung ist jedoch Schießunterricht. Auf dem firmeneigenen - von der Stadt Kassel lizenzierten - Schießstand zielen Mihms Industrieschützer und Abwehragenten auf eine Scheibe, die nur bis zur Gürtellinie geht. Schüsse auf Beine und Füße werden nicht geübt. Ausrüstung der „Mihm OHG": über 100 Waffen. Frank Mihm: „Wir haben die Abteilung Industrieschutz entwickelt, um Nachwuchs für die Abwehr heranzuziehen. Nebenbei haben wir so auch eine Truppe, die schlagkräftiger ist als jede Wach- und Schließgesellschaft. Bei uns gibt's keine Werkschutzopas mit lahmen Hunden."

Ausgerüstet mit siebzehn Funkwagen, Funkgeräten, Waffen und einer auf Kehle gedrillten Hundestaffel werden die perfekt ausgebildeten Männer der „Mihm OHG" gern angeheuert. Neunzig Prozent der Industrieschützer Mihms - meist ehemalige Bäcker, Schlachter oder Berufssoldaten -bewachen Munitionsdepots und Waffenlager bei der Bundeswehr. Die übrigen kontrollieren große Firmen wie AEG-Telefunken. Auch Krankenhäuser, die Bundespost und ein Kernkraftwerk werden von Mihm-Leuten gesichert. Sicherheit durch Bespitzelung, Pistole und Karate, aber nicht nur für seine Industrie-Kunden, auch in seiner eigenen Firma schützt sich Gerd Mihm vor Doppelagenten und „subversiven Individuen".

Mihm: „Meine Abwehrleute sind vertraglich verpflichtet, sich in unregelmäßigen Abständen einem Test über ihre Berufsarbeit zu stellen." Das geschieht in der Abwehrzentrale mit einem Polygraphen (Lügendetektor), den Mihm auch für seine Kunden anpreist. Ein Anzeigentext verspricht: „Abteilung ‚Psycholog.-techn. Wahrheitsfindung`. Ausgebildetes Fachpersonal am Polygraph überprüft durch freiwillige Tests Personen, um zur Wahrheitsfindung beizutragen... Prüfen Sie, bevor Sie wichtige Positionen besetzen, Ihr Personal durch einen freiwilligen Test. Er gibt Ihnen ein höchstmögliches Maß an Sicherheit."

„Diese Sicherheit will ich nur für die Demokratie. Ich bejahe nämlich die soziale Leistungsgesellschaft und die freie Marktwirtschaft."

Aber natürlich sehen die Mihms diese Gesellschaft in Gefahr. Gerd Mihm: „Wir nehmen eigentlich nur den Wirtschaftsauftrag an, also Spionage und Sabotage-Fälle. Aber oft ergibt sich eine politische Seite als Nebenprodukt." Und Frank Mihm 'ergänzt: „Dann prüfen wir die finanziellen, privaten Verhältnisse der Verdächtigen, stellen eventuell fest, welche Parteizugehörigkeit, da diese Unterwanderungen zumeist ja doch von recht linker Seite kommen." Mihm senior: „Die Kommunisten sind ja so rotzsauer auf uns, weil wir gerade ihnen immer wieder Störung des Betriebsfriedens nachweisen können. Und Spione kommen auch immer nur aus sozialistischen Ländern. Mit Rechtsextremisten habe ich noch nie Schwierigkeiten gehabt." Bis auf eine: 1969 arbeitete Mihm im Bundestagswahlkampf für die NPD: „Auf den Parteiführer Adolf von Thadden hatte man ein Attentat versucht. Ich sollte den Täter finden. Ich stellte aber fest, daß der eigene Leibwächter, Klaus Kolley, die Schüsse abgegeben hatte. Das durfte nicht bekannt werden."

Nach dem Wahlsieg von Willy Brandt und Walter Scheel machte sich Mihm die Weltuntergangsstimmung der Unternehmer zunutze. Er startete eine große Anzeigenkampagne. Mit aggressiven Werbesprüchen wie „Wann haben Sie endlich ausgeschlafen?" oder „Den Gegner erkennen, entlarven, abwehren" boxte er sich in das große Agentengeschäft.

Heute schnüffeln seine Agenten und Informanten in vielen Unternehmen. Mit Erlaubnis der Firmenleitung und des Betriebsrats, versteht sich. Mihms Auftraggeber lassen sich die Sache etwas kosten. Mihm: „Meine Agenten sind doppelt so teuer wie ein Privatdetektiv. Aber ich bin so teuer, weil ich gut bin."

Für die jährliche Überwachung eines Betriebs kassiert die Mihm OHG pro 1000 Arbeitnehmer fast 200 000 Mark plus Spesen. „Wir sind durch unsere Arbeit in der Lage", sagt Gerd Mihm, „das Know-how der deutschen Wirtschaft vor Spionen aus dem Osten zu schützen. Damit tragen wir auch einen Teil zur Stabilität der Wirtschaft bei."

Mihm hat wirklich ein Anliegen: „Linksextreme, anarchistische und terroristische Gruppen stören oft den Betriebsfrieden. Da sehe ich die Gefahr der linken Unterwanderung. Bei Streiks können wir alle freien Industrieschutzangehörigen für die Dauer der Unruhen im Werksgelände einsetzen."

-

Konkret 11/75, S. 32

Hermann L. Gremliza

konkret ex-press

Träumend an der Schreibmaschin' sitzt die kleine Josefin', die Sehnsucht im Herzen die führt ihr die Hand, der Chef blickt hinüber, geschrieben da stand: „Ein erzählendes Er, das sich neben ein erlebendes Ich stellt, ja drängt, jemand, der melancholisch aufrichtig bilanziert, während er doch gleichzeitig, auf den Augenblick gesammelt, leben möchte . . . in dieser ständig zum Stilprinzip erhobenen Schizophrenie, in dieser für den Schriftstellerberuf spezifischen Entfremdung zwischen Ich und Ich . . . durch die formale Meisterschaft einer kühlen und zugleich betroffenen Schreibart . . . einer unzumutbaren Nähe der Privatheit . . ."und der Chef (Augstein) sah, daß es beknackt war, bilanzierte kurz melancholisch aufrichtig die Entfremdung zwischen Stilprinzip und Privatheit, sammelte, auf den Augenblick, die Schizophrenie, empfand die unzumutbare Nähe des Er, des Ich und des Nebbich, und versetzte die Schreibkraft (Hellmuth Karasek) ins Ressort Tiefsinn.

(Ein Märchen)

In der „Zeit", Organ für die witterungsempfindlichen Stände, hat auch der Herbst noch sommerliche Tage: Die Polizei „trocknet die Terroristenszene" aus, was zur Folge hat, daß der „harte Kern . . .rapide zusammenzuschmelzen" scheint. Man wird den Kern kaltgestellt (aber nur halbgefroren) und auf der Szene mit dem Föhn behandelt haben. Weiter: „Schlag auf Schlag kommen derzeit die Erfolgsmeldungen der Berliner Polizei . . ."Die kamen freilich schon damals Schlag auf Schlag, als Leute mit blutigen Köpfen nach Hause liefen, weil sie gegen den Vietnam-Krieg der USA demonstriert hatten. Manch eine der Beulen, die damals geschlagen wurden, hat sich später zum harten Kern ausgewachsen. Damit der „Zeit"-Metaphorik zum Sieg verhelfend.

Die „Frankfurter Allgemeine" ist wirklich so eine: „Leber-Dämmerung" schreibt sie über einen Kommentar, der die Chile-, Südafrika- und Spanien-Abenteuer des SPD-Verteidigungsministers als Folgen des „Links-Schubs" in der Partei beklagt. Was Sprache alles vermag: Ist es eine Dämmerung, was ist dann Leber? Und was ist er, wenn es eine Schwellung ist, vielleicht sogar eine Zirrhose. Von Krebs nicht zu reden.

Eine Anzeige aus der „FAZ": „Jetzt können Sie Ihren gewerblichen oder privaten Besitz im Ausland gegen Verstaatlichung versichern. Ihr Partner ist die größte Versicherungsagentur der Welt". Lloyds scheint auf Platz 2 abgerutscht. In Führung jetzt: Die CIA.

Wer eigentlich honoriert den Streß, den es bedeutet, beim Anblick der Backpfeifen-Visage des Peter Boehnisch am prinzipiellen Verzicht auf die Anwendung physischer Gewalt festzuhalten? Auch dann noch, wenn darunter ein Satz steht wie dieser: „Die Bilanz der Gladiatoren-Schlacht von Manila: 50 Millionen Mark Gewinn für die Veranstalter und, last not least, 2 zerschlagene Mohrenköpfe." Hier Boehnisch - dort Muhammad Ali: Wünsch Dir was? Einen Ring.

Ferdinand Simonen, Ressortleiter für Gürtelreifen bei „auto, motor und sport", schreibt: „Alles, was Marx über Ausbeutung wußte, ist nichts gegen die Ausbeutung der Autofahrer." Was möglicherweise daran liegt, daß alles, was Simonen über Marx weiß, nichts ist.

In einem Interview mit dem „Stern" hat Reza Pahlevi, Duce aus dem Morgenland, erklärt, erhalte nichts vom Sozialismus, denn er „glaube" nicht an „Ismen". Also auch nicht an Sozialismus, Liberalismus, Demokratismus. Und an Humanismus schon gar nicht.

In einem Beitrag für die Parteizeitung „Liberal" schreibt der ehemalige FDP-Generalsekretär Martin Bangemann das Zitat „Zur Nation euch zu bilden, ihr hofft es, Deutsche, vergebens, bildet, ihr könnt es, dafür freier zu Menschen euch aus" dem Friedrich Schiller zu. Es ist aber von Goethe, der auch - zu bilden, ihr hofft es vergeblich - zu Bangemann gesprochen haben soll: Ich kenne meine Pappenheimer. Wie sagt doch Erich von Schiller? Was du ererbt von deinen Vätern, vergiß es, um es zu zitieren.

Der „Spiegel" berichtet über die ausländischen Proteste gegen die Zerstörung des bundesdeutschen Rechtsstaats. Zum Beispiel in Englands „Timer": „Das konservative Londoner Blatt zweifelt nicht allein an der bundesdeutschen Justiz. Angesehene europäische und amerikanische Zeitungen . . ." Gemeint war also nicht, daß die „Times" nicht allein (= nicht nur) an der bundesdeutschen Justiz zweifle, sondern zum Beispiel auch an der bundesdeutschen Demokratie. Gemeint war, daß die „Timer" in ihrem Protest an der bundesdeutschen Justiz nicht allein (= isoliert, einsam, verlassen) sei, daß also nicht allein die „Timer" protestiere. Insofern (als der zitierte Satz nicht deutsch ist) hat sich der „Spiegel" den ausländischen (= fremdsprachigen) Protesten angeschlossen. Three cheers to the mirror (Es lebe dem „Spiegel ") .

HJ (Hermann Josef) Abs hat Anzeigen für den „Rheinischen Merkur" geworben und verkündet: „Des Erhalts der Vielfalt unserer Presse wegen würde ich das für jede andere Zeitung auch tun." Mal sehn. Unsere Adresse ist „NEUER KONKRET VERLAG, 2 Hamburg 11, Große Reichenstraße 25/27". Wir warten.

Aus einem Leserbrief an den „Spiegel": „Ich persönlich würde durchaus bei verstockten Delinquenten eine leichte Folter empfehlen, um sie zum Geständnis zu bringen." Prof. Dr. Felix von Bormann, Bad Nauheim." Der prolet-arische Bormann (Martin) war mehr für Genickschuß und Vergasen, der adlige Zweig der Familie bevorzugt offenbar die Feuerzange und das Abziehen von Fingernägeln. Noblesse oblige.

„Bundesinnenminister Werner Maihofer hat dem Direktor der Pariser Oper, Rolf Liebermann, zu seinem 65. Geburtstag gratuliert. Liebermann habe in der langen Zeit seines Wirkens in Deutschland dem deutschen Musikleben aus der Könnerschaft des begnadeten Musikschöpfers entscheidende Impulse gegeben. Die Kunstgattung Oper werde in unserem Kulturkreis unsterblich sein, solange es Künstler wie Sie gibt, schrieb Maihofer." (Schrieb dpa.) Es wird schon stimmen. An diesen Worten erkennt man nicht den Referenten, sondern die Klaue des Schöngeists selbst. Und solche Schmöcke dirigieren bei uns Polizei und Grenzschutz. Dahin die Zeiten, da (Genscher noch Innenminister war! Der hätte gefragt: „Liebermann`? Für wen spielt der?" Er wäre zwar ohne Antwort geblieben, aber die Frage hätte was getaugt.

Jean Cocteau war schwul. Jean Mamis war sein schwuler Freund? Nicht doch, er war „Herzbube des Dichters . . ." Erfährt man aus dem „Spiegel", der Karo-Lusche unter den Grand-Blättern.

Kernseiten-Professor Kurt („Persil bleibt Persil") Biedenkopf hat wieder eine Probe der intellektuellen Kapazität vorgelegt, die hierorts die Verleihung akademischer Grade geradezu erzwingt: „Die CDU, die im ganzen restlichen Bundesgebiet höchst unterschiedliche Stämme, Bevölkerungsgruppen, Landschaften und Regionen politisch vertreten muß . . ." Ist die CDU nun die Partei der Alemannen, der Arbeitslosen, der Mittelgebirge und des Zonenrands? Oder der Kaschuben, der Prokuristen, der Zugspitze und des Rhein-Main-Gebiets? Oder sind noch ältere Stämme gemeint? Die Sueven? Die Gallier? Ist Biedenkopf vielleicht Asterix?

Die „Welt" hat, jawohl, einen Kulturteil. Verantwortlich: Günter Zehm, den sie freilich an Ort und Stelle stets dementiert: „Es sind eben", hieß es da zum Beispiel, „nach Karl Krauss, die besten Satiren solche, die der Zensor nicht versteht." Soll man beklagen, daß sie aus Kraus Krauss machen und daß sie seinen Aphorismus nicht begriffen und darum falsch zitiert haben? Man muß es wohl so quittieren, wie Kraus es quittiert hätte: Die „Welt" mag mich ruhig zitieren, solange sie mich nur mißversteht. Es sind halt Zehms kleine Negerlein.

„Ich muß gestehen, ich habe erst kapiert, nachdem ich mir den Schluß des Films zum zweitenmal angesehen habe. So was ist mir noch nie passiert, und insofern allein schon finde ich diesen Film sehr außergewöhnlich." Das stammt vom Filmkritiker der ‚Hamburger Morgenpost" und ist insofern allein schon sehr außergewöhnlich, als Druckmaschinen vor solchen Geständnissen normalerweise in Streik treten, damit niemand diesen Satz zweimal lesen kann. Er könnte sonst was kapieren.

Von unserem an den Bosporus entsandten Reiseredakteur: „Die Türken am Zug." Sie werden den Orient-Expreß aber nicht besteigen können, denn was macht der kranke Mann? „Seit Monaten stellt sich die Türkei tot." Am Zug? An den Zug? In den Zug? Oder weil's zieht? Hat die Türkei Husten? Immerhin sprechen die Türken schon „hinter vorgehaltener Hand". Überraschende Diagnose: „Will Ankara den Ruf der Impotenz in Kauf nehmen?" Oder „will es als hinterlistig gelten"? Oder war es doch nicht der Reiseredakteur? War es vielleicht doch wieder Theo Sommer?

Konkret 11/75, S. 34

Winfried Thomsen

Spiel der Nationen

An diesem Spiel testet die CIA ihre Agenten-Kandidaten. Winfried Thomsen beobachtete die KONKRET-Redaktion beim Test:

KONKRET-Autor Thomsen setzte einen Diktator in Bedafa ein, der wiederum einen Guerillaführer ins herrenlose Hashim schickte. KONKRET-Autor Hartmut Schulze aber vertrieb ihn mit einem Präsidenten aus Hashim, nachdem er sich zuvor vergeblich in Abu Akar eingemischt hatte und kurz darauf sein Stammland Elika an KONKRET-Sekretärin Hannelore Heinrichs verlor, die von Kurut aus nach Abala expandierte und vorübergehend auch über einen Gegenkönig in Abu Akar verfügte. Nur KONKRET-Herausgeber Hermann L. Gremliza hielt sich vorerst aus diesen Händeln heraus. Gemütlich besetzte er Zulfi, brachte die U.O.R. nebst Kanal in seine Gewalt und hub mächtig zu investieren an: kaufte zum Vergnügen des Weltbankiers, dargestellt durch KONKRET-Verlagsleiter Manfred Schachtschneider, Tanker und Pipelines und erwies sich damit rasch als der geborene Gewinnmaximierer.

Sie alle hatten sich zu einer großen Konferenz in den abhörsicheren Raum des Neuen Konkret-Verlages zurückgezogen, um einmal nachzuvollziehen, was in Direktionsetagen so vor sich geht, wenn die leitenden Herren ein Projekt der Sorte Bagdadbahn durchspielen. Dabei gilt es, Putsche zu organisieren, Interventionstruppen zu entsenden oder sonstwie für politisch stabile Verhältnisse zu sorgen. Es gilt, Investitionen und Erträge zu kalkulieren, mit möglichst kleinem Zinsfuß möglichst großen Rahm vom Reibach zu schöpfen.

Das nennt sich „Spiel der Nationen", 29,75 Mark, hergestellt von Parker, einer Firma, die uns schon mit ihrem Monopoly die Methode zur Verbesserung der Lebensqualität durch Bodenspekulation einbimste. Das „Spiel der Nationen" beläßt es nicht beim Mietwucher im Sanierungsviertel; es lockt „kaltblütige Imperialisten" auf die Ölfelder, mit dem Duft der großen, weiten Welt: Geld stinkt nicht.

Ort des Geschehens ist der ölsatte Kontinent Kark, der auf dem Spielbrett aus acht Einzelstaaten besteht: drei Binnenländern mit hoher Ölproduktion, vier Küstenstaaten mit weniger Öl, doch Häfen, und einem Land, das den Kanal voll unter Kontrolle hat. Jeder Spieler bekommt, wegen der Chancengleichheit, 7 Millionen Kark-Dollar, 1 Tankschiff, 2 Könige, 2 Präsidenten, 1 Diktator (in Form eines Panzers), 1 Guerillaführer und 1 Geheimagenten, der sinnigerweise gleich ein Loch im Kopf hat. Der Agent besorgt im Spiel die in Karten gemischten innenpolitischen Zwischenfälle.

Die Kark-Staaten sind nun keineswegs souverän, sondern von vornherein Spielball ausländischer Interessen; so daß es eigentlich ein Spiel um Nationen ist. „Jeder Spieler repräsentiert eine Großmacht, die einflußreiche Staatschefs einsetzt, um auf dem Kontinent Kark Macht über Einzelstaaten mit möglichst großem Erdölvorkommen zu gewinnen" (Anleitung). Ziel des Spiels ist es, „sich gegen mächtige Gegenspieler zu behaupten, sie zu schwächen und auszuschalten, Machtmittel anzuhäufen und schließlich das ganze Spielfeld als Alleinherrscher zu kontrollieren". Es ist also, wie das Leben so spielt.

Zu den Spielregeln gehört folgerichtig eine wirtschaftlich-politische Automatik. Jeder Spieler kassiert von der Weltbank für jeden von ihm beherrschten Staat regelmäßige Einkünfte, deren Höhe sich nach dem Rang des Staatschefs und der Zahl der Produktionseinheiten Tankschiff-Bohrturm richtet. Ein König oder Präsident bringt je Produktionspaar 2 Millionen, ein Diktator oder Guerillaführer nur die Hälfte, ohne Schiff und Turm gar nichts. Wirtschaft und Staat sind also wie in der Realität, doch völlig ungeniert, dasselbe. Es kommt also darauf an, zunächst möglichst hoch zu investieren (König 2 Millionen, Tanker 5 Millionen), um möglichst viel zu kassieren. Erst mit dem daraus resultierenden Gewinn kann das freie Spiel der Kräfte beginnen, lies: erst Geld schafft die Voraussetzungen zur Aggression, die wiederum der Beschaffung neuer Geldquellen dient.

Wie im Leben kommt es in diesem Spiel nicht vor, daß man faul am Hafen sitzt und Scheine sortiert. Der Staatschef als oberster Interessenvertreter der Wirtschaft muß mindestens einen Schritt tun und natürlich für jeden seiner Fortschritte eine Gebühr an die Weltbank zahlen (König 2, Diktator 1 Million). Greift ein König den sieben Schritte entfernt in seiner Hauptstadt feiernden Diktator an, so kostet der Angriffskrieg 14 Millionen. Dafür fällt ihm der Nachbarstaat mit all seinen Bohrtürmen und Schiffen und Einkünften zu. Dies ist die gängige Art der Investitionslenkung. Der Spieler ist nichtfrei in seinen Entscheidungen, sondern dem Systemzwang unterworfen: So entstehen Imperialisten.

Als solche haben sich am Spieltisch dann auch prompt die Sozialisten Schulze und Gremliza entpuppt, was man ihnen persönlich nicht ankreiden darf, wenn man die altbekannten Spielregeln bedenkt: „Die Gestalten von Kapitalisten und Grundeigentümern zeichne ich keineswegs in rosigem Licht. Aber es handelt sich hier um die Person nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen. Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt, den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er bleibt, so sehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag" (Marx).

Dieses Marionetten-Sein der handelnden Figuren sucht der „Spiel-der-Nationen"-Verlag freilich zu vernebeln. Nicht Fadenpuppen, so erklärt er, werden von der Geschichte gelenkt, sondern große Männer machen Geschichte. Im Mittelpunkt steht der Mensch, laut Spielerläuterung vornehmlich der „Staatschef". Er spielt wenigstens drei Spiele zur gleichen Zeit: das internationale, um die „Interessen der Nation" (ihrer Konzerne) voranzutreiben, das innenpolitische, das der Behauptung seiner Macht dient und - wie wahr, wie neu - ihn oft zu außenpolitischen Abenteuern zwingt, sowie schließlich das „Spiel der persönlichen Erfüllung", das ihm hilft, „seine rein persönlichen Interessen zu befriedigen".

Diese Moral ergreift schnell Besitz von denen, die sich naiv auf das Spiel einlassen. Zunächst spielt man recht planlos, opfert zu früh seine billigen Diktatoren und Guerillaführer, statt sich auf die Küstenländer zu werfen, Schiffe, Bohrtürme zu erwerben und Rohre ins Hinterland zu verlegen.

Ehe er diesen kleinen Unterschied erfaßt und die Spielanweisung „Der Verlust von Ölfeldern, Pipelines oder Schiffen zieht einen erheblichen Einkommens- und Machtschwund nach sich", begriffen hatte, war Winfried Thomsen schon pleite und ohne Kredit der Weltbank. Wenig später war auch die Dritte Kraft in Gestalt der Hannelore Heinrichs auf ihre natürlichen Grenzen zurückgedrängt, und die beiden Supermächte Schulze und Gremliza schacherten unter den Anfeuerungsrufen des McNamara-Darstellers Schachtschneider um Sand und Geld der Kark-Nationen.

„Das ist ein herrliches Spiel, ist das nicht schön?" jubelte der Verwalter der Klassen-Kasse, nahm und gab Geld wie noch nie bei KONKRET und verteilte Gratis-Ratschläge: „Erst mal würde ich diese Ölfelder ausnutzen" und dann „einen Präsidenten nach Elika setzen". Eifer ergriff auch Supermacht Schulze. „Das kostet mich 14 Millionen, um den Panzer (= Diktator) da wegzubekommen", stöhnte er, verbat sich lautes Zureden („Sag's nicht!"), um endlich festzustellen: „Dieser Fehler hätte mir nicht passieren dürfen . . . Ich taug' nicht zum Imperialisten."

„Na, ich weiß nicht", zweifelte der dank Schulzes Aggressionsdrang erstverschiedene Spieler Thomsen, der (wie die anderen Sozialdemokraten am Tisch) Urlaubspläne für Sibirien ausheckte, denn Schulze hatte plötzlich so einen Gromyko-Blick an sich...

In all dieser Hektik spielte Supermacht Gremliza schweigend Henrys Part („Hier bedient Sie der Genosse Kissinger") und ließ nicht einmal über informierte Kreise etwas über seine Pläne verlauten. Hatte eben noch Schulzes Guerillero für vier Millionen Gremlizas Diktator erlegt, da ward er auch schon für 10 Millionen von Gremlizas Präsidenten erschossen. Der geübte Ledernacken schlug unbarmherzig zu (kurz darauf telefonierte er schon wieder ungerührt mit Wallraff).

Ein entlarvendes Spiel. Bislang friedliche Koexistenzen verwandeln sich in zähneknirschende Imperialisten. Eigentum, das eigene jedenfalls, wird plötzlich unantastbar, und Enteignung macht nur dem Enteigner Spaß. Und auch im Spiel sind die wirklichen Enteigner erst einmal die eigenen Klassenkameraden: Konzentration auf das Wesentliche.

Auf das Wesentliche reduziert sind auch die kapitalistischen Spielregeln, ohne all den Schmus von Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie. Der Sinn soll sicher sein, unbedarfte Spieler die Methoden des Konkurrenzkampfes als naturgegeben inhalieren, sie imperialistische Verhaltensweisen einüben und akzeptieren zu lassen. Wer sich aber nicht in der Nachahmung einlullen läßt und das Spiel bewußt spielt, hat keinen Grund zur Empörung. Er lernt die Sorgen der Besitzenden und ihre Selbsterhaltungstriebe verstehen und bekämpfen. Er kann die Spielregeln der Marktwirtschaft durch Nachvollzug besser durchschauen. Sie werden gerade durch die Vereinfachung schärfer.

Denn in der Tendenz funktioniert das Spiel in der Wirklichkeit ähnlich wie auf dem Brett. Was das Ergebnis unserer KONKRET-Runde bestätigte: Fast alle Länder waren endlich verwüstet, öd und leer. Der stolze Sieger kommandierte noch zwei Schiffe, die seinem überlebenden König und seinem letzten Präsidenten eine bescheidene Rente garantierten. Supermacht Gremliza hatte als Gewinner Führerqualitäten und sich als CIA-fähiger Taugenichts erweisen können. Der Mann wird seinen Weg machen, die Diktatoren der freien Presse seien gewarnt.

Konkret 11/75, S. 37

Chile nach dem Putsch 9. Folge

Chiles Faschistenführer Pinochet verweigerte der UN-Menschenrechtskommission zwar die Einreise und verhinderte damit einen offiziellen UN-Bericht über die Rechtlosigkeit der chilenischen Bevölkerung unter seiner Herrschaft. Doch UN-Generalsekretär Kurt Waldheim resignierte nicht: Er beauftragte andere UN-Mitarbeiter, an Ort und Stelle einen Bericht zu erstellen. Das offiziöse Dokument wurde inzwischen einigen UN-Delegationen bekanntgemacht. KONKRET veröffentlicht als erste Zeitschrift Auszüge der Untersuchung:

Nach der Obernahme der Macht erklärte die Militärjunta den Belagerungs- und den Ausnahmezustand für das gesamte Gebiet Chiles. Laut Artikel 72 Absatz 17 der Verfassung kann der Belagerungszustand in „einem oder mehreren Gebieten der Republik" erklärt werden, es läßt sich jedoch bezweifeln, ob er auf das gesamte Territorium des Staates ausgedehnt werden kann.

Durch Dekret Nr. 27 vom 21. September 1973 wurde der Kongreß aufgelöst und seine gesetzgeberischen Vollmachten der Junta übertragen. Diese übernahm durch Dekret Nr. 128 vom 12. November auch die Vollmacht zur Verfassungsänderung.

Nach der neuen Verfassung wird die Rolle der Streitkräfte im politischen Leben der Nation institutionalisiert und das Bestehen von „marxistischen" politischen Parteien nicht mehr zugelassen. Die Junta hat klargemacht, daß mindestens fünf Jahre lang keine Wahlen irgendwelcher Art abgehalten werden.

Obwohl die Junta wiederholt behauptete, daß sie Unabhängigkeit und Integrität der Gerichtsbarkeit und der Gerichtshöfe respektiere (z. B. in Dekret Nr. 1 und 128 Abs. 1), hat sie alle politischen Fälle aus der Jurisdiktion der ordentlichen Gerichte herausgenommen, hat Artikel 85 der Verfassung von 1925 dahingehend verändert, daß jährlich alle Angehörigen der Gerichtsbarkeit überprüft werden und daß die Richter entfernt werden, die als „unzureichend qualifiziert" angesehen werden (Dekret Nr. 170 vom 3. 12. 1973).

Im Staatsapparat hat die Junta alle Beamten entfernt, die sie als politisch suspekt betrachtet. Laut Dekret Nr. 6 (bestätigt durch Dekrete Nr. 22, 91 und 98) gehen alle Beamten ihrer Anstellung auf Lebenszeit verlustig und werden interimistisch beschäftigt, vorbehaltlich der Entlassung oder erneuten Berufung durch die Regierung. Im Auswärtigen Dienst wurden praktisch alle Botschaftsposten mit Generälen und Admirälen besetzt.

Das Sekretariat des Arbeitsministeriums gestand am 26. Dezember 1973 ein, daß seine Beamten insgesamt allein aus dem Privatsektor 28 310 Einsprüche gegen Entlassungen entgegengenommen hätten. Die meisten Menschen, die ihre Arbeitsstellen verloren haben, finden weder neue Arbeit noch erhalten sie irgendeine Form der Arbeitslosen- oder sonstiger staatlicher Unterstützung.

Politische Parteien sind entweder verboten oder mußten ihre Tätigkeit vorübergehend einstellen. Die der „Unidad Popular" angehörenden Parteien wurden gänzlich verboten, ihr Vermögen wurde konfisziert (Dekret Nr. 77, Art. 1 vom B. Oktober 1973). Das gleiche Dekret verbietet alle Parteien oder Vereinigungen, die „die marxistische Ideologie unterstützen oder deren Absichten oder Verhalten im wesentlichen mit den Grundsätzen und Absichten des Marxismus übereinstimmen". Alle anderen im vorerwähnten Dekret genannten Parteien (d. h. die Christ-Demokratische und die Nationale Partei) wurden aufgrund von Dekret Nr. 78 vom I 1 . Oktober für vorläufig aufgelöst erklärt.

Auf dem Gebiet der Gewerkschaften wurde die C.U.T. („Central Unica de Trabajadores"), der Gewerkschaftsrat, dem Christ-Demokraten, Sozialisten und Kommunisten angehörten, durch Dekret Nr. 12 vom 17. September 1973 geächtet. Allen anderen Gewerkschaften wurde verboten, sich politisch zu betätigen.

Die Junta hat die Rektoren aller Universitäten entlassen und an ihrer Stelle Offiziere (Dekret Nr. 50 vom z. 10. 1973) mit absoluten Vollmachten berufen, die ganz nach Belieben Lehrpersonal entfernen und Studenten ausschließen können, nachdem die Räte der Universität und andere Organe des Lehrkörpers aufgelöst worden waren (Dekret Nr. 111 vom B. November 1973). Es wurden ca. 1500 Dozenten und Professoren der Universitäten entlassen und etwa 20 000 Studenten wurden ausgeschlossen.

Mit Dekret Nr. 77 vom B. Oktober 1973 wurden nicht nur alle politischen Parteien geächtet, die zur „Unidad Popular" gehörten, sondern auch alle „Körperschaften, Fraktionen, Vereinigungen oder Bewegungen mit marxistischer Ideologie sowie jene, deren Absichten oder Mitgliedschaft eine wesentliche Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Zielen des

Marxismus zeigen - ebenso wie die, die abzielen auf Zerstörung oder Untergrabung der Ziele und Grundsätze, manifestiert in dem konstitutionellen Akt, der die Junta an die Macht brachte".

Artikel 3 des Dekrets Nr. 77 verbietet auch jede Form der Propaganda des Marxismus oder „irgendeiner anderen Doktrin, deren Ziele oder Grundsätze wesentlich mit denen des Marxismus übereinstimmen". In Verfolgung dieser Politik hat an Schulen und Universitäten eine massive Säuberung von „marxistischen" Professoren, Studenten und Literatur stattgefunden.

Gemäß Art. 72 (17) der Verfassung Chiles hat der Präsident der Republik das Recht, Personen für die Dauer des Ausnahmezustandes festzusetzen. Diese Personen müssen aber entweder unter Hausarrest gestellt werden oder an anderen Orten als Gefängnissen, getrennt von gewöhnlichen Verbrechern, inhaftiert werden.

In den ersten 6 Monaten seit dem 11. September wurden ca. 60 000 Personen verhaftet, bei denen die Festsetzungsfrist von 24 bis 48 Stunden überschritten wurde.

Normale Praxis bei Festnahmen ist, daß diese Personen in Lager gebracht werden (einige davon sind „geheim"), wo man sie oft für lange Zeitspannen ohne Verbindung mit der Außenwelt läßt, ohne das Recht auf einen Anwalt, während ihre Familien normalerweise nichts von ihnen wissen. Keine dieser Praktiken ist durch Gesetze oder Verordnungen sanktioniert.

Die Bedingungen, unter denen die Festgenommenen leben müssen, sind je nach dem Ort der Internierung unterschiedlich, aber allen Berichten ist zu entnehmen, daß man von ihnen kaum sagen kann, daß sie den Bedingungen der „Humanität und Achtung der Würde des Menschen" entsprechen, festgelegt in Artikel 10 der Internationalen Satzung über bürgerliche und politische Rechte oder in Artikel 3 (1) der Genfer Konventionen. Überfüllung, unhygienische Verhältnisse, Mangel an Decken und Matratzen, unzureichende Kost sind üblich.

Obwohl die Anwendung von Folter laut Artikel 18 der Verfassung Chiles verboten ist, lassen die Zeugenaussagen vieler Chilenen und Ausländer keinerlei Zweifel, daß Folterungen gegenüber Häftlingen vor und während der Verhöre regelmäßig angewendet werden. Die Anwendung von elektrischem Strom und die schweren Mißhandlungen durch Schläge, die bei Verhören üblich sind, weisen darauf hin, daß die Folter Teil eines regulären Verfahrens ist, die wenn auch nicht offiziell autorisiert, doch mindestens toleriert oder verziehen wird. Gleichermaßen beunruhigend sind die häufigen Anschuldigungen in Bezug auf Vergewaltigungen oder andere sexuelle Übergriffe an weiblichen Gefangenen, besonders denen, die in Militärunterkünften oder Kasernen gefangengehalten werden.

Andere häufig angewandte Mißhandlungen sind: Verbrennungen, längeres Untertauchen in Wasser, vorgetäuschte Hinrichtungen, Einhüllen des Kopfes oder Verbinden der Augen für mehrere Tage.

Aus den Monaten nach dem Putsch ist bekannt, daß eine große Anzahl von Menschen schnell ohne Prozeß hingerichtet wurde. Die Militärgerichte sprechen weiterhin Todesurteile für viele Vergehen aus, von denen auf die meisten zur Zeit, in der sie angeblich begangen wurden, nicht die Todesstrafe ausgesetzt war. So ist es z. B. gemäß Artikel 3 (e) des Dekrets Nr. 5 jeder vom Todesurteil bedroht, der in Kriegszeiten ohne Genehmigung Feuerwaffen mit sich führt, während der bloße Besitz von automatischen Waffen laut Artikel 3 (g) ebenfalls mit Tod oder Gefängnis zu bestrafen ist.

Die Ausrufung des Ausnahmezustandes und des Kriegszustandes hat der Polizei und dem Geheimdienst ermöglicht, ohne jeden Durchsuchungsbefehl in Wohnungen einzudringen und sie zu durchsuchen. In Chile wurde es allgemeine Praxis, daß telefonische Unterredungen willkürlich abgehört und Privatpost geöffnet werden kann.

Gemäß Artikel 2 des Dekrets Nr. 81 vom 11. Oktober 1973 hat die Regierung für die Dauer des Kriegszustands das Recht, alle Personen, ob Chilenen oder Ausländer, auszuweisen, die sie als Bedrohung für die nationale Sicherheit ansieht. Eine Berufung gegen derartige Entscheidungen ist nicht vorgesehen.

Laut Artikel 4 wird jede Person, die heimlich einreist, mit einer Mindeststrafe von 20 Jahren Haft oder dem Tode bedroht, wenn die Umstände der Einreise das Militärtribunal zu der „Annahme" führen, daß ein Anschlag auf die Sicherheit des Staates geplant war. Ein solches Vorhaben soll „unter anderem" „vorausgesetzt" werden im Fall der Personen, die das Land verließen, nachdem sie um Asyl ersuchten.

Die Junta hat gemäß Dekret Nr. 175 vom 3. Dezember 1973 die Macht, für die Chilenen den Verlust ihrer Staatsbürgerschaft zu erklären, die im Ausland grob gegen die wesentlichen Interessen des Staates verstoßen, solange der Ausnahmezustand noch in Kraft ist.

Obwohl keine vorausgehende Pressezensur besteht, unterliegen alle Informationsmedien strenger Überwachung und rückwirkender Zensur. Zeitungen, Publikationen und Rundfunkstationen, die die „Unidad Popuhr" unterstützten, wurden verboten bzw. geschlossen. Das Organ der Christ-Demokraten, „La Prensa", stellte seine Publikation im Februar 1974 ein. Der Staatliche Rat für Fernsehen (N.T.C.) wurde durch Dekret Nr. 113 vom 29. Oktober 1973 umstrukturiert und unter strikte Regierungskantrolle gestellt. Unter den Umständen überrascht kaum, daß die Kritik am Militärregime damit zum

Schweigen gebracht ist.

Konkret 11/75, S. 39

kultur konkret

Rolle vorwärts

Zehn großformatige, farbige Plakate zum Spottpreis von 9 Mark verschickt die Elefanten Press Galerie, 1 Berlin 36, Dresdener Straße 10, als „Lehrlingsrolle". Auf der Vorderseite Zeichnungen und Montagen von Amelie Glienke, Rainer Hachfeld, Jürgen Holtfreter, Walter Kurowski, Arno Ploog, Chlodwig Poth, Stefan Siegert, Klaus Stuttmann, Ernst Volland, Friedrich Karl Waechter und Guido Zingerl, auf der Rückseite Texte von Günter Wallraff. Themen: Jugendarbeitslosigkeit, Erfahrungen im Betrieb und in der Berufsschule. Eigene Erfahrungen hierzu sollen die Adressaten der Lehrlingsrolle in Texten, Bildern, Filmen, Tonbändern usw. verarbeiten und an die Galerie schicken. 500 Einsendungen werden prämiiert. Einsendeschluß ist der 31. Dezember 1975.

George Grosz

George Grosz war gar nicht George Grosz. Hatte man uns Jüngeren in der Schule und anderswo nur immer die gesäuberte Ahnenreihe vorgezeigt (so daß wir uns Fortschrittlichkeit in der Kunst der Jahrhunderte - von Dürer bis Zille -Mann für Mann erst wiederentdecken mußten), . hatte man also bürgerlicherseits all diese Leute von den Füßen auf den Kopf gestellt - bei George Grosz ist es offenbar gerade umgekehrt. Er, den wir als radikalsten und politischsten unter den Politischen, als Sinnbild revolutionärer Zeichenkunst kennenlernten, entpuppt sich heute als roter Strohfeuerteufel. Eine große Grosz-Retrospektive im Hamburger Kunstverein (noch bis Ende November, danach in zahlreichen anderen Städten), sachkundig und sorgfältig zusammengestellt von Kunstvereinsdirektor Uwe M. Schneede, belegt das. Die Reaktion atmet auf: Bei wirklich großen Künstlern ist Revoluzzertum eben doch nur eine besonders unmenschliche, extreme Schrulle, die vorübergeht wie die Röteln. Grosz selbst stieß 1933, in den USA angekommen, in dieses Horn. Er verleugnete seine Arbeit der 20er Jahre als „Verirrung" und „Verführung" etc. und fand, sein „eigentliches" Werk beginne erst nach dieser Zeit. Zumindest, was das historische Urteil angeht, ist das falsch. Der Weltruhm der Groszschen Arbeit geht allein auf die Phase zurück, in der Grosz, wenn schon nicht im Geist, so doch im Namen des revolutionären Proletariats zeichnete. Wer „George Grosz" sagt, meint die ätzende Sozialkritik und großartige Sittenschilderung, die zynische Abrechnung mit dem spätkapitalistischen Chaos der Weimarer Republik und nichts anderes.

Echte Revolutionäre, ob Politiker oder Künstler, waren und sind immer Menschenfreunde. Picasso war einer, Zille war einer. George Grosz hat mit seinem ganzen schönen Talent sehr überzeugend nur den „Menschenhaß" gestaltet.

Stefan Siegen

Hungerkunstverein

Weil ihm der Etat um Dreiviertel zusammengestrichen wurde, hat der Direktor des Kunstvereins Hannover, Helmut R. Leppin, zum Jahresende gekündigt. Der Hamburger Kunstverein wird so kümmerlich subventioniert, daß es da erst gar nichts zu kürzen gibt. Trotzdem hat dessen Direktor, Uwe M. Schneede, ein Programm zustande gebracht, das seit Jahren erstmals wieder Besucher- und Mitgliederzahlen steigen ließ. Nach Ausstellungen wie „Engagierte Kunst", „Willi Sitte" oder gegenwärtig die Grosz-Retrospektive aber haben sich die Hamburger Springer-Feuilletons auf den Kunstverein eingeschossen. Offenbar mit Erfolg. Mürbe geworden bewirbt sich Schneede jetzt um den Posten als Direktor der Krefelder Kunstmuseen.

Die Mitglieder des bayerischen Schriftstellerverbands (VS) greifen zur Selbsthilfe: Von der CS U-Regierung gestrichene Subventionen in Höhe von 25 000 Mark, Unterstützungen für sozial schwache Schriftsteller, sollen bei Solidaritätsaktionen bis zum Jahresende wieder reinkommen. Wie Bernt Engelmann KONKRET mitteilt, plant der VS am 21./22. November in der Münchner Fußgänger-Zone Lesungen, Sammlungen, Verkauf und Versteigerungen von Büchern und Manuskripten. Auch außerbayerische Prominenz hat sie:" dazu bereits angesagt, zum Beispiel Günter Grass.

Kanale Grande

Wenn nicht gerade Sommerpause ist, schalten durchschnittlich 10 bis 15 Prozent aller Fernsehzuschauer auf den „Minderheiten-Kanal" der Dritten Programme. Mittwochs (Die Milch wird sauer, das Bier wird schal, im Fernsehen spricht der Löwenthal, und die ARD bringt einen meist langweiligen Spielfilm) sind es runde 30 Prozent. Was ZDF-Chefredakteur Woher offensichtlich sehr vergrätzt. Sein „überraschender Vorstoß" in „Hör zu": Die Dritten Programme sollen Wiederholungen von ZDF-Produktionen senden.

Politisch genommen

Prof. Horst Holzer über das Medienbuch I (Sammlung Luchterhand, 222 S., 14,80 Mark)

Ein brauchbares Buch, zweifellos, das Hans Janke und Werner van Treek soeben mit Unterstützung weiterer Autoren herausgebracht haben. Aber bevor man noch dazu kommt, die Brauchbarkeit der einzelnen Texte richtig zu schätzen, flüstert's bereits: Ein besseres Medienbuch wird es vom Luchterhand-Verlag nicht mehr geben - denn es wird höchstwahrscheinlich gar keins mehr geben. Ein Einzelfall? Mitnichten, das „Medienmagazin", mit Nummer 1 im Hanser-Verlag erschienen, wurde vorerst auch eingesargt: Die geplante und zum Teil schon geschriebene Nummer 2 des Medienmagazins verschwand auf Nimmerwiedersehen. Titel dieser Nummer: Arbeiterbewegung und Medienpolitik.

Damit ist man schon mitten in der Antwort auf die Frage, was diesen Büchern denn so Furchtbares anhaftet. Fürs Medienbuch 1 läßt sich die Antwort knapp so zusammenfassen: Hier wird - ausgehend von einer fundiert theoretischen Expertise zum Thema „Medien und gesellschaftliche Reproduktion" - in teils essayistischen, teils auch etwas trockenen Einzelanalysen präzis und detailsicher der Mediensektor hart politisch genommen: Wem nützen die Medien in der BRD? Warum? Und wie kann das, was besteht, verändert werden -verändert im Sinne derer die nicht zu den berühmten 200 „Mediennutzern" gehören, von denen einst Paul Sethe sprach? Das sind die Fragen der Autoren. Die Lektüre ihrer Antworten lohnt sich nicht nur, weil hier die vornehme Zurückhaltung von Verlagskapitalisten gegenüber solchen Projekten wie dem Medienbuch ihre Erklärung findet.

Spar und Zimmermann

23 Millionen Eintrittskarten verkaufen die Theater in der Bundesrepublik pro Saison. Das sind mehr als doppelt so viele wie für die Spiele von Fußball-Bundes- und -Regionalligen zusammen. Und diese Zahl steigt weiter. Trotzdem soll jetzt nach der Schließung der niedersächsischen Landesbühne in Verden schon wieder ein Theater weggespart werden: die Landesbühne Rheinland-Pfalz in Neuwied. Damit würden 16 Landkreise ihr Theater verlieren; nicht einmal jährlich eine Million Mark könnte eingespart werden. Landesverfassung Rheinland-Pfalz, Artikel 40: „Das künstlerische und kulturelle Schaffen ist vom Staat zu fördern. Die Teilnahme an den Kulturgütern des Lebens ist dem gesamten Volk zu ermöglichen."

Und was sagt dieses Volk dazu? 53 Prozent der Bundesbürger sind der Meinung, die Politiker müßten sich mehr oder viel mehr um kulturpolitische Fragen kümmern; 56 Prozent fordern, daß Sparmaßnahmen nicht zu Lasten kultureller Aufgaben gehen dürfen. Die Angaben stammen aus einer neuen Untersuchung des Hamburger Instituts für Projektstudien zum Musiktheater. Wichtigstes Ergebnis dieser Erhebung: Nicht fünf, wie bisher stets behauptet, sondern 21 Prozent der Bevölkerung gehen in die Oper. Neun Prozent der 2000 Befragten haben in den letzten zwölf Monaten sogar drei oder mehr Aufführungen eines Musiktheaters gesehen. An Oper, Operette, Musical oder Ballett generell uninteressiert ist nicht einmal jeder dritte. Interessant ist auch die soziologische Zusammensetzung des Publikums (die übrigens innerhalb der einzelnen Musiktheater-Sparten kaum differiert): Jeder vierte Besucher ist ein Arbeiter, 17 Prozent sind „qualifizierte" und 23 Prozent „sonstige" Beamte und Angestellte. Selbständige: 20 Prozent. 54 Prozent haben Volksschulbildung und nur 16 Prozent Abitur.

Nach diesen Ergebnissen kann und muß die Auseinandersetzung um die Inhalte von Theater und Musiktheater neu aufgenommen werden.

Rassismus in Rillen

Dieser Tage erscheint aus englischen Landen frisch auf den Plattenteller ein munterer Song im aktuellen Raggae-Stil: „Amazin' Man". Aufgenommen von Idi Amin mit Unterstützung von John Bird, wie das Cover informiert. (Zur weiteren Information: Bird ist in England ein Kabarett- und Komikerstar.) Zu Recht befürchtete der „New Musical Express", eine britische Musikzeitschrift, „das könnte die erste Single sein, die einen Krieg auslöst", und „The Guardian" meinte nach der Begnadigung des englischen Dozenten und Amin-Spielballs Denis Hills: „Hoffentlich finden die in Uganda verbleibenden 699 Briten diese Sache witzig." Innerhalb der drei Minuten des Songs wird in Amins afrobeladenem Englisch das Loblied

auf Stalin, Hitler und ihn selbst gesungen und mit Zeilen wie „drei Leute sind immer noch mehr als genug für ein Quartett" erst die eine, dann die anderen drei Sängerinnen des Backing-Chors erschossen. Ein Gag, versicherte man bei der englischen Hersteller-Firma Transatlantik. Doch das machte die BBC nicht mehr mit, verhängte Sendeverbot und ließ vorerst eine großangelegte Werbekampagne (u. a. mit Amin-T-Shirts) platzen. Damit könnte die böse Sache eigentlich ausgestanden sein. Aber nein, jetzt wird der deutsche Schallplattenmarkt mit dem Machwerk beglückt. Daß die Briten mit Feldmarschall Amin nur noch per klamottenhafter Verdrängung fertig werden können, ist ihr Problem. Doch es gibt nur einen Grund, warum man nun auch uns dieses Opus zumutet: Der deutsche ist der drittgrößte Schallplattenmarkt der Welt . . .

Michael Henkels

Liedermacher über Liedermacher

Oss Kröher vom Duo Hein und Oss über Hannes Wader: Volkssänger (Philips)

Aus meiner Achtung und Zuneigung zu Waders Musik habe ich nie einen Hehl gemacht. Aber diesmal fällt's schwer, weil Hein und ich direkt betroffen sind. Manche mögen wohl sagen, jetzt spielen sie sich die Bälle zu: Hannes hat den Kröhers die LP gewidmet, nun jubelt Oss. Als „Volkssänger" wird es Hannes Wader nicht mehr so leicht haben wie bisher. Denn diese Lieder erheben einen politischen Anspruch, nehmen Stellung und ergreifen Partei. Hoffentlich wird man ihn nicht auspfeifen, wie uns beide schon einmal, als wir in einem öffentlichen Konzert „Den Tod des Robert Blum" anstimmten, das auch zu den Liedern dieser Platte gehört. Das junge Publikum kannte damals die Gesänge der Republikaner noch nicht. Aber vielleicht lernt es durch diese LP endlich einmal unsere eigenen Traditionen kennen, die keinesfalls museal klingen müssen. Hannes Wader bringt die Lieder der „Tendenzpoeten" zusammen mit klassischen Volksliedern und Bellmanns Episteln. Ihre Stimmung enthält mitunter jene verhaltene Traurigkeit, die uns in Thomas Wolffes „Oh lost!" ergreift, oder in Charles de Costers „Till Ulenspiegel", wenn Lamme Goedzag mit seinem Freunde, dem Geusen-Partisan, spricht. Nur ein Ignorant kann diese stille Wehmut mit „Nostalgie" bezeichnen. Denn dort, wo solche Lieder gesungen werden, kann man lachen und weinen und, wenn es sein muß, auch hassen.

Knut Kiesewetter über Franz Josef Degenhardt: Mit aufrechtem Gang (Polydor)

Solange ich Franz Josef Degenhardt kenne (wohl schon fast 15 Jahre), haben mir seine Lieder fast ausnahmslos gefallen. Nur hat er in der letzten Zeit mehr und mehr verloren, was ich besonders liebte: seine Mystik und seine beißende Ironie. Auch auf dieser neuesten Platte wird nichts verschlüsselt. Mit Rücksicht auf klare Verständlichkeit nimmt Degenhardt manch schlechten Reim in Kauf. Es sind antifaschistische Lieder, fast alle glorifizieren den Kampf. Die am wenigsten kämpferischen gefallen mir am besten: „Immer noch grob sinnlich" oder auch der Titelsong „Mit aufrechtem Gang". Die LP ist gut instrumentiert und von Jimmy Bowien hervorragend produziert. Den Degenhardt-Fans also im ganzen nur zu empfehlen. Allerdings frage ich mich, wie schon bei seinen vorausgegangenen Platten: Was will Degenhardt mit vielen seiner Songs eigentlich sagen und erreichen? Oft zählt er einfach nur Fakten auf, vermittelt keine eigenen Gedankengänge und Schlüsse. Und die Fakten selbst kennen die Käufer von Degenhardts Platten ganz sicher schon. Eine Live-Aufnahme dieser LP gibt mir die Antwort: Die Zuschauer singen und klatschen begeistert mit. Die Lieder sollen also Revolutionäre in die richtige Stimmung versetzen: rote Stimmungslieder.

Konkret 11/75, S. 41

Jane Fonda

„Ich will Filme drehen, die das Volk stark machen"

Interview mit Hollywood-Star Jane Fonda

Jane, du bist eine politisch engagierte Frau geworden. Welche Probleme hat das für dich als Schauspielerin gebracht?

Zuerst mußte ich bestimmte Widersprüche in meinem Leben lösen. Sollte ich weiter Rollen übernehmen? Wenn ja, welche? Sollte ich weiter in Hollywood Filme machen? Einige Freunde haben mich überzeugt: Wir brauchen Leute, die ein Massenpublikum erreichen können, sagten sie. Du mußt weitermachen.

Und dann?

Ich war immer eine Schauspielerin, die auf die Macher mit ihren Skripts und Ideen gewartet hat. Die Produktion war mir unheimlich. Hollywoods Problem ist, daß die Regisseure und mehr noch die Autoren, ihre Arbeit nicht historisch, nicht in sozialen Zusammenhängen sehen. Sie lügen und führen die Leute in Sackgassen. Einen Film zu machen, ist doch eine kollektive Anstrengung - auch wenn ein Regisseur die Oberaufsicht hat. Und das fasziniert mich so in sozialistischen Ländern: Filmproduktion als sozialer Prozeß.

Ich habe erkannt, daß ich mein eigener Produzent werden mußte. Mit einer Gruppe von Freunden habe ich dann eine Gesellschaft gegründet. Ein Film, an dem wir jetzt gerade arbeiten, hat die amerikanische Revolution zum Thema. Auf diesen Stoff bin ich übrigens in Vietnam gekommen. Das Volk dort weiß erstaunlich viel über unsere Geschichte. Als ich zum ersten Mal sah, wie ein Phantom-Jet seine Bomben über Hanoi abwarf, habe ich mich geschämt, eine Amerikanerin zu sein. Mein vietnamesischer Begleiter hat mir widersprochen: „Du darfst das nicht sagen. Amerika, das ist dein Land. Da ist viel Arbeit für dich."

Erzähl uns von dem Dokumentarfilm, den. du in Vietnam gemacht hast.

„Introduction to the Enemy" (Vorstellung des Feindes) ist eine einstündige Dokumentation, die von Haskell Wex und zwei vietnamesischen Assistenten aufgenommen wurde. Wir haben in Nordvietnam gefilmt und sind dann die Hauptstraße Nr. 1, ein Hauptziel der US-Bomber, bis nach Quang Tri hinuntergefahren. Diese Provinz fiel in der Frühjahrsoffensive von 1972 als erste an die Provisorische Revolutionäre Regierung. Es war ein unvergeßliches Erlebnis. Quang Tri war so verwüstet, daß die Bevölkerung jahrelang im Untergrund leben mußte. Krankenhäuser, Schulen und Fabriken wurden unter der Erde gebaut. Heute können die Vietnamesen wieder auf ihrem eigenen Land gehen, vorbei an den Trümmern, rostigen Panzern und Luftbasen, die die geschlagenen Amerikaner zurücklassen mußten. Wir haben dort mit vielen Menschen gesprochen, mit Schriftstellern, Soldaten, mit einer Filmschauspielerin in Hanoi, mit Bauern - ein breites Spektrum. Sie redeten über ihre Gefühle, den Krieg, den sie durchgemacht hatten, über die Zukunft, ihre Probleme und über ihre Haltung gegenüber dem amerikanischen Volk. Es ist ein sanfter Film, ein erster Versuch, den Vietnamesen die Maske zu nehmen, die ihnen das Pentagon aufgesetzt hat.

Es sieht so aus, als ob viele Künstler, die sich selbst für links halten, auf ihre Arbeit nicht so viel geben, nicht so hart an sich selbst arbeiten wie du. Ihre Filme, Zeitschriften, Gedichte, oder was auch immer, sind oft hingeschludert. Manche glauben offensichtlich, es reicht schon, die richtige politische Perspektive zu haben.

Ich glaube wirklich, daß es wichtig ist, seine Sache gut zu machen. Wenn man ein Flugblatt herausgibt, sollte es auch gut aussehen, es sollte leicht zu lesen sein, seine Sprache sollte die Leute nicht abschrecken. Und wenn man einen Dokumentarfilm dreht, sollte auch der so gut wie irgend möglich sein. Menschen, die versuchen, sich selbst zu verändern, und die versuchen, das Bewußtsein anderer Menschen zu verändern - und zwar in Richtung Fortschritt -, haben eine Verantwortung, ihre Arbeit so gut und so sensibel wie sie's eben können zu verrichten.

Wenn man über Filme spricht, die du vor deiner Politisierung gemacht hast, wirkst du manchmal defensiv; besonders wenn's um Nacktheit und Sex geht. Die Linke ist heutzutage ziemlich puritanisch, was nicht immer so war. Um die Jahrhundertwende wurde die Linke genausooft wegen ihrer sexuellen wie wegen ihrer politischen Überzeugung

angegriffen.

Ich habe nichts gegen Filme, nur weil da Nackte drin vorkommen. Ich glaube nicht, daß Nacktheit das Problem ist. Die Frage ist, wie sie benutzt wird. Fast alle Sex-Filme beuten den Sex aus. Auch einige, in denen ich mitgespielt habe. Aber die meisten Filme, in denen ich ein nettes, bis zum Hals zugeknöpftes Mädchen darstellen mußte, waren ausbeuterischer als die, in denen ich mich ausgezogen habe. Weil sie nämlich die Frau als dummes, hirnloses Wesen zeigen, das sich dann in seinen Beziehungen zu Männern doch nur durch Sex leiten läßt. Macht kann sie in dieser Gesellschaft nur erreichen, wenn sie entweder einen mächtigen Mann heiratet oder sich zum Sex-Symbol macht.

Ich glaube nicht, daß ich besonders sexy bin. Ich hab' mich nie als amerikanische Brigitte Bardot gefühlt. Ich hab' mich selbst nie so gesehen wie das Publikum. Ich war unglücklich darüber, aber ich verteidige mich nicht mehr. Was eine revolutionäre Zukunft bringen wird, ist natürlich schwer zu sagen. Manche wollen die Ehe abschaffen. Ich glaube allerdings nicht, daß man um die sexuelle Frage eine Massenbewegung entfachen könnte. Ich war in einer revolutionären Gesellschaft, in der die Ehe eine starke Institution ist. Sie unterdrückt die Frauen aber nicht, weil die Machtverteilung innerhalb dieser Institution anders ist als bei uns. Wir würden Vietnam ausgesprochen puritanisch nennen. Die Bedeutung, die man dem Sex zumißt, ist kulturell bedingt: In einer gesunden Gesellschaft wäre die sicher geringer. Es wäre dann nicht mehr nötig, nackte Leute auf der Leinwand zu zeigen.

Warum gibt es so wenig weibliche Regisseure?

Das hat mit Geld zu tun. Viele Produzenten meinen, Frauen könnten eine größere Anzahl von Menschen nicht leiten -und dann ist ihnen das finanzielle Risiko zu groß (bei einem wichtigen Film immerhin mindestens anderthalb Millionen Dollar). In Europa ist das etwas anderes. Da wird einigen Frauen eine Chance gegeben, aber dort sind Filme auch nicht so ein großes Geschäft. Banken und multinationale Konzerne haben in Europa weniger Einfluß auf die Filmindustrie als in den Vereinigten Staaten. Paramounts Pictures zum Beispiel gehört Gulf und Western, einer Gesellschaft, die unter anderem "vor der vietnamesischen Küste riesige Ölfelder besitzt. Warner Bros. gehört zu Kinney Leisure. Es ist alles Geschäft, es hat alles mit Markt und Vermarktung zu tun. Wenn ihnen ein Film keinen großen Profit verspricht, machen sie ihn nicht.

Ist es denkbar, daß du eine Rolle akzeptierst, die deinen politischen Überzeugungen widerspricht?

Nein.

Woran arbeitest du gerade?

An „Julia", einem Film über eine Frau, die zur Sozialistin wird, sich der Résistance anschließt und von den Nazis ermordet wird. Eine wahre Geschichte. Sie dreht sich um die Frage, warum sich Menschen verändern, und um die Beziehungen zwischen zwei Frauen mit einer -starken sozialen Verpflichtung. Ich glaube, das kann ein sehr aufregender Film werden.

Es hat den Vorschlag gegeben, du solltest berühmte Revolutionärinnen wie Rosa Luxemburg spielen.

Ich würde eher eine Faschistin als eine Revolutionärin spielen, wenn ich mit dieser Rolle etwas über Rassismus und Machtklarmachen kann. Es gibt das Gerücht, daß ich Patty Hearst spielen werde. Das wäre das letzte, das mir in den Sinn käme! Eine Revolutionärin würde ich dagegen wirklich gerne spielen, aber erst wenn ich alt und runzlig bin: das ist Mother Jones (Führerin einer Bergarbeiterbewegung im 19. Jahrhundert). Ich möchte Charaktere darstellen, die voller Widersprüche sind, die auch gezeigt werden können, die in Bewegung sind. Ich möchte Menschen darstellen, die sich mit den wirklichen Problemen ihrer Mitmenschen auseinandersetzen. Ich möchte Filme drehen, die das Volk stark machen.

Konkret 11/75, S. 43

Helma Canter, Linde Berger

Weibersturm auf Hollywood?

Julie Christie, Shirley McLaine, Delphine Seyrig, Jane Fonda wollen sich nicht mehr in Hollywoods Männerfilmen benutzen lassen. Ihre weniger zugkräftigen Kolleginnen, wie Warhols Star Viva (Bild), bekommen nicht mal die Chance, nein zu sagen

Die Zeit der Leinwandgöttinnen ist längst vorbei. Inzwischen werden Frauen im Hollywoodfilm nicht mehr angebetet, sondern vergewaltigt, erniedrigt, verprügelt, lächerlich gemacht oder einfach ignoriert.

In New York oder vor den kalifornischen Studios - überall demonstrieren Amerikas Feministen gegen den Sexismus in den Medien. Die Feminist Party, eine der aktivsten Gruppen der amerikanischen Frauenbewegung, hat Hollywoods Produzenten sogar auf 150 000 Dollar Schadensersatz verklagt: „Wegen der diskriminierenden Darstellung der Frau in Film und Fernsehen."

Hollywoods gewerkschaftlich organisierte Filmschauspielerinnen haben ermittelt, daß im US-Spielfilm auf 22 Männerrollen nur eine Frauenrolle kommt, und die bewegt sich dann zwischen „neurotischer Hausfrau" und „drogensüchtiger Nymphomanin". Wer da nicht mitspielen will -wie die junge Garde der emanzipierten Hollywood-Akteurinnen Karen Black, Madeline Kahn oder Jaqueline Bisset - bekommt überhaupt keine Arbeit.

Trotz der nun schon zehn Jahre alten und anhaltenden feministischen Revolution in den USA sind die amerikanischen Produzenten davon überzeugt, daß im Filmgeschäft nur mit Männern Geld zu machen ist: Auf der Star-Hitliste kann sich gegen zehn männliche Sexidole nur eine Frau behaupten: Barbra Streisand. Sie ist der einzige Star, den Hollywood für „bankable" hält; das heißt etwa „Handelsklasse I" und bedeutet, daß auf ihren Namen eine Bank unbesehen den Kredit zur Finanzierung eines Spielfilms gibt.

Eine der Hollywood-Schauspielerinnen, die begabt, attraktiv, aber eben nicht bankable sind, ist Susan Anspach. Sie gibt den guten alten Zeiten die Schuld an den miesen neuen: „Wahrscheinlich waren Frauen wie Marilyn Monroe, Jane Russel oder Betty Grable einfach verantwortungslos, als sie sich zum Sexobjekt machen ließen."

Andy Warhols Superstar Viva sieht es so ähnlich: „Daß die Frauen heute keine Chance mehr haben, ist die Rache dafür, daß sie in den zwanziger, dreißiger und vierziger Jahren immer die Stars gewesen sind. Da sind die Männer neidisch geworden, und in den fünfziger Jahren haben sie angefangen, Frauen lächerlich zu machen -wie Doris Day in „Bettgeflüster".

Auch Viva ist ein Opfer dieser Entwicklung. Aus dem New Yorker Underground kam sie nach Hollywood, um Geld und Karriere zu machen. Nun sitzt sie mit Mann und Kind in Kalifornien und lebt von der Wohlfahrt. Chancen: keine.

Andere, die könnten, wollen nicht mehr - wie Julie Christie, zuletzt hirnlose, aber attraktive Geliebte eines flotten Friseurs in „Shampoo". Sie studiert jetzt Biologie an der University of California und züchtet Bohnen auf der Terrasse ihres Zwei-Zimmer-Holzhauses in Topanga Canyon, dem Hippievillen-Vorort von Hollywood. Sie hat „eigentlich keine Lust mehr zum Filmen", sie weiß nicht, „ob es am trüben Bewußtsein der Leute liegt, die Filme machen, oder an mir selbst. Was ich gerne spielen würde, ist eine lebendige, lebensnahe Rolle, beispielsweise eine Zweierbeziehung mit einer Frau, die ich liebe."

Doch solche Rollen gibt es nicht. Und wenn eine Frau im US-Film einmal selbstbewußt auftreten darf, dann als männermordende Polizistin mit Maschinenpistole und Handkantenschlag - wie der schwarze Star Pam Greer („Coffy" und „Foxy"), ein weibliches Gegenstück zu James Bond. Doch was Pam Greer („Frauen durften bisher nie aggressiv sein, das gibt es jetzt zum ersten Mal im Schwarzenfilm") für emanzipatorisch hält, ist offenbar nur die ins Gewalttätige gewendete Sexkatze.

Um Emanzipation wird anders gekämpft: Etwa bei der Verfilmung von Ibsens Nora, wo die Hauptdarstellerinnen Delphine Seyrig und Jane Fonda Mitbestimmung über Drehbuch und Regie durchsetzten. Oder in dem Film „Alice doesn't live here anymore", wo die aus dem Schauerstück „Exorzist" mehr berüchtigte als berühmte Ellen Burstyn die überzeugend-glaubwürdige Darstellung einer emanzipierten Frau erzwang.

Einige Hollywood-Schauspielerinnen haben sich sogar entschlossen, selbst Filme zu drehen - wenn auch in bescheidenen Grenzen: Die Ford Foundation hat ihnen 35 000 Dollar für elf Videoprojekte zur Verfügung gestellt (üblicher Hollywood-

Preis pro Film: eineinhalb Millionen Dollar). Doch das Geld gibt zum Beispiel Ellen Burstyn und dem Broadway-Star Lee Grant die Chance, in Hollywoods amerikanischem Filminstitut erste Regie-Erfahrungen zu sammeln.

Und feministische Filme zu machen. Was das freilich ist, ein feministischer Film, darauf fallen die Antworten der Filmerinnen häufig so dürftig aus wie die der Schauspielerin Delphine Seyrig („Der diskrete Charme der Bourgeoisie"): „Ich weiß nicht genau, wie man einen feministischen Film definieren soll, aber eine Schauspielerin wie ich, die mit den ihr angebotenen Rollen nicht glücklich ist und darin nicht das ausdrücken kann, was sie empfindet, und die dann anfängt, sich selbst und andere Frauen zu filmen, wird zwangsläufig feministische Filme machen, mehr oder weniger radikale."

Manche weiblichen Filmemacher lassen das männertolle Hollywood rechts liegen und greifen zur Form des Dokumentarfilms, um aus der Darstellung der Realität neue Rollenmodelle für Frauen zu entwickeln. Diesen Weg ging Shirley McLaine: „Alle Rollen, die ich bisher bekam, waren Prostituierte. Eines Tages erwachte mein politisches Bewußtsein, ich konnte mich nicht mehr ungeniert im Spiegel sehen. Da habe ich mich entschlossen, eigene Filme zu machen." Die McLaine drehte einen Film („Die andere Hälfte des Himmels") in China und bekannte, daß die revolutionäre Situation der chinesischen Frau sie selbst und ihr weibliches Kamerateam stark beeindruckt habe.

Jetzt hat Shirley McLaine sogar zwei Millionen Dollar für einen Spielfilm aufgetrieben, in dem sie die Lebensgeschichte der Fliegerin Amelia Ehrhardt spielt, einer Feministin und Antifaschistin der dreißiger Jahre, die über dem südamerikanischen Urwald abstürzte. Natürlich soll der Film kein nostalgiebeladenes Heldenepos werden, sondern ein Stück Wiederentdeckung verschütteter feministischer Tradition.

In ihrem Buch „From Reverence to Rape" („Von der Verbeugung zur Vergewaltigung") gibt die feministische New Yorker Filmkritikerin Molly Haskell den Kämpfenden von Hollywood gute Chancen: „In der heutigen Männerfilmwelle, wo Männer in Schlägereien, Schießereien, Autojagden und brutalen Sadismen ihre Libido befriedigen, läßt der Männlichkeitswahn seine letzte Luft ab, bevor es endgültig mit ihm zu Ende geht."

Sandra Hochman, Regisseurin von „The Year of Woman", ist skeptischer: „Wir werden wohl eine Revolution in diesem Land brauchen, wenn sich in Hollywood etwas ändern soll."

Konkret 11/75, S. 44

Yaak Karsunke

Humphrey Bogart

Wieder mal rollt eine Bogart-Welle durch die Filmkunst-Kinos. Was haben bloß die jungen Linken an dem zerknitterten Hollywood-Face?

In Siegfried Kracauers *Theorie des Films* wird er nur einmal erwähnt, im Abschnitt über den Typ des Hollywood-Stars: „Humphrey Bogart mochte einen Matrosen, einen Privatdetektiv oder den Besitzer eines Nachtlokals spielen, er war in allen seinen Verkörperungen stets unverkennbar Humphrey Bogart."

Das kann man sagen - man kann es auch sehen: In den off-Kinos laufen jetzt auch bei uns allenthalben Bogart-Retrospektiven mit Filmen, die älter sind als das Publikum, wie etwa *High Sierra* von Raoul Walsh aus dem Jahre 1941. Da kommt zu Beginn einer aus dem Knast, man sieht zuerst nur seine Beine, ein Gittertor wird ihm geöffnet, er geht durch, wendet sich noch mal zurück (offenbar verabschiedet er sich von jemandem), kommt voll und mit dem Rücken zur Kamera ins Bild -dann dreht er sich zu uns, langt mit dem Daumen hinter den Hosengürtel, zieht den hoch, kneift die Augen zusammen: und im Berliner „Arsenal" bekommt er dafür die ersten Lacher und den ersten Applaus.

Wer heute in Bogart-Filme geht, will nicht den Film sehen, sondern den Mann. Seine Hand: mal die Unterlippe befingernd, mal am Ohrläppchen zupfend, mal die Kinnlade abtastend (an der Stelle, wo ein Bulle ihre vor Jahren den Kiefer mit einer Kanone eingedroschen hat - aber jetzt ist er hier und wird's ihm heimzahlen. Er wird's nicht, und wir wissen auch das, weil wir *An einem Tag wie jeder andere* längst kennen und jetzt schon wissen, wie leid es uns tun wird, wenn die Geschoßgarbe am Ende Bogart tödlich ein- und überholt; wir sind extra gekommen, um das noch mal zu sehen). Kenner assoziieren Filmtitel zu bestimmten Armhaltungen, und das Standardkostüm kennen wir alle: den hochgeschlagenen Mantelkragen, die herabgezogene Hutkrempe und den handbreiten Visierspalt dazwischen, aus dem die Zigarette hängt und die nasale, leicht lispelnde Stimme herauskommt.

Einen Mythos - so stellt sich heraus -kann man aus einem halben Dutzend stereotyper Bestandteile montieren, Hollywood hat von dieser Möglichkeit allerdings relativ spät Gebrauch gemacht. In den 20er Jahren schlug sich Bogart als *jugendlicher Held* an amerikanischen Wandertheatern durch, nach drei erfolglosen Filmjahren (1929-1932) kehrte er dahin zurück. Erst 1935 begann die Kino-Karrieretatsächlich, zunächst mit einer fast ausschließlichen Festlegung auf wenig sympathische Gangster-Rollen. Sein Typ damals ist der ziemlich zynische Killer, in *Wem gehört die Stadt (Bullets or Ballots, 1936)* fungiert er z. B. als rechte Hand eines Gangsterbosses. Der wird von einem mutigen Publizisten öffentlich attackiert, gibt jedoch Anweisung, den Widersacher zu schonen. Bogart sagt „sure" (und das ist das längste und schönste „sure" der Filmgeschichte) - dann geht er hin und legt den Zeitungsmann um.

Bis Anfang der 40er steht er i in Schatten von Schauspielern wie Edward G. Robinson oder James Cagney, denen gegenüber er auch immer den *bad guy* spielt: feige, hinterhältig, hochnäsig, häufig mit einem glattgelackten upper-class-touch. Sein Fach ist der korrupte Anwalt oder der abgerutschte Sohn reicher Eltern, der sich nun als betrügerischer Kompagnon von biederen Burschen versucht, die ihrerseits eher so ins Verbrechen reingewachsen sind. Versucht er's in anderen Rollen, wirkt er unglaubhaft, Metallarbeiter oder Fernfahrer sind seine Sache nicht; durch Overalls oder andere Arbeitsklamotten strahlt die mystische Aura nicht so wie durch den Abendanzug des Gentleman-Gangsters.

Den Mythos etablieren erst 1941 John Hustons *Malteser Falke* (nach dem Kriminalroman von Dashiell Hammett) und Walshs *High Sierra.* Einmal Privatdetektiv, einmal Gangster, aber beide Male Bogart und beide Male die Art Rolle, die ihn berühmt gemacht und die Werbe-Lyriker zu so fabelhaften Sprüchen wie „der Held des Scheiterns par excellence" inspiriert hat. Ich werde mich hüten, in diesem Zusammenhang auch nur ein Wort über *Casablanca zu* schreiben (jede Bogart-Vorstellung heute ist voller Woody-Allen-Doubles, die auch noch „Aufnahme!" schreien würden, wenn sie jemanden für einen kritischen Einwurf lynchen) - aber ich seh' am liebsten *Haben und Nichthaben* (1945) und *Tote schlafen fest* (1946). Zwei Filme nach Romanvorlagen, einmal Hemingways „To Have and Have Not", einmal Raymond Chandlers „The Big Sleep", am Drehbuch war in beiden Fällen William Faulkner beteiligt, Regie hatte beide Male Howard Hawks, und Bogarts Partnerin ist zweimal Lauren Bacall (im wirklichen Leben die vierte und letzte Mrs. Bogart- und im Gegensatz zu so ergreifenden Make-up- und Kostüm-Trägerinnen wie Ida Lupino, Ingrid Bergman oder Ava Gardner eine Schauspielerin: *das* Glück hat Bogart nicht oft gehabt; Katherine Hepburn in *African Queen* war allerdings auch eine).

Beides sind kommerzielle Filme, es gibt aber einen Punkt, an dem professionelle Perfektion in Qualität umzuschlagen droht - diesen Punkt hat Hawks beide Male erreicht. Die Dialoge zwischen der Bacall und Bogart sind geschliffen formuliert und werden mit einem unerbittlich beiläufigen Tempo serviert; obwohl *Big Sleep* unbestreitbar ein ziemlich male-chauvinistischer Film ist, bringt er doch gerade in seinen unentschieden endenden Wortgefechten eine ironisch-elegante Gleichberechtigung zuwege, die man nicht übersehen kann.

Bogart gehörte 1946 zu den zehn Top *Money-making Stars* Hollywoods, was ihn nicht hinderte, sich zusammen mit der Bacall öffentlich gegen Senator McCarthys antikommunistische Hexenjagden zu engagieren: im Zeitalter bundesdeutscher Berufsverbote hiermit allen Bogart-Fans zur gefälligen Nachahmung empfohlen. Den längst fälligen *Oscar* bekam er daraufhin erst 1952 für *African Queen.* Hier wie drei .fahre später in *Wir sind keine Engel* zeigte er komödiantische Qualitäten, die Hollywood - wohl weil unvereinbar mit dem Bogart-Mythos - nie voll ausgenutzt hat (obwohl sie sich im zweiten Fall als durchaus denen von Peter Ustinov ebenbürtig erwiesen haben). Statt dessen wurde er mal als irrer Mörder-Maler, mal als *linke Hand Gottes* verheizt (letzteres in seinem vorletzten Film gleichen Titels, einer Gruselmischung aus kaltem Krieg und Katholizismus, angesiedelt„ 1947 im tiefen China" - könnte heute also nicht mal mehr im Bayerischen Regionalfernsehen laufen).

Revanchiert für all das hat er sich in *An einem Tag wie jeder andere:* Da hat er der Industrie einen Film kaputtgemacht. Die Romanvorlage von Joseph Hayes ist ein faschistoides Law-and-Order-Machwerk (wer's nicht glaubt, kann's im Fischer-Taschenbuch Nr. 1645 nachlesen). Kriminelle sind für Mr. Hayes schlichtweg Ungeziefer, zum Glück gibt's die Todesstrafe, und zur Not exekutiert die Polizei sie auch ohne Gerichtsverfahren - alles zum höheren Ruhm der bürgerlichen Familie, speziell der Familienväter, deren verlogen-patriarchalische Alleinherrschaft das Buch voll zu rehabilitieren versucht. Das Drehbuch hat da schon einiges modifiziert- aber der rettende Mißgriff erfolgte im Besetzungsbüro. Als Glenn Griffin beweist Bogart, daß er mehr ist als nur ein Mythos - er spielt eine Figur, von der uns der Roman mitteilt, daß sie für den Hilfssheriff „in diesem Sinne kein Mensch" sei: Bogart spielt einen Menschen, der von einem Hilfssheriffs-System zum Untermenschen degradiert worden ist; er spielt den Sündenbock einer bürgerlichen Gesellschaft, der zum Schluß vors MG gejagt wird.

Dafür hat er keinen *Oscar* bekommen - zwei Filme und zwei Jahre später starb er, am 13. Januar 1957, an Kehlkopfkrebs, zehn Tage vor seinem 58. Geburtstag.

Konkret 11/75, S. 46

Heiko R. Blum

Gek□ r□ t, geschnitten und entsch□ rft

Wie man mit mi□ liebigen Filmen beliebig umgehen kann

Nicht nur Filmproduzenten und Kritiker ärgern sich über die oft schwachsinnige Synchronisierung ausländischer Filme. Der amerikanische Komödienschreiber, Theater- und Filmregisseur Mel Brooks war jüngst zweimal Opfer dieser Praxis. Aus seiner hinreißenden Nonsenskomödie „Blazing Saddles" wurde der öde Unsinn „Is' was Sheriff" (der Verleih mußte inzwischen neu synchronisieren), und auch sein jetzt angelaufener Film „Frankenstein junior", ist im Original um Stufen besser und viel lustiger.

Ganz gezielt „schlecht eingedeutscht" wurde in den Nachkriegsjahren und gewissermaßen bis vorgestern oft aus politischen Gründen. Dem deutschen Kinozuschauer sollten keine miesen Deutschen serviert werden; so wurden aus Nazis obskure Dunkelmänner oder Rauschgifthändler oder ganz einfach mißliebige Figuren aus der deutschen Fassung eliminiert und die ganze Geschichte ein bißchen umgedichtet.

In Bob Fosses Erfolgsmusical „Cabaret" sind ein paar Uniformierte herausgeschnitten, ebenso die Szene mit einem Hitlerjungen, der in einem Biergarten vom erwachenden Deutschland singt. (Die Szene war ironisch gemeint.)

In Jack Cardiffs Söldnerfilm „Katanga" wurde zum Ausgleich für den Ex-Nazi und Negermörder Henlein aus seinem amerikanischen Gegenspieler ein Edeldeutscher gemacht.

Edward Dymytrks „Schlacht um Anzio" wurde vom miesen Verhalten zweier deutscher Militärs „gesäubert".

Aus den Neo-Nazis in Michael Andersons „Quiller Memorandum" wurden undefinierbare Dunkelmänner, die in West-Berlin ihr Unwesen treiben.

Selbst John Hustons schöner Afrika-Abenteuerfilm „The African Queen", der die Odyssee eines trinkfesten Kapitäns und einer kratzbürstigen Dame erzählt, blieb nicht verschont. Der Bruder der Dame stirbt in der deutschen Fassung an Malaria - nicht an dem durch den deutschen Kolonialterror verursachten Schock.

Am rüdesten und kuriosesten war das Verfahren bei „Casablanca", dem 1942/43 entstandenen Polit-Thriller von Michael Curtiz.

Als „Casablanca" 1952 in den bundesdeutschen Kinos aufgeführt wurde, war die ursprüngliche Haupthandlung umgedreht, eine Hauptfigur eliminiert. Zwanzig Minuten Bildschnitt, darüber hinaus wesentliche Dialogveränderungen.

In der Originalfassung von „Casablanca" wird der Zuschauer zu Beginn in die politische Situation eingeführt: Europa während des zweiten Weltkrieges; Casablanca als neutraler Auswanderungshafen via Lissabon nach Amerika; Hoffnung für viele, auf der Flucht vordem Nazi-Terror in Europa ein Visum zu erhalten. Man erfährt, daß zwei deutsche Kuriere, deren Visa im Untergrund kursieren, ermordet worden sind. In der deutschen Kinofassung von 1952 wurde einfach verschwiegen, warum es so schwierig war, von Casablanca fortzukommen und warum die Leute auswandern wollten. In der Originalfassung beginnt die Filmhandlung nach diesem Vorspann mit der Ankunft des SS-Majors Heinrich Strasser in Casablanca, der die Ermordung der beiden Kuriere aufklären und verhindern will, daß ein gewisser Victor Laszlo, Haupt einer antifaschistischen Untergrundorganisation, via Casablanca in die Vereinigten Staaten gelangt. Diesen Major Strasser - gespielt von Conrad Veidt -gibt es in der frühen deutschen „Casablanca"-Fassung nicht. Obwohl er so wesentlich in die Handlung verwickelt ist, hat man es geschafft, ihn herauszuretuschieren. Im Original recherchiert Strasser nach dem kleinen Schieber Ugarte (Peter Lorre), führt seine spitzen Auseinandersetzungen mit dem scharfzüngigen Polizeipräfekten von Casablanca, Captain Louis Renault (Claude Rains) und dem tschechischen Widerstandskämpfer Victor Laszlo (Paul Hendreid). Wie die Dialoge entsprechend der Entpolitisierung der Handlung verändert wurden, zeigt der Vergleich (siehe Kasten).

Eine der besten Szenen des ganzen Films fehlt in der deutschen Erstfassung ganz. Im „Cafe Americaine" sitzt eine Gruppe deutscher Soldaten, die plötzlich anfangen, die „Wacht am Rhein" zu singen. Victor Laszlo wendet sich an die Band: „Spielen Sie die Marseillaise" - und dann beginnen zwei Gruppen gegeneinander anzusingen, bis der „Ruf wie Donnerhall" im „Marcheons, marcheons" untergeht.

OriginalSynchron*Ilsa Lund:*Kurz nachdem wir geheiratet hatten, ging Victor zurück in die CSSR, sie brauchten ihn in Prag, aber dort wartete die Gestapo. Victor wurde verhaftet, in ein KZ gebracht . . .Wir waren kaum verheiratet, als Victor die Delta-Strahlen entdeckte. Du weißt, was dann passierte, ich war schon nach Paris gefahren. Ich ahnte, daß sie ihn faßten, aber das habe ich nicht erwartet, er bekam 20 Jahre wegen Sabotage . . .*Laszlo:*Ich bin nun einmal einer der

Verantwortlichen der Untergrundbewegung. Sie wissen, woraus meine Tätigkeit besteht. Und Sie wissen auch, was ich für das Leben von Tausenden und Abertausenden bedeute, daß ich freikomme und meine Arbeit fortsetze.Sie haben doch von meiner Erfindung gehört. Sie wissen, daß ich verfolgt werde, weil ich mich weigerte, die von mir entdeckten Delta-Strahlen zu einer fürchterlichen Vernichtungswaffe weiterzuentwickeln . . .

Konkret 11/75, S. 47

Walter Jens

Matthias greift in die Saiten

Dies ist Freiherr von Sass, der sich infolge einer früheren Tendenzwende Matthias Walden nennt. Der Springer-Autor hat ein Werk unter sich gelassen, Walter Jens hat es aufgehoben

Altphilologen, freuet euch: Im Haus Springer liest man Vergil; Matthias Walden schreibt Gustav Schwabs „Sagen des klassischen Altertums" ab -und schreibt sie nicht nur ab (ein bißchen unbeholfen, gewiß, aber die Sätze von Schwab sind noch erkennbar), sondern interpretiert sie auch gleich in der ihm eigenen Weise: den staunenden Leser belehrend, die Trojaner seien - aus Opportunismus zugrunde gegangen. Aus Opportunismus hätten sie dem hölzernen Pferd Einlaß verschafft: genauso wie jene Trojaner unserer Tage, von denen es bei Walden heißt: „Sie blieben damit beschäftigt, dem hölzernen Pferd des Extremismus Zucker zu geben, nur weil es eine rote Schabracke trug."

Damals die Griechen und heute der Extremismus: Das hölzerne Pferd durchtrabt die Äonen, ißt Zucker (wie das hölzerne Pferde bekanntlich gern tun) und läßt sich streicheln von den Opportunisten. Das nenne ich mir eine Geschichtsphilosophie! Eine Geschichtsphilosophie, wie sie, in dieser Vollkommenheit, nur einem wahrhaft Begnadeten einfallen kann. Und Waldmist begnadet. Er sagt es selbst. Walden, der Inspirierte. Walden, die Kassandra von der Kochstraße: nahe an der trojanischen Mauer. („Ähnlichkeiten zur Gegenwart sind nicht zufällig.")Wal den ‚der Seher mit der grenzenlosen Phantasie. Wenn er Fleisch ißt, hat er das Blut der verendenden Tiere vor Augen - nicht immer natürlich, das wäre banal, sondern nur bei *medium* durchbratener Ware: Dann nämlich, läßt er uns wissen, „widerfährt es mir manchmal, daß ich beim Durchschneiden eines mittelgegrillten Steaks plötzlich den Schrei eines Rindes zu hören glaube". O große Kassandra: Priesterin, der sich bei Fernsehdiskussionen über den Staat in Anführungszeichen *die roten Kamera-Lämpchen* in *Einschußwunden* verwandeln, während *im Hintergrund des Studios Leichen im schmutzigen Kanalwasser* treiben.

In der Tat, Kassandra sieht rot: Sie ist schließlich eine Kassandra besonderer Art -eine Seherin nämlich, die nicht in die Zukunft, sondern in die Vergangenheit blickt. Zurück in jenes „Jahrzehnt des Opportunismus und der Willfährigkeit", in der wir Guten und Weißen, wir Reinen und Feinen, wir Freien und Christen den bösen Schwarzen die Hand gereicht hatten. Wir: den Kindern der Nacht. Wir: den Sklavenhaltern und Söhnen des Teufels. „Die Garotten, mit denen der Kommunismus die Freiheit würgt, sind rostig": Wie konnten wir einen Satz wie diesen vergessen? Konnten an Spanien denken und den Faschismus: Wo es doch der Kommunismus ist, der sich dieses Folterwerkzeuges bedient?

Jawohl, wir sind schuldig geworden, *wir alle* . . . Nicht nur die Roten, die trojanischen Sozis, die mit Odysseus-Kossygin oder Kalchas-Ulbricht schöngetan haben . . . von denen weiß man eh, in wessen Diensten sie stehen. Denen geschieht es ganz recht, wenn sie ihre schmerzenden Glieder betasten. „Nachdem Breschnew Rut Brandt die Hand und Heinz Kühn die Wange geküßt, Honecker mit Wehner beim Kaffee und Winzer mit Scheel beim Mittagessen gesessen hatten, setzte sich die Gestik der Ost-West-Beziehungen unterhalb der Gürtellinie fort: Fußtritte kamen, und es half nichts, sich diesseits der unantastbaren innerdeutschen Grenzen die schmerzenden Schienbeine zu reiben." (Da sieht man wieder mal, wie listenreich die Kommunisten sind: Wenn sie unterhalb der Gürtellinie zuschlagen, treffen sie nicht in den Bauch, sondern - ins Bein.)

Aber schlimmer noch als die Sozis sind die anderen Leute: die nämlich, die, wie Kennedy (mit seiner Friedensstrategie in Anführungszeichen) und Johnson mit seinem Brückenbau (ebenfalls in Anführungszeichen) oder Nixon mit seinen Konzessionen an die Roten (Konzessionen: nicht in Anführungszeichen), doch eigentlich hätten wissen müssen, was sie anrichteten: Als sie lästig wurden im Kampf gegen den altbösen Feind und jene Freiheit verrieten, die, wie jedermann weiß, in Berlin von ACS verteidigt wird.

Nun, der Sündenfall liegt hinter uns. Kassandra darf aufatmen. Ihr Rückblick hat sich gelohnt: Die Warnungen wurden befolgt. (Das ist der zweite Unterschied zwischen der Springerschen und der Homerschen Kassandra. Der dritte: Die Priesterin Apollons war, bevor sie den Verstand verlor, durchaus vernünftig.)

Das Jahrzehnt des Opportunismus- geprägt durch den Opportunisten Scheel, den Opportunisten Brandt, den Opportunisten Grass, den Opportunisten Böll und den Oberopportunisten Wehner -: Dieses Dezennium ist nun vorbei. Die Ordnung ist zurückgekehrt, alte Tugenden haben wieder (las Sagen, die *Quellen verpflichtender Freiheiten* sprudeln mit frischem Elan, *revolutionär ist das Konservative,* die Unternehmer betreten den von Drogenjüngern und Ideologen verlassenen Laufsteg, die Anständigkeit wurde wiedergeboren, die *Vaterlandsliebe vom Geröll ihrer Verdächtigungen* befreit, und die *Jeunesse dorée* fährt, ein Symptom der Reife, wieder Wasserski. (Oder *geht ins Kino* oder *verbringt die Nacht in den Armen eines anderen Menschen:* Nichts mehr von Politik jedenfalls!)

Kassandra reibt sich die Hände: Der linke Spuk ist endgültig vorbei. Aber er hat viel gekostet, der Wahn: *Einige Jahre Klassenkrampf gehen an einer Volkswirtschaft schließlich nichtspurlos vorüber.* Ein Jahrzehnt, in dem nichts als

Opportunismus regierte: das ist keine Kleinigkeit. Allzulange hatten die Trojaner des Westens jene *essentials* ihres Wohlstands vergessen, die da lauten: „Einsicht in die Ungleichheit individueller Fähigkeiten, in die Nützlichkeit unternehmerischer Tatkraft . . . in die stabilisierende Wirkung des Eigentums und die Bedeutung einer wehrhaften Demokratie gegenüber den politischen Aggressionen des Sowjet-Imperialismus."

Jetzt aber ist die Tendenzwende da: Die Seherin erwacht aus ihrer Trance und reibt sich die Augen. Woran denkt sie? Daß sie Ungereimtes redete? Daß der Satz A („Radikalismus ist immer gewalttätig -entweder physisch oder geistig") nicht zum Satz B paßt, in dem sie von der „überfälligen Grenzziehung zwischen legitimer geistiger Radikalität linken Engagements und extremistischer Gewalt" sprach? Nein, daran denkt sie nicht. Wer orakelt, meint sie, braucht nicht logisch zu denken . . . und nach dieser Maxime handelt sie auch. Hauptsache: Eine kräftige Sprache. Statt des Zepters - den Knüppel. Statt der Priesterbinden - eine Schlange aus Papier. Und was für Papier! „Bei der Suche nach den Wurzeln dieser Veränderungen, die sich in der Ostpolitik, an den Universitäten, auf den Boulevards, in Parteivorständen, in den Schulen, in den Gewerkschaften, in den christlichen Kirchen, in Zeitungsredaktionen, Dichterklausen, Terroristenkellern und Bürgerwohnungen vollzogen, stößt kritisch analytische Grabung immer wieder auf Tatbestände opportunistischer Verhaltensmuster." Ein kleines Wort, unscheinbar in der Mitte - und schon marschieren Gewerkschaftler und Dichter, Pastoren und Bürger Seit an Seit mit Terroristen.

Was anderen verboten ist - zum Beispiel Strauß und Baader in einem Atem zu nennen - Kassandra darf's. Wenn *sie,* in prophetischer Rede, den Satz artikuliert: „Weltweit bestaunte literarische Prominenz hatte das Wuchern der Gewalt mit einem Schutzschleier gedeckt, hatte ihr Knospen und Blühen mit wohlwollender Bedeutungsdeuterei begleitet und schließlich die Giftigkeit ihrer Früchte bestritten": Wenn die Spree-Pythia, in dem ihr eigenen Stil, deutsche Schriftsteller, Gelehrte und Pastoren zu Sympathisanten der Terroristen bestimmt, dann ist das Rechtens. Wenn aber ein Autor wie Böll, dem Kassandra die „zerstörerische Kraft des Hasses" attestiert - wenn Böll davon spricht, daß Franz Josef Strauß „gekonnt in seinem Gebetbuch zu blättern" verstünde, dann *strauchelt er mit seinem Geschmack.* Böll ist schließlich keine Kassandra. Wenn *sie* über das Wort „Feinsinnige" nachdenkt („die Terroristen kamen aus dem Kreis, den ‚Feinsinnige` als den ihren erkennen") - ein Wort, mit dessen Hilfe der Schriftsteller Jens seine Gesinnungsgenossen in Schutz zu nehmen gedächte, dann hat's damit seine Ordnung: Und wenn die „Feinsinnigen" im Jensschen Text tausendmal gar nicht Feinsinnige, sondern - Freisinnige hießen.

Fein oder frei, was macht das schon aus. Die Priesterin deutet den Text, *wie* sie will: Differenzierung ist für Kassandra ein Makel-Ausdruck des *schwachsinnigen linken „Liberalismus".* Sie, die Allwissende, kann tun und lassen, was sie will: kann auf Seite 16, die *zynische Verabschiedung zeitlosgültiger Ideale* beklagend, Respekt vor den Überzeugungen anderer Menschen verlangen, kann auf Seite 96 der rebellierenden Jugend vorwerfen, sie habe die Fähigkeit zuzuhören verloren, kann gegen Intoleranz polemisieren, kann die Slogans „Die Sozis sind unser Unglück" und „Die Kommunisten fressen kleine Kinder" verwerfen . . . und darf selber sehr wohl Andersdenkende verleumden, Intoleranz praktizieren, Sozis an den Pranger stellen und Kommunisten zu Teufeln erklären.

Kassandra sagt: Ich habe immer recht -also kann ich lügen und treten, verleumden und spucken, schlagen und foltern, wie immer ich mag. Ich kann Benachteiligte verhöhnen („die fanatischsten Streiterinnen für Frauen-Emanzipation" sind „oft von der Natur vernachlässigte, nur bedingt weibliche Wesen") und ich kann, als Sozialdarwinistin, die um Solidarität und brüderliche Hilfe Bemühten zu Trotteln erklären: „Der fruchtbarste Nährboden für Enteignungsforderungen der Linken ist immer schon die Unfähigkeit gewesen, selbst Eigentum zu erwerben." (Schwache Gesellen: die Christen!)

Kassandra mit dem Knüppel in der Hand - vor ihr die Opfer: Schurken allesamt. Zur Rechten die Terroristen mit ihrer Intelligenzia-Truppe; zur Linken die Anwälte des Opportunismus. Angeklagt: Mitläufer Brandt. („Titelrollenspieler", „gebrochenes Verhältnis zur Bescheidenheit"; kläglicher Abgang: „Eine Mode war ruhmlos zu Ende gegangen".) Angeklagt: Mitläufer Scheel. („Frühstücksdirektor". „Kein Übermaß an Gesinnungsheldentum", „protokollarische Begleitfigur".) Angeklagt: Mitläufer Wehner. (Hat „den Opportunismus für seine Partei in zynische Vollkommenheit geführt" und „das Nützliche bedenkenlos über das Moralische gestellt".) Angeklagt: Mitläufer Grass. („Grass' Loblied auf Willy verstummte, als des Friedenskanzlers Macht zu schwanken begann . . . jettete ins Fernsehstudio, um einem Millionenpublikum des Freundes Schwäche zu offenbaren. Das sah mehr nach Opportunismus aus als nach einer Haltung des ‚Hier stehe ich, ich kann nicht anders` . . ." eine Passage, die Kassandra übrigens so gut gefiel, daß sie den Satz gleich zweimal artikulierte.)

Nun aber kommt's: Wer nach alledem glaubt, unserer rückwärts gewandten, allwissenden, siegreich-unerschrockenen Trojanerin vom SFB und der „Welt" ginge es allein um die Sache, der Stil hingegen, die Art der Präsentation, bedeute ihr nichts . . . der irrt sich gewaltig. Kassandra hat Ehrgeiz auch als Stilistin. Ja, sie ist eine Dichterin. Eine Dichterin freilich, die sich nicht nach dem Wörterbuch richtet, sondern nach dem Gefühl. Diese Seherin schreibt aus dem Bauch. Nicht: Mit Verstand. Karl Kraus hätte mit den „Kassandra-Rufen" eine Fundgrube von gewaltigem Ausmaß gehabt: Da wird die *Anziehungskraft der Freiheit isoliert,* da *verkrampft* man sich *spastisch* (wie denn wohl sonst?), *da zerschellt die Last des Idealismus an dem Felsen der Wirklichkeit, steigt der Fesselballon des Opportunismus auf, stößt die Sonde unseres guten*

Willens durch Watte auf Beton, werden *Ideen auf die Startbahn gelassen, breitet Präsident Ford geblümte Tücher über die Wunden Ameri*kas: „und der glücklose Henry Kissinger führt ihm die Hand" - beim Tücherausbreiten.

Aber genug. Kassandra, soviel steht fest; ist nicht nur eine Leitartiklerin - sie hat lyrisches Genie. Wie sie orakelt! Wie sie raunt! Wie sie die Entspannung durch den Hinweis ad absurdum führt, daß es die Spannung sei, die Spannung zwischen den Geschlechtern und die lichtbringende Spannung der Elektrizität, ohne die das Leben nicht mehr Leben sei. „Die Entspannung einer Uhrfeder bringt die Uhr zum Stillstand": Wer möchte nach solchem Satz noch mit Breschnew den Bruderkuß tauschen?

Aber so gut Kassandra auch ist, wenn sie das Hohelied der Spannung anstimmt, das Lied vom Krieg, der ihr nicht kalt genug sein kann: genial wird sie erst, wenn sie der Mauer gedenkt. Dann kehrt Hölderlin in der „Bild"-Zeitung ein: „In der ersten Zeit nach dem Axthieb, der die Nation nahezu total spaltete, standen sich beide Teile des Volkes, die Gesichter einander zugewandt, an dieser Mauer gegenüber . . . in beredter Bekundung ihrer Zusammengehörigkeit." Wie sie da stehen, die Teile mit ihren Gesichtern; wie sie sich anschaun, die Partikel einer nahezu total zerspaltenen Nation -gequält von jenem Monstrum der Teilung, das Kassandra mit den Worten besingt: „Die Wunden, die es riß, bedeuteten für viele den Tod, für andere Schwermut": Jawohl, das hat den Atem großer Poesie, das ist im Bildlichen so makellos wie die folgenden, wiederum der Mauer geltenden Verse auf der Ebene der Abstraktion gedankenscharf sind: „Die Statik der Mauer verursachte eine lähmende Furcht vor der Stagnation, einen taktischen Bewegungsfetischismus, eine Flexibilität, die Rückgrate deformierte." Das klingt, nicht wahr? Das ist kein Soziologen-Deutsch, das ist die Sprache des Volks!

Wie belanglos wirken angesichts solchen Elans die Verstöße gegen den Geist der Grammatik. (Das Genie setzt sich selbst seine Regeln.) Wie belanglos die falsche Orthographie: Bertolt Brecht und Carl von Ossietzky. (Wie's Kassandra schreibt, so soll's gelten.) Wer weiß, vielleicht wird „Kuratel" tatsächlich bald männlich? (Unter *dem* Kuratel: Vielleicht setzt sich das durch?) Vielleicht sind *freisinnig* und *feinsinnig* tatsächlich ein und dasselbe? Vielleicht stimmt es gar nicht, was Kenner behaupten: Es hieße Alma mater Berolinensis und nicht, wie unsere Kassandra schreibt (denn sie weiß, daß so etwas *putzt): alma mater berlinensis?* („Eine . . . Kette lag der alma mater berlinensis um den Hals und klirrte und drückte und riß.")

Kassandra wird es schon wissen - und damit wir uns richtig verstehen: Dies alles soll mitnichten bedeuten, daß man in der Kochstraße keinen einzigen deutschen Satz zu formulieren verstünde. O nein. Ich habe, bei genauer Lektüre des Bandes, nicht nur einen - ich habe gleich *zwei* deutsche Sätze gefunden. Der erste steht auf Seite 101 und heißt: „Das Leben ist kurz." Der zweite, auf Seite 31 nachzuschlagen, besagt: „Wer in Worten schludert, tut es auch in Gedanken, und wer es in Gedanken tut, tut es auch in der Tat."

Dem ist nichts hinzuzufügen - außer dem einen: Wer's mit Kassandra gut meint, schenke ihr nicht das „Kapital" von Marx (sie würde nur Kapital und Kapitän miteinander verwechseln): Er schenke ihr- einen Duden. Und im übrigen lasse er sie orakeln, was immer sie mag. Als Demonstrationsobjekt hat schließlich auch der Sumpf seine Bedeutung: Vielleicht kommt, Springersche Denunziations-Techniken analysierend, eines Tages ein zweiter Karl Kraus, der am Beispiel der „Kassandra-Rufe" deutlich macht, warum die Ideologie des Manchester-Kapitalismus sich heute nur noch in abstruser Metaphorik, einem pompösen Unsinn, ausdrücken kann. „Zu lachen gab es . . . nichts", schreibt Kassandra, „da die taube Blüte der Groteske an einem dicken Ast der . . . Fehlentwicklung blühte."

Wie wahr, wie wahr.

Konkret 11/75, S. 50

Burkhard Mauer

Ein Bambi für Schlöndorff

Ist „Die verlorene Ehre der Katharina Blum" wirklich ein so guter Film?

Es gibt kaum noch jemanden, der nicht inzwischen genug über „Die verlorene Ehre der Katharina Blum" gelesen hat, außer vielleicht Volker Schlöndorff. Also wende ich mich hier hauptsächlich an ihn. Da brauche ich ihm die Geschichte von dem Mädchen Katharina, das im Kölner Karneval den flüchtenden Ludwig trifft, Opfer einer Hetz-Kampagne der „Bild"-Zeitung (im Film heißt sie drohender „Zeitung") wird, bis sie, als deren Reporter vorschlägt, erst mal zu bumsen, bums macht und ihn erschießt, nicht nochmal zu erzählen.

Aber einige Klarstellungen: Schlöndorff hat ein gespanntes Verhältnis - wer nicht - zur Kritik. Kritiker sind Feinde. Er läßt, nicht ganz fair, bei öffentlichen Auseinandersetzungen mit den Feinden die gröberen Gefechte durch Margarethe von Trotta gewinnen, greift bei Diskussionen immer nur sanft ein, wenn sie das Schlachtfeld bereits vorgeklärt hat. Ich möchte mich mit beiden nicht anlegen, sondern ihnen lieber vorschlagen, an der Berliner Volksbühne, wo ich arbeite, ein Stück zu inszenieren, das ihrem Film nahe kommt, Christa Winsloes „Mädchen in Uniform".

Dennoch finde ich trotz aller Hymnen den „Blum"-Film nicht gut. Natürlich ist er schon jetzt ein Stück Filmgeschichte. Seine Wirkung auf Film-Finanzierungspolitik soll man nicht unterschätzen. Er könnte eine Öffnung zu Zeitstoffen einleiten, die mit dem Anspruch verfilmt werden, ein breites Publikum zu erreichen. Er könnte sogar unsere Literaten ermuntern, für unliterarische - nämlich filmische - Filme zur Verfügung zu stehen. Er wird, so oder so, eine große Wirkung haben.

Aber alle Fehlentwicklungen enthält er bereits ebenfalls. Der Film ist hervorragend vorbereitet: Angela Winkler in der Titelrolle ist nicht zu übertreffen. Schön, schutzlos, zerbrechlich und hinter so einer schwebenden Fahrigkeit eine glasharte Kommissarin. Die Angreifbarkeit und Hinfälligkeit solch einer Figur könnte von einer weniger harten Schauspielerin kaum so überzeugend gezeigt werden. Jürgen Prochnow als ausgesparter Held hat nicht viel Möglichkeiten. Er kommt eigentlich nur mal vor, um in Rückblenden wieder aufzutreten. Alle anderen, Laser als Journalist, Adorf als Kommissar, Bennent, Becker, Hoger, Lutz sind ebenfalls glänzend geplant. Derart üppig und präzis besetzte Filme sind zumindest in Deutschland selten.

Schlöndorff hat mutig - immerhin abgesichert durch einen Nobelpreisträger und einen „Spiegel"-Vorabdruck - ein Zeitthema genommen. Er überrumpelt durch einen - endlich! - emotionalen Film. Das ist so richtig ein Film zum Mitheulen. Ich glaube ihm nicht, daß er das völlig engagiert gemacht hat, aber genau und intelligent gemacht ist es. Störend ist nur diese Naivität; nicht, daß der Film irgendwo wirklich naiv wäre. Eine konstruierte, sentimentale, intellektuelle Naivität. Das ist rasant glatt. Da schnüffelt Katharina an einer welken Ball-Rose, und es kommt als Stummfilmsequenz so eine Walzertanz-Rückblende. Oder sie zieht in der Gefängniszelle ein Taschentuch heraus und ist konfettiübersät, wieder eine lange Rückblende. Natürlich ist klar, was diese krassen Stellen sollen: der Film-Autor weist darauf hin, daß ihm klar ist, welch simple Filmdramaturgie er benutzt. Mit zwei überdeutlichen Signalen annonciert er seine - über seine eigene Arbeitsmethode erhabene - intellektuelle Fähigkeit. Hat er das nötig?

Ja. Die Dramaturgie des Films, der endlich den Einbruch des Unbequemen in den deutschen Filmmarkt einleiten soll, ist bruchlos die der Silberwald-Förster-Filme.

Schlöndorff könnte diesen Einwand wegwischen und sagen, Formen seien ihm egal, er hätte Inhalte zu vermitteln. Das tut er aber nicht. Er erklärt seinen Film aus der Filmgeschichte heraus, sichert sich ab, daß seine Realität eine Filmrealität sei. Da gibt es zum Beispiel eine Polizeiaktion in einem Hochhaus. Mit Maschinenpistolen und marsmenschenähnlichen Topfhelmen schleicht ein Polizeikommando um eine Eigentumswohnung herum. Schlöndorff argumentiert nach beiden Seiten: einmal, die Helme seien echt, und - filmisch - es gäbe sie in Eisensteins „Alexander Newskij". Mit einem brillanten Salto faßt er beide Argumentationen zusammen: sicher sei es nichtzufällig, wenn - „Newskij" zeigt mordende Kreuzritter - nach 500 Jahren ebensolche Topfhelme wieder auftauchten.

Schlöndorff verwirrt. Eisenstein war da präziser. Als er 1938 „Newskij" drehte, ahnte er einen deutsch-russischen Krieg. Ihm ging es nicht um einen Historienfilm, sondern in erster Linie um ein wirkungsvolles Pamphlet.

Böll hat zu seiner Geschichte den wütend lakonisch ironischen Satz geschrieben, daß Ähnlichkeiten mit Lebenden nicht beabsichtigt oder zufällig, sondern unvermeidlich seien. Schlöndorff blendet den Satz als Schlußtitel ein; und es geht nicht.

Er ist platt und wirkungslos. Das Silberförster-Pathos des Films ist kein Hintergrund für Bölls zerschabte Ironie.

Böll muß in diesem Film für alles herhalten; die Zeitgeschichte ist seine, das Engagement ist seins. Wenn sein Satz so unmöglich wird, muß der Film falsch sein. Vom Ende her gesehen wird der Film richtig ärgerlich. Er sichert sich ab mit guten Schauspielern, dem Anspruch, im Detail stimmend und nachprüfbar zu sein, einer Hauptdarstellerin, die eine Unmenge Kraft zur Darstellung unwiderstehlicher Zerbrechlichkeit einsetzen kann, mit literarisch abgeklärten Dialogen, unverbindlich schönen - nicht besonders ausgefallenen -Bildern und denunziert am Ende den Ausgangspunkt für Bölls Geschichte, Bölls Wut, mit dem einzigen umweglos zitierten Satz.

In einem Film, der als Machtform dauernd eine gebrochene Naivität vorgibt, wird Bölls engagiert naiver Satz platt und komisch. Ironie ist da nicht mehr. Irgendwas ist da ganz schiefgegangen. Der Film soll nicht zu irgend etwas aufrufen, sagt Schlöndorff. Er soll auch keinem was tun. Aber wieso hat er mehr Ähnlichkeit mit dem „Hitlerjungen Quex" als mit Eisensteins „Alexander Newskij"?

Eisenstein hat alles getan, die Möglichkeiten des Mediums zu einem überraschenden, aggressiven Pamphlet zu nutzen. Schlöndorff hat alles getan, selbst die medienstörende Böllsche Ironie zu bagatellisieren. Hätte er ein paar Jahre früher statt der Winkler Sonja Ziemann besetzt (nichts gegen sie, sie ist eine gute Schauspielerin), würde das heute jeder sehen und Schlöndorff kriegte sicher einen Bambi.

Konkret 11/75, S. 51

Hermann L. Gremliza

Tucholsky

Die Bourgeoisie hat ihr Erbe verspielt. Anmerkungen zur Taschenbuchausgabe von Kurt Tucholskys „Gesammelten Werken" in zehn Bänden (Rowohlt Verlag, 78 Mark)

Kurt Tucholsky liebte Hamburg, „die schönste Stadt Deutschlands". Ginge er heute durch seine schönste Stadt, vom Busbahnhof bis Eimsbüttel, käme er quer über Ballindamm, Gorch-Fock-Wall, Sedanstraße zur Bismarckstraße, von der nacheinander Manstein-, Gneisenau-, Kottwitz-, Roon-, Wrangel- und Moltkestraße abgehen. Und wollte er den leise aufsteigenden Verdacht, die Revolution von 1918 habe vielleicht doch nicht stattgefunden, zerstreuen, müßte er erst per U-Bahn vierzig Minuten aus der Stadt hinausfahren, um irgendwo im Vorort Berne zweihundert Meter Sackgasse zu finden: Tucholskyring.

„So verschieden ist es im menschlichen Leben", würde er vermutlich sagen: Da kämpft, schreibt, reimt und polemisiert man ein ganzes Leben gegen wilhelminischen Kommiß, gegen uniformierte Prügelgarden, gegen den 278 und die Unterdrückung der Frau, gegen Klassenjustiz, Rassismus, nationalen Größenwahn, Kolonialismus und Faschismus, emigriert. Dann verliert Hitler, die Demokratie wird ausgerufen, man macht eine vernünftige Verfassung - und die größte Statue der Stadt ist ein Bismarck-Denkmal.

Nein, Tucholsky, der radikale Bürger, hat den Krieg nicht gewonnen. Zwar beherrschen die Vertreter der Bourgeoisie das Land, seine Börsen, Fabriken, Büros und Schulen. Doch es ist eine Bürger-Klasse mit gebrochenem Rückgrat und gepumpter Ideologie. Ihre Helden sind Leute, die sie verachtet haben (wie eben Bismarck), ihre „Weltanschauung" stinkt nach all den Öffnungen, durch die ihre geduckten Oberlehrer generationenlang gekrochen sind, ein Brei aus obrigkeitlichen, polizeistaatlichen, nationalistischen und rassistischen Glaubenssätzen verklebt jene grauen Zellen, in denen andernorts Bewußtsein entsteht.

Man braucht hier keine Kämpfer gegen den klerikalen 218-Terror, keine Kritiker aufgeblähter Militäretats und der Ausbildung faschistischer Offiziere, der Haudrauf-Polizeisenatoren und der Karlsruher Klassenrichter. Hier muß sich noch heute der verteidigen, der sich dem Faschismus durch Emigration entzog, vor dem, der als NS-Beamter die Bestialität verwaltete und nachher von allem nichts gewußt hat. Hier werden Speers Memoiren in Millionenauflagen gedruckt- nicht Brechts Tagebücher. Hier genügt es nicht, als Liberaler zu sagen, „je eher das, was man heute Sozialismus nennt, untergeht, desto besser - sein Grundsatz ist sowieso falsch, das haben wir immer gewußt" (Tucholsky), hier muß man bereit sein, zu verfolgen, zu diskriminieren, zu diffamieren, Staatsbürger ohne Bürgerrecht zu schaffen.

Als Anfang der fünfziger Jahre bei Rowohlt die Taschenbücher „rorotucholsky" und „Panther, Tiger und Co" erschienen, hatte sich im Bonner Kanzleramt gerade ein Staatssekretär etabliert, der den Faschisten den juristischen Karren geschmiert hatte, Leute wie Tucholsky nach Auschwitz zu schaffen. Als Anfang der sechziger Jahre Tucholskys „Gesammelte Werke in drei Bänden" (die vorliegende Taschenbuchausgabe ist um ein paar wiederentdeckte Texte und ein Vorwort des Kompilators Raddatz erweitert) erschienen, versuchte ein sozialdemokratischer Kanzlerkandidat seine Widerstandstätigkeit als Emigrant zu kamouflieren.

Und jetzt, da die Tucholsky-Taschenbuchausgabe erscheint, könnte der Autor am Verlagsort Hamburg nicht einmal mehr Friedhofswärter (im öffentlichen Dienst) werden. Man gebe dem Hamburger Verfassungsschutzpräsidenten Horchern (leider auch: SPD) die zehn Bändchen vier Wochen in Arbeit. Das Resultat wäre ohne Spannung zu erwarten: „Der Bewerber T. bietet nicht die Gewähr, allzeit rückhaltlos für die freiheitlich-demokratische . . ."

Diese Bourgeoisie, deren politischer Gemütsquark sich auch über weite Teile der SPD ausbreitet, hat ihr Erbe verspielt, von dem Tucholsky nur ein kleiner Teil ist. Andere Bürger-Klassen, in Frankreich, England, Italien, haben ihre Revolution gemacht und sie dann verraten - was sie immerhin befähigt, ihre heroische Tradition im Kopf zu behalten. Die deutsche Bourgeoisie hat erst keine Revolution gemacht und sie dann auch noch verraten -1848, 1918 und 1945. Ihre besten Traditionen, ihre Dichter und Denker, Satiriker und Polemiker müssen eine Klasse bewahren, der sie gar nicht angehörten.

Tucholsky, der Schopenhauer-Leser, Fontane-Verehrer, Lichtenberg-Schüler, wurde von Goebbels *ausgebürgert. Von* Adenauers Dufhues später noch einmal. Und wer weiß, wie viele CDU-wählenden Prokuristen und Regierungsräte froh wären, wenn man diese bolschewistisch verseuchte Judensau rechtzeitig totgeschlagen hätte.

Was aber die feuchten Hände jener Lumpenbourgeois angeht, die - machen wir das Beste aus der Sache - den Tucholsky mit ihrem Zwaraber-Jedennoch – Immerhin-Griff für den Gabentisch des „Zeit"-Abonnenten retten wollen, die sollen ihre Finger bei sich behalten. Man könnte ihnen sonst mal draufhaun.

Konkret 11/75, S. 52

Hermann Peter Piwitt

Ich habe gelesen

In dieser KONKRET-Buchkolumne schreiben Autoren über ihre Lektüre. Diesmal der in Hamburg lebende Hermann Peter Piwitt („Rothschilds")

Grund und Boden durfte von Juden nicht erworben werden. Handwerk und Landwirtschaft blieben ihnen verschlossen. Des Handel mit Früchten, Waffen oder Seide war verboten. Waren feilbieten durften sie in Frankfurt außer zur Messezeit nur in der Judengasse. Die Voraussetzungen, unter denen ein Jude zum „Juden" wurde, schufen Christen.

Meyer Amschel, der Begründer der Rothschild-Dynastie, übte sich schon als Zehn jähriger im Geldwechseln. Sein erstes großes Geld machte er, als er seinem Landesherrn, dem Landgrafen von Hessen, Soldaten nach England verkaufen half. Seine fünf Söhne schufen von Wien, Paris, London, Frankfurt und Neapel aus jenen, Finanz-Multi, ohne den in Europa kein Staatsmann mehr Politik zu machen wagte. Dabei waren sie selbst davon überzeugt, an Politik nicht interessiert zu sein. Nicht, daß sie an Kriegen, wo sie sich -wie der Krimkrieg - nicht verhindern ließen, nicht verdienten. Aber auf den Krieg als Geschäft. aus war erst das erstarkende Kapital der Nationalstaaten späterer Jahrzehnte.

Egon Caesar Conte Corti:

„Die Rothschilds" Heyne Verlag

400 Seiten

DM 7,80

Die Rothschilds dagegen fürchteten zwei Dinge: Krieg zwischen ihren „Heimatstaaten" - und Revolutionen, die die Börse aus ihrer Kontrolle brachten. Daß die Mächtigen, denen sie Geld geliehen hatten, mächtig blieben, war für sie lebenswichtig. So wurden sie zu Finanziers der Reaktion, der„ Heiligen Allianz", der Metternichschen Grabesruhe in Europa. Und luden den Haß der um politische Macht kämpfenden nationalen Bourgeoisien auf ihre Rasse. Schon lange hätte der größte Teil der europäischen Völker die volle Freiheit. wenn die Rothschilds und die übrigen Geldleute nicht die absolute Gewalt mit ihrem Vermögen unterstützt hätten, schrieb damals Börne. Aber genauso recht hatte Heine, der sie zu den Revolutionären zählt, die die moderne Demokratie begründeten, indem sie die Oberherrschaft des Bodens zerstörten und das Staatspapiersystem zur höchsten Macht erhoben. *„Die Rothschilds", Egon Caesar Cortis* klassische Biographie von 1927, ersetzt Hunderte von linken Abhandlungen, in denen „dem Kapital die Maske vom Gesicht gerissen wird". Daß nicht Ideen Geschichte machen, sondern Interessen, lernt man hier schmökernd. Daß die Hardenbergsche Judenemanzipation z. B. nicht die Tat eines hochherzigen Mannes, sondern das Ergebnis einer Rothschildschen Anleihe an Preußen war - wußten Sie's? Die Rothschilds - das ist die Geschichte der europäischen Diplomatie im 19. Jahrhundert - es gibt keine andere.

Georges Bataille:

„Die Aufhebung der Ökonomie"

Rogner& Bernhard 420 Seiten DM 45,00

„Wenn das Schatzamt", schreibt J. M. *Keynes* in der *„Allgemeinen Theorie",* „alte Flaschen mit Banknoten füllen und sie in geeigneten Tiefen in verlassenen Kohlebergwerken vergraben würde, diese dann bis zur Oberfläche mit städtischem Kehrricht füllen und es dem privaten Unternehmensgeist überlassen würde, die Flaschen wieder auszugraben", so würde das Arbeit schaffen, d. h. Kaufkraft für die Produktionsüberschüsse, und der allgemeine Wohlstand würde steigen. Etwa zur gleichen Zeit, da Keynes den Gedanken der „unproduktiven Produktion" entwickelt, nämlich 1933, taucht bei dem französischen Schriftsteller und Philosophen Georges Bataille der Gedanke der „unproduktiven Verausgabung" auf. Was für Keynes eine Überlebensfrage des späteren Kapitalismus ist, nämlich: wohin mit den Überschüssen?, darin glaubt Bataille *(„Die Aufhebung der Ökonomie`)* ein Existenzproblem vergangener wie zukünftiger Gesellschaften überhaupt entdeckt zu haben. Nicht wie Marx von der Bedürftigkeit, sondern von der Überfüllen vom Luxus, habe man auszugehen, meint Bataille, dafür spreche schon die Natur, die verschwenderische. Und parallel zu Keynes' These von der „Notwendigkeit" der unnützen Pyramiden erklärt Bataille: „Nicht die Theorien der Doktoren definieren das ökonomische System der Gesellschaft, sondern der Bedarf, den sie, aus Gefallen (!), an Kathedralen und Abteien, an Priestern und müßigen Mönchen hat." Sind nicht „Trauerzeremonien, Kriege, Kulte, Prachtbauten, Spiele, Theater, Künste oder die

sexuelle Perversion" der beste Beweis für das menschliche Verlangen, Überschüsse zu verschwenden, ohne nach dem Nutzen zu fragen? Wo aber ist er hin, der alte „prächtige Tumult der traditionellen Verausgabungsformen", seitdem zunächst im Kapitalismus, später im Sozialismus alle Überschüsse sofort wieder für Produktionsgüter, d. h. für die Akkumulation, verbuttert werden? Brauchen wir nicht eine doppelte Revolution, die das „sozialistische Moment des Klassenkampfes und das orgiastische der Verschwendung zu verbinden sucht"?

Nun denn. Daß die Ökonomie „nicht alles ist", wissen wir. Herumgesprochen hat es sich weiter, daß der sogenannte „Fortschritt der Produktivkräfte" womöglich eher in Teufels Küche als ins Reich der Freiheit führt. Jedenfalls gibt es Werte und Glücksmöglichkeiten, die in einem geschlossenen System von Produktion und Reproduktion keine Chance mehr haben. Aber Bataille will höher hinaus: Für ihn sind zum Beispiel die Menschenopfer der Azteken der „Überschuß, der aus der Masse des (bloß) nützlichen Reichtums gezogen wird". Verständlich, daß der Herausgeber, Gerd Bergfleth, viel Platz, nämlich genau 116 Seiten braucht, um in seinem Nachwort das Sozialistische an solchen Ideen nachzuweisen.

Batailles Denken bewegt sich in einem katholisch-surrealistischen Milieu von Strumpfband und Raubtier, Nietzsche, Gil de Rais und Todesfaszination, das mich anödet. Das Sozialistische an ihm ist reine Pflichtübung. Ein Buch für gutverdienende Linksintellektuelle, die endlich mal wieder ohne schlechtes Gewissen „teuer und kultiviert" essen gehen möchten - sterben doch womöglich auch die Inder nur Hungers, weil sie sich orgiastisch verschwenden wollen.

Was für ein wunderbares Buch dagegen *Simone Weils „Unterdrückung und Freiheit*", die etwa zur gleichen Zeit wie Bataille am Realitätsprinzip des Sozialismus und seiner Eschatologie solidarische Kritik übte!

Simone Weil: „Unterdrückung und Freiheit",

Rogner & Bernhard

276 Seiten DM 19,80

Das tut auch *Michael Schneider* in dem Band„*Die lange Wut zum langen Marsch".* Es ist ein gedankenvolles Buch, in dem überlebt hat, was in unseren rivalisierenden K-Gruppen so gut wie nicht mehr vorkommt: dialektisches Denken nämlich. Dialektik setzt Schneider z. B. in Stand, Trotzki nicht nur gegen den offiziellen sowjetischen Bann, sondern auch gegen seine

Michael Schneider: „Die lange Wut zum langen Marsch"

Rowohlt dnb 62 354 Seiten DM 16,00

Jünger in Schutz zu nehmen, Mao Tse-tung nicht nur gegen Moskau, sondern auch gegen seine westdeutschen Fans zu verteidigen. Schneider bleibt dabei im Recht. Allerdings auch, auf allzu hoher Warte, mit seinem Recht allein. Und ich habe den Verdacht, daß es eben die hohe Warte ist, die ihm das Rechtbehalten so leicht macht.

Mit einer wesentlichen Ausnahme: Was Schneider nämlich zur Situation der in sich zerstrittenen bundesdeutschen Linken sagt, ist brandheiß. Schneider: „Anstatt unentwegt dem BRD-Arbeiter die Moskau-Linie um das rechte und die Peking-Linie um das linke Ohr zu knallen, sollte sie sich endlich einmal . . . der *deutschere Frage* stellen." Erinnern wir uns: Seit 1918 haben nur „häretische" KPs Erfolge gehabt das heißt, kommunistische Parteien und Gruppierungen die sich um gehabte Rezepte und Revolutionen ebensowenig wie um die nationalen Belange bereits bestehender kommunistischer Staatsparteien geschert haben, sondern ihre Strategie aus der besonderen gesellschaftlichen Situation ihres eigenen Landes entwickelten. Ich nenne die Beispiele China, Kuba, Vietnam, Italien und das portugiesische Militär.

Was wir in Westdeutschland brauchen, ist eine national-kommunistische Partei. Was wir dagegen haben, sind ausländische oder internationalistische Generalvertretungen, Wartesäle, in denen - seien wir doch ehrlich! - längst nur noch und wieder einmal auf Befreiung von außen gehofft wird.

‚Statt einer Tonne Gummi oder Tee, die in den fünfziger Jahren nötig waren, um einen Traktor zu kaufen, werden heute zwei Tonnen benötigt", verkündete der USA-Landwirtschaftsminister Butz stolz 1974. Man stelle sich vor: Ein Entwicklungsland, das während der Kolonialzeit zur Mono-Kultur in Gummi bzw. Tee gezwungen wurde, will mit Armut und Hunger im Land fertig werden. Es kauft im Ausland Hochertrags-Weizen- oder -Reissorten. Wunderweizen aber

gedeiht nur bei optimaler Bewirtschaftung. Also verschuldet sich die Nation weiter für Kunstdünger, Maschinen, Bewässerungssysteme und Insektizide. Im Land selbst wiederum steigen in den in Frage kommenden Anbaugebieten die Landpreise, die Großgrundbesitzer vertreiben die Kleinpächter, teils, um an Landverkäufen zu verdienen, teils, um sich die zu erwartenden Erträge direkt zu sichern. Aus Pächtern werden Lohnarbeiter. Aus Lohnarbeitern Arbeitslose; denn Maschinen sind à la longue produktiver als menschliche Arbeitskraft.

Das Ergebnis: Die Armut ist nicht verschwunden, im Gegenteil, sie ist zur Quelle der Bereicherung geworden für die Oberschicht des Landes ebenso wie für das internationale „Agribusiness".

Inzwischen, hört man, ist es gelungen, einen Wunderweizen zu züchten, aus dem sich kein neues Saatgut mehr gewinnen läßt; er keimt nur einmal. Abhängige Länder sind danach gezwungen, sich für jede Aussaat neu zu verschulden . . . Merke: Eine „Entwicklungshilfe", die ein armes Land in die Lage versetzt, sich selbst zu helfen, wäre das Ende der „Entwicklungshilfe". Dies zu verhindern, ist der Sinn der „Entwicklungshilfe"

Wem das noch nicht hundertprozentig klar ist, der lese „Das *Trojanische Pferd",* eine Dokumentation von zehn amerikanischen Autoren zur „Auslandshilfe" der USA.

Steve Weissman (Hg):

„Das Trojanische Pferd"

Rotbuch 135 185 Seiten DM 9,00

Ich möchte nicht schließen ohne einen Hinweis auf *Jürgen Rothe* ebenso umfangreiche wie detailgenaue, knallharte Frankfurt-Dokumentation *„Zerstörung einer Stadt".* Ich habe nie verstanden, warum meine Eltern Hitler gewählt haben, weil ihnen die SPD zu korrupt war. Nach der Lektüre des Roth-Buches verstehe ich sie; irgendwann werfen sich solche Leute lieber einem Mörder an den Hals, als daß sie es länger ertragen könnten, ununterbrochen belogen und betrogen zu werden . . .

Konkret 11/75, S. 54

Schlaraffenland

Koche mit Liebe und Lenin

„Jedenfalls stimmen wir ein darüber, daß Genußsucht eine der größten Tugenden ist. Wo sie es schwer hat oder gar vernachlässigt wird, ist etwas faul." Dieses Motto steht über einem „Kochbuch für Gesellschaften, Kooperativen, Wohngemeinschaften, Kollektive und andere Menschenhaufen sowie isolierte Fresser" von Peter Fischer. Titel: „Schlaraffenland, nimm's in die Hand", erschienen in Wagenbachs neuer Taschenbücherei (fast 200 Seiten, 7,50 Mark):

Vor einigen Jahren sagte ein alterfahrener Praktiker der Politik, der mit mir den Abscheu gegen Askese teilt, den denkwürdigen Satz: Ein Revolutionär, der nicht vögeln und nicht fressen kann, ist kein Revolutionär. Statt die große theoretische Schlacht über die Soziologie, Psychologie und Historie des Essens zu eröffnen, gebe ich einfach diesen Satz weiter und hänge, anstelle eines Kommentars, ein klassisches Ziffel-Zitat, aus den „Flüchtlingsgesprächen" von Bertolt Brecht, „Über niedrigen Materialismus" an:

„Ich find, da ist was dran, daß der sogenannte Materialismus in den besseren Kreisen in Verruf ist, man spricht gern von niedrigen materiellen Genüssen und rät den unteren Klassen ab, sich ihnen in die Arme zu werfen. An sich ist es nicht nötig, weil sie das Kleingeld dafür sowieso nicht haben. Ich hab mich oft gewundert, warum die linken Schriftsteller zum Aufhetzen nicht saftige Beschreibungen von den Genüssen anfertigen, die man hat, wenn man hat. Ich seh immer nur Handbücher, mit denen man sich über die Philosophie und über die Moral informieren kann, die man in den besseren

Kreisen hat, warum keine Handbücher übers Fressen und die andern Annehmlichkeiten, die man unten nicht kennt, als ob man unten nur den Kant nicht kennte! Das ist ja traurig, daß mancher die Pyramiden nicht gesehen hat, aber ich finde beklemmender, daß er auch noch kein Filet in Champignonsauce gesehen hat. Eine einfache Beschreibung der Käsesorten, faßlich und anschaulich geschrieben, oder ein künstlerisch empfundenes Bild von einem echten Omelette würd unbedingt bildend wirken. Eine gute Rindssuppe geht mit dem Humanismus ausgezeichnet zusammen. Wissen Sie, wie man in anständigen Schuhen geht? Ich mein in leichten, nach Maß, aus feinem Leder, wo Sie sich wie ein Tänzer fühlen, und richtig geschnittene Hosen aus weichem Material, wer kennt das schon von euch? Das ist eine Unwissenheit, die sich rächt. Die Unwissenheit über Steaks, Schuhe und Hosen ist eine doppelte: Sie wissen nicht, wie das schmeckt, und sie wissen nicht, wie Sie das bekommen können, aber die Unwissenheit ist eine dreifache, wenn Sie nicht einmal wissen, daß es das gibt."

Und was es alles gibt. Die Weine der Côte de Nuits und des Haut-Médoc, das sind Genüsse, die zu beschreiben der Kunst eines linken Schriftstellers wahrhaftig würdig wäre. Engels wußte wohl genau, was er sagte, als er ins Album von Jenny Marx schrieb: „Auffassung vom Glück: Château Margaux 1848."

Eierspeisen

Eier sind nicht gerade billig (und waren es auch nicht, als sie billiger waren: oder gibt es etwa den gerechten Preis?), aber man kann dennoch mit Eiern relativ günstig kochen. Auf jeden Fall scheue dich nicht, die beste Sorte zu kaufen. Du findest immer irgendwo einen Händler, der wirklich frische Landeier anbietet. Hühner, die auf dem Mist kratzen und einen großen Auslauf haben, machen die besten Eier. Die versuche zu bekommen. Falls dir das als Luxus vorkommt, bereite ein Omelette aus Eiern, die von Hühnern stammen, welche beispielsweise mit Fischmehl und Chemie ernährt und in engen Käfigen gehalten werden. Du wirst es ein zweitesmal nicht tun. Also erlaube dir den Luxus, ein frisches Ei zu kaufen, wenn du dir schon den Luxus erlauben kannst, als Genosse in einem Kollektiv zu leben.

Entscheidend für alle Eierspeisen ist, daß du reichhaltig zu würzen verstehst. Neben dem notwendigen reichhaltigen Vorrat an getrockneten Gewürzen, den sich die Kollektivküche anlegt, ist das jahreszeitlich variierende Angebot an frischen Gewürzkräutern zu berücksichtigen. Lasse deiner Phantasie gezielt freien Lauf und erfinde die Kombinationen, die das Angebot maximal ausnutzen. Dies zu tun, schließt keineswegs aus, über die Veränderung der Produktionsverhältnisse nachzudenken und dafür zu arbeiten.

Schupfnudeln Super

Ein Kilo Kartoffeln kochen, schälen und durch eine Kartoffelquetsche treiben (oder durch ein Sieb). Diesen Kartoffelteig mit vier Eiern, lauwarmem Wasser, Salz, Schnittlauch und Mehl zu einem festen Teig verarbeiten: zuerst die Eier schlagen,

den fein geschnittenen Schnittlauch zugeben und dann mit dem Kartoffelteig vermengen, salzen. Dann diesen Teig ausziehen, mit Mehl bestreuen und durcharbeiten. Diese Prozedur unter Zugabe des Wassers so lange wiederholen, bis ein fester Teigkloß entstanden ist. Von diesem werden kleine Stückchen abgetrennt und mit der flachen Hand auf einem gemehlten Brett zu fingerdicken Nudeln gerollt, die Form und Größe eines Knabenpenis haben; weshalb diese Speise im Schwäbischen „Bubeschbitzle" genannt wird. Achtung: Dieses Gericht verursacht sehr viel Arbeit, das Mehl muß wirklich gründlich mit den Kartoffeln vermengt werden, der Teig muß intensiv durchgewalkt werden. Und das gibt dann einen saumäßig guten Fraß.

Spaghetti à la Dose

Essen aus der Dose ist durchaus verabscheuungswürdig, doch folgende Kombination hat sich als sehr schmackhaft herausgestellt: zwei große Zwiebeln kleinhacken, fünf Knoblauchzehen in dünne Scheiben schneiden und andünsten, in reichlich Olivenöl. Eine Dose Corned Beef (etwa von Sibiu) öffnen und die Hälfte des Fettes entfernen, jedoch nicht die Gallerte; das gibt der Soße den besonderen Geschmack. Das Fleisch zerkleinern, in den Topf geben und kurz aufdünsten. Dann mit dem Saft einer großen Dose geschälter Tomaten die Soße ablöschen und die zerkleinerten Tomaten in die Soße einrühren. Nicht salzen, da das Beet schon gewürzt ist, aber mit reichlich Basilikum würzen und gut pfeffern: Falls dir die Sonne lacht, Genosse, kaufe grüne Pfefferkörner in der Dose und zerstoße davon etwa fünfe, mehr aber, wenn du es gern scharf hast; ersatzweise schwarze Pfefferkörner zerstoßen oder einfach mit gemahlenem Pfeffer würzen. Je grober die Körner sind, desto mehr befördern sie die Geschmacksbildung der Soße, die man ca. eine halbe Stunde auf kleinem Feuer kochen läßt; öfters umrühren und nicht zu dick werden lassen. Während nun die Spaghetti abgekocht werden, schneidet man eine kleine Dose Champignons (die billigsten sind gerade gut genug!) in dünne Scheiben und fügt sie der Soße bei, die kurz vor dem Auftragen noch mit zwei Bund gehackter Petersilie in ihrem Geschmack vollendet wird. - Dazu Salat. Und bitte keinen geriebenen Käse über die Spaghetti streuen, das wäre eine Geschmacklosigkeit al tedesco.

Tripes à la mode de Caen

Vielleicht gibt es irgendwo in der Welt ein besseres Kuttelrezept als dieses. Ich wäre glücklich, es zu erfahren, denn es würde den Gipfel aller Gipfel überbieten. Dieses Rezept kann nur von ganz ruhigen Typen ausgeführt werden. Also bitte:

Man braucht für Tripes à la mode de Caen folgende Zutaten: Ein Kilo Kalbskutteln verschiedener Stücke, einen Kalbsfuß geviertelt, fünf Zwiebeln in Ringen, vier Knoblauchzehen halbiert, eine mit zwei Nelken besteckte Zwiebel, ein halbes Pfund Karotten der Länge nach geviertelt, zwei Stangen Lauch in Ringen, eine ganz kleine Sellerieknolle in Scheiben, drei Bund Petersilie grob geschnitten, zwei KL Thymian (möglichst frische Zweige), ein großes Lorbeerblatt. Und 100 Gramm frisches Kalbsnierenfett: rede deinem Metzger gut zu, dann wird er es dir geben. Und ein Liter Apfelmost! Es wird schwierig sein, den aufzutreiben. Laß dir in drei Teufels Namen keinen süßlichen Pseudomost oder gar Apfelsaft aufschwätzen. Oder versuche, einen *cidre zu* erwischen, aber nicht den süßen nehmen. Falls das nicht gelingt, lieber einen ganz trockenen Weißwein als Ersatz wählen. Salz und weißer Pfeffer. Ein hoher, schmaler Topf taugt am besten für die Tripes. Auf den Boden kommen das Gemüse sowie der Kalbsfuß, obenauf die Kutteln, die man in Streifen oder in Quadrate zurechtgeschnitten hat. Sie werden mit Salz, Pfeffer und Knoblauch gewürzt. Ein Glas Calvados oder Cognac oder Obstler kann nicht schaden. Die letzte Schicht bildet das in Scheiben geschnittene Kalbsnierenfett. Mit Most oder Wein aufgießen, bis alles gerade bedeckt ist. Die Regeln für das Garen dieses Gerichtes sind besonders sorgfältig zu beachten. Der Topf, der einen gutsitzenden Deckel haben sollte, wird mit einem Teig aus Wasser und Mehl, der um den Topfrand herumgelegt wird, dicht verschlossen. Handelt es sich um schlachtfrische Kutteln, werden sie auf kleinstem Feuer acht Stunden gekocht; vorgekochte brauchen nur drei Stunden. Besser jedoch ist es, den Topf in die Röhre zu stellen, weil damit durch eine niedrigere Temperatur eine längere Garzeit erreicht werden kann, denn je länger die Tripes im Topf sind, um so aromatischer werden sie. Frische brauchen zwölf Stunden, für vorgekochte reichen fünf bis sechs Stunden.

Salate

Deutscher Salat wird gewürgt und ersäuft. Salat dagegen wird zärtlich und liebevoll behandelt.

Es fängt mit dem Waschen an: Die Salate - ebenso wie alle Gemüse - bleiben nur eine kurze Zeit im Wasser, gerade so lange, daß die Gartenerde etc. abgewaschen werden kann. Danach läßt man sie in einem Sieb gut abtropfen.

Merke: Die Blattsalate werden erst geputzt, dann gewaschen, dann erst zerzupft oder geschnitten. Salatgemüse wie Tomaten und Paprika werden erst gewaschen, dann geteilt.

Tomaten niemals in Scheiben schneiden, sondern vierteln oder achteln.

Die Salate- ebenso wie alle Gemüse- müssen ganz frisch sein. Der Kollektivkoch wird deshalb in seinem Stadtviertel bald jene Läden ausfindig machen, die frisches Gemüse und Salate liefern möglichst vom Gärtner. Er scheut keinesfalls längere

Wege und Einkaufszeiten, um gutes Gemüse und frische Salate zu bekommen. Salat wird erst kurz vor dem Essen zerzupft oder zerschnitten. Die Salatsaucen werden zuerst angemacht und dann über die Salate gegossen, damit die Salate nicht unnötig lange durcheinandergemischt und damit gewürgt werden. Der Salat braucht nur ebensoviel Sauce, daß jedes Blatt oder Stück angefeuchtet ist.

Das Mischungsverhältnis von Salz/Pfeffer, Essig und Öl ist eine Frage des „persönlichen" Geschmacks, der nichts anderes ist als eine nicht bewußt gemachte Gewohnheit. Der Kollektivkoch wendet sich von den häuslich-heimischen Gewohnheiten ab, um sich mit der italienischen und französischen Salatmethode vertraut zu machen.

Die italienische, genauer Florentiner, Grundregel heißt: Salz vom Künstler, Essig vom Geizhatz, Öl vom Verschwender. Die französische Grundregel ist, die Salatschüssel mit einer gepreßten Knoblauchzehe auszureiben; und statt Pfeffer frische Salatkräuter zu verwenden, als da sind Schnittlauch, Petersilie, Pimpernelle, Kerbel (dazu Schalotten oder Zwiebelspitzen). Ein Hauch Zucker kann nicht schaden.

Endlich: Blattsalate besser mit den Händen als mit dem Salatbesteck mischen.